

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



5. Januar 1981
Jg. 2 Nr. 1

Preis:
2 DM



JVA Aichach: Gefangenensprecher fordern höheren Lohn Seite 9



US-Regierungsmannschaft: Kabinett für die Mobilmachung, „damit diese Nation wieder stark wird“ Seite 13



Italien: Skandale erschüttern das DC-Regime – PCI rückt von der Linie des „historischen Kompromisses“ ab Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntägig im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 12, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

Inhalt

<i>Lohnbewegung:</i> Helmut Schmidt setzt sich an die Spitze der Kapitalisten und verlangt Senkung des Verbrauchs der Haushalte	Seite 3
Die ÖTV hat Probleme — die IG Metall könnte helfen ..	Seite 3
1. Quartal 81: Kalender der Erhöhungen	Seite 4
Die Versucher der Krise beraten sich	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Griechenland:</i> Die EG nimmt die „Neustrukturierung“ der Landwirtschaft in Angriff	Seite 7
<i>Marokko:</i> Deutscher Staatsbesuch ohne Panzerkreuzer ..	Seite 7
<i>Gemeindehaushalte:</i> Wie sind am besten weitere Milliarden aus den Volksmassen herauszupressen?	Seite 8
<i>JVA Aichach:</i> Gefangenensprecher fordern höheren Lohn	Seite 9
<i>Israel:</i> Zermübungskrieg im Südlibanon, Imperialisten halten Kolonialstaat aus	Seite 11
<i>Nordirland:</i> Gefangene beenden Hungerstreik	Seite 12
<i>US-Regierungsmannschaft:</i> Reagan stellt Kabinett für die Mobilmachung der USA zusammen, „damit diese Nation wieder stark wird“	Seite 13
Reagan: „Wir wollen Amerika wieder zum Arbeiten bringen“	Seite 13
Die Kolonialisierung Amerikas — ein Jahrhundert des Landraubs	Seite 14
Die afro-amerikanische Nation will Land und Selbstbestimmungsrecht	Seite 15
Amerikanische Siedler in Texas — Vorposten der Annexion Mexikos	Seite 16
Siedlerstaat USA: Bürde für den Aufbau der Gewerkschaften	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Gebietsreform Bayern:</i> Verfassungsgericht für Zwangseingemeindung von Ermershausen	Seite 19
<i>Brokdorf:</i> 8000 demonstrierten gegen das Kernkraftwerk	Seite 19
<i>DB:</i> Streckenstilllegungen in Schleswig-Holstein	Seite 20
<i>Kommunalpolitik:</i> Mannheimer OB und MVV verteidigen die Gebührenerhöhungen	Seite 20
<i>Schwarze Sheriffs:</i> Münchener Stadtrat vertraut in Privatarmee	Seite 21
<i>Bewährungshilfe:</i> Staatliche Kontrolle auf Kosten konkreter Hilfe — Bewährungshilfe in Niedersachsen	Seite 22
<i>NRW:</i> Hohe und wachsende Säuglingssterblichkeit	Seite 23
<i>Augsburger Modell:</i> Billige Mediziner Ausbildung	Seite 24
<i>Daimler Benz:</i> Erste Schichtvereinbarung für Metallindustrie	Seite 24
<i>Aussperrung:</i> Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes — Wie soll der Kampf fortgesetzt werden?	Seite 25
Adenauer und der politische Streik	Seite 25
Bei Streik und Aussperrung kein Arbeitslosengeld	Seite 26
Stichwort Streikrecht	Seite 27
<i>Internationale Nachrichten</i>	Seite 28
<i>Polen:</i> Bauern wollen privat produzieren, aber sich besser organisieren	Seite 29
<i>Algerien:</i> Fünfjahrplan korrigiert Fehlentwicklungen ...	Seite 29
<i>Spanien:</i> Einheitsgewerkschaften immer dringlicher	Seite 30
<i>Peugeot/Renault:</i> Entlassungen, Kurzarbeit, Frühverrentungen	Seite 31
<i>Italien:</i> Skandale erschüttern das DC-Regime — PCI rückt von der Linie des „historischen Kompromisses“ ab	Seite 32
Frontberichte: Pioniereinsatz in Süditalien	Seite 21
<i>El Salvador:</i> US-Hafenarbeiter gegen US-Intervention ..	Seite 33
<i>Kampuchea:</i> Sowjetische Flotte im Golf von Thailand ..	Seite 33
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	Seite 34
<i>Comics:</i> „Dan Cooper“ — Kämpfer für die Schlagkraft der Luftwaffe	Seite 34
Courts-Mahlers Neuauflage	Seite 34
Blutige zwanziger Jahre in den USA	Seite 34
Kishon: Unheimlich lustig	Seite 35
<i>Johannes Kepler:</i> Das Ende des scholastischen Weltbildes der Kirche	Seite 35
Aus dem Programm der Musiktage 80/81	Seite 36
Wiederherstellung der Deckungsreserve durch die Kapitalistenklasse, elementar im Kampf um die selbstverwaltete Rentenversicherung	Seite 38
Gesetz für Lebensversicherungen: Vermögensrente unter Aufsicht und mit Zins	Seite 39

Helmut Schmidt setzt sich an die Spitze der Kapitalisten und verlangt Senkung des Verbrauchs der Haushalte

Die Bourgeoisikampagne, die nun schon seit Jahren gegen die großen Lohnbewegungen regelmäßig ins Werk gesetzt wird, gewinnt diesmal politische Umriss, wie aus einem verrückten Fiebertraum entnommen. Die Kampagne begann im Herbst mit der Versicherung, daß zwar ein Stillstand des Wirtschaftswachstums zu erwarten sei, im zweiten Halbjahr 1981 jedoch – politische Vernunft der Gewerkschaften vorausgesetzt – mit Gewißheit eine Belebung eintreten würde. Inzwischen handeln die Prognostiker nur noch negative Wachstumsraten, und die bürgerliche Propaganda – ? Sie geht dazu über, aus dem Unzurechnungsfähigkeitsattest, das die Wirtschaftsdaten der herrschenden Kapitalistenklasse ins Zeugnis schreiben, Argumente für die bedingungslose Unterordnung der Arbeiterbevölkerung zu ziehen. Schmidt, nur noch bei sehr weitherziger Auslegung selbst des Godesberger Programmes als Sozialdemokrat zu beschreiben, in seiner Neujahrsansprache:

„Unsere Demokratie hat sich als stark erwiesen, das haben auch die Bundestagswahlen gezeigt, in denen sie den Extremisten aller Farben erneut eine klare Absage gegeben haben. Unsere politischen Fundamente sind fest, und niemand kann hoffen, das Bauwerk der Freiheit, der Demokratie und der Solidarität, das wir uns errichtet haben, erschüttern zu können. Trotz allem, was uns in diesen Tagen bedrängt und was noch auf uns zukommen wird – wir haben Grund zur Zuversicht. Ich sage dies auch im Blick auf die weltweite wirtschaftliche Abschwächung, die auch uns betroffen hat. Ich sage dies, denn unsere Wirtschaft ist leistungsfähig, sie ist beweglich und voll schöpferischer Kraft. Die Menschen in unserem Lande leisten hervorragende Arbeit. Unsere Produkte sind in aller Welt gesucht. Es ist wahr, wir sind in empfindlicher Weise abhängig vom Import von Öl und fast allen anderen Rohstoffen. Es ist wahr, der Wind des Wettbewerbs weht schärfer, aber unsere wirtschaftlichen Unternehmungen und unsere Gewerkschaften und wir Verbraucher haben nicht vergessen, wie man sich wirtschaftlichen Herausforderungen stellt.“

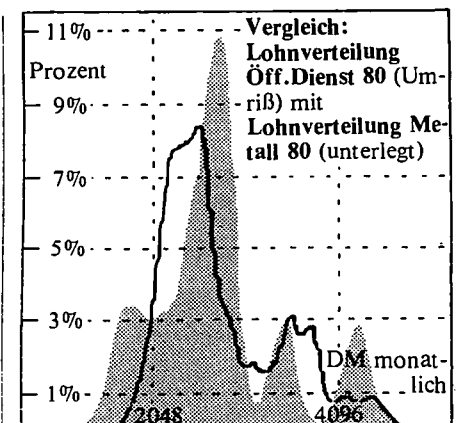
Wie stellt sich die ‚Wirtschaft‘ der Herausforderung? – Durch Rationalisierungsinvestitionen und Beschleunigung des Arbeitstempos. Wie die Gewerkschaften? Indem sie dieser Wirt-

schaft freie Bahn lassen. Dies ist nicht neu, aber wie der ‚Verbraucher‘? Offensichtlich indem er sich daran gewöhnt, weniger zu verbrauchen. – Schmidt ruft damit die deutsche Wirtschaft auf, Löhne zu zahlen, die den Konsum der Arbeiterbevölkerung direkt senken. Dies ist ganz neu in der Geschichte der BRD und wird die SPD vor eine Zerreißprobe stellen. Eine solche Bewegung zeichnet sich in den Wirtschaftsdaten zwar schon seit langem ab, und der stagnierende Konsum

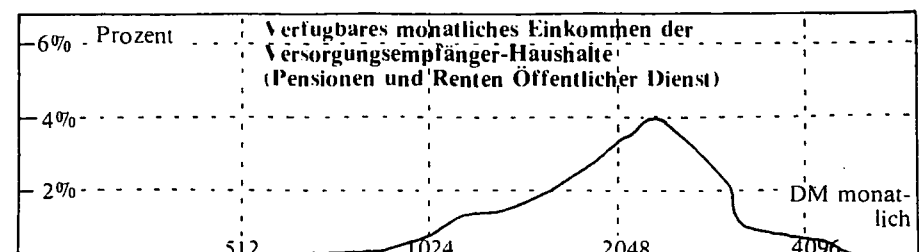
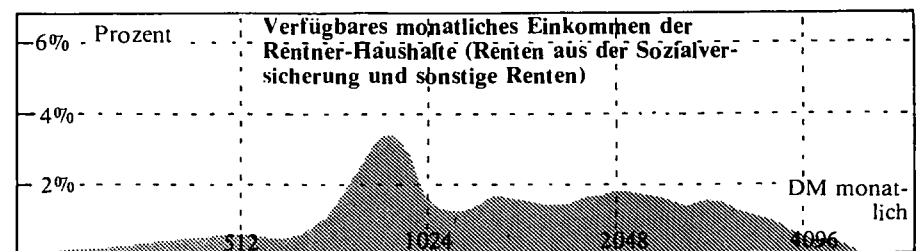
deckt die wegen der Arbeitsintensität steigenden Bedürfnisse der Arbeiterhaushalte immer schlechter, aber der direkte Aufruf an die Wirtschaft, den Konsum der ‚Verbraucher‘ zu senken, und an die Gewerkschaften, dies zu dulden, ist was Neues. Diesen Aufruf leitet Schmidt mit einem Hinweis auf das Bundestagswahlergebnis ein, wobei er unter die Extremisten aller Farben anscheinend auch die Grünen zählt, die damit unter die Objekte der Reaktion gezählt wären.

Die ÖTV hat Probleme – die IG Metall könnte helfen

Die Forderung der ÖTV für 1981 liegt niedriger als die Forderung der IG Metall und verlangt auch keine Strukturverbesserung. Gibt die ÖTV den Kampf gegen die Niedriglöhne auf? – Die Lohnpolitik der ÖTV ist an eine Schranke gestoßen, die bloß durch vereinte Bemühungen der DGB-Gewerkschaften gebrochen werden kann. Die Niedriglohnzone entsteht in der Industrie, und zwar durch die dauernden Beschäftigungsschwankungen der Arbeitskräfte, deren Arbeit sich direkt im verkäuflichen Produkt niederschlägt und die entlassen und eingestellt werden bei Geschäftsschwankungen, die Reparaturarbeiter, Einrichter usw. noch gar nicht berühren. Diese spontanen Marktkräfte sind im öffentlichen Dienst nicht unmittelbar wirksam, die ÖTV konnte den Niedrigstlöhnen erfolgreich zu Leibe rücken. Seit längerem steht nun ein Nachziehen der Industriegewerkschaften aus, wo dieser Kampf aber viel schwieriger ist.



Durch die unstete Beschäftigung erwachsen aus den Niedrigstlöhnen in der Industrie noch niedrigere Renten, die vergleichsweise bessere Lage im öffentlichen Dienst kommt beim Altersruhegeld noch deutlicher heraus. Wenn der DGB nicht für bessere Renten kämpft, wird auch daraus noch ein Argument gegen den einheitlichen Lohnkampf werden.



1. Quartal 81: Kalender der Erhöhungen

Um 14,5% stieg das Lohnsteueraufkommen 1980. Demgegenüber sanken die Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer um 3%, Körperschaftssteuer um 4%, aus Gewerbesteuer um 13%. Umfangreiche Entlastungen hat die Bundesregierung für 1981 zugesagt. Zahlen werden sie die unteren Einkommensklassen.

– Zum 1. Januar tritt die Steuerreform in Kraft.

Eine Metallarbeiterin mit 1870 DM Durchschnittslohn spart gerade 1,80 DM. Ein Arbeiter der Metallindustrie mit einem Durchschnittslohn von 2447,95 DM hat 19,10 DM mehr als 1980. Man muß schon mindestens Angestellter sein mit einem Gehalt von mehr als 5000 DM im Monat, um in Steuerklasse III eine spürbare Entlastung von mehr als 50 DM zu erhalten, in Steuerklasse IV muß man dazu mehr als 3500 DM verdienen.

– Zur gleichen Zeit wird der Rentenversicherungsbeitrag um 0,5% auf 18,5% erhöht, die Beitragsbemessungsgrenze auf 4400 DM. Die Krankenversicherungen haben Erhöhungen um durchschnittlich mindestens 1% angekündigt. Der Arbeiter muß beim Durchschnittslohn 18,30 DM im Monat mehr für Sozialversicherungen zahlen. Vom Steuerertrag bleiben ihm ganze 80 Pfennig.

– Das reicht jedenfalls schon nicht mehr für die von der Bundesbahn für den 15. Januar angekündigten Preiserhöhungen von 8% und 10% für den Berufs- und Schulverkehr. Die Nahverkehrsbetriebe haben ebenfalls bereits für 1981 Erhöhungen beschlossen, so daß eine Arbeiterfamilie mindestens 15% mehr für öffentliche Verkehrsmittel ausgeben muß. Nach Angaben des „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen“ mindestens 7,50 DM mehr im Monat.

– Zum 1. Februar wird das Kindergeld erhöht. 20 DM für das 2. Kind und 40 DM für das dritte und jedes weitere.

– Nachdem die Lohnerhöhung im April das erste Mal wirksam geworden ist, wird die Mineralölsteuer um 7 Pf. je Liter auf 51 Pf. erhöht. Bei einem Verbrauch von 100 Litern weitere 7 DM mehr monatlich. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Branntweinsteuer um 300 DM je Hektoliter weitere 2–3 DM im Monat.

Keineswegs etwa die gestiegenen Ölpreise sind für diesen rabiaten Kurs verantwortlich. Die hitzige Bourgeoisiekampagne hat ihren Grund in den Erwartungen und Befürchtungen, die die westdeutsche Monopolbourgeoisie an die politische und wirtschaftliche Entwicklung der USA knüpft. Der Wahlsieg Reagans hat den US-Monopolen den Weg freigemacht für einen Kurs kaum zu überbietender Brutalität. Der Grundgedanke ist einfach genug: Beseitigung aller gesetzlichen und moralischen Schranken gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und gegen ihre Bezahlung unter Wert. Beseitigung aller gesetzlichen und moralischen Schranken, die in den USA gegen den hemmungslosen Raubbau der natürlichen Reichtümer des Landes bestanden. Beseitigung aller politischen und militärischen Hindernisse für den Zugriff auf Arbeitskräfte und Reichtümer anderer Länder. Auf diesem Wege Akkumulation eines Kapi-

Rohstoffbasis ebenso, wie die Arbeiter ausländischer Nationalität relativ fest in die Gewerkschaftsbewegung eingebunden sind. Thatcher, die sich wie Reagans kleine Vorbotein ausnimmt, gewann die Wahlen, Strauß, der wie dessen mißwüchsiger Bruder daherkommt, verlor. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie verfügt über ein umgreifendes Konzept zur Verbesserung ihrer Lage in der imperialistischen Konkurrenz nicht. Indessen steht bereits fest, daß jedes denkbare Konzept seinen Angelpunkt in einer Senkung des Verbrauchs der Arbeiterbevölkerung haben wird und in einer Beschleunigung der Kapitalakkumulation auch auf diesem doppelten Wege: Intensivierung der Arbeit bei gleichzeitiger Senkung des Verbrauchs.

Eine besondere Bedeutung gewinnt da der Kampf gegen die Ausbeutung zu Niedrigstlöhnen, denn schließlich zeigen die niedrigsten Löhne und Ge-

„Baby-Boom“ — Bildzeitungsente!

1963/1964 betrug die Geburtenrate rund 85 Geburten je 1000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren. 1977 war diese Rate auf 44,5 abgesunken. Der jetzige Baby-Boom wird diese Rate vielleicht um einen Punkt ansteigen lassen, eine Geburtenrate, die statistisch immer noch zu einer Halbierung der Bevölkerung je Generationumschlag führen müßte. Auch entwickelte sich die Geburtenrate unterschiedlich, je nach dem Alter der Frauen. Der jetzige Anstieg fand ganz bei den Frauen über 27 statt, für die jüngeren Frauen ist sie weiterhin gesunken. – Die Bildzeitung ist unverschämt genug, eine Geburtenrate, die nichts ausdrückt als die Unerträglichkeit der Lebensverhält-

tals, das zu gegebenem Zeitpunkt die vollständige Umrüstung des weithin überalterten amerikanischen Produktionsapparates ermöglicht, auf mittlere Frist also eine enorme Produktivitätssteigerung erwarten läßt und in der Folge die Beherrschung des Weltmarktes durch die USA sicherstellt. Diese Politik ist – nach innen und außen – bloß stark bewaffnet denkbar.

Die westdeutschen Monopole können ihre Rüstung nicht nach demselben Konstruktionsplan schmieden. Anders als Großbritannien, das mit dem Nordseeöl ein Raubbaugeschäft macht und infolge der Kolonialpolitik einen Teil seiner Arbeiterbevölkerung in Gestalt ethnisch sehr besonderer und politisch isolierbarer Einwanderer brutal schinden kann. fehlt in der BRD die feste

Babys, Babys



**600 000 mehr!
Leben macht Spaß**

nisse breiter Massen in der BRD, als Anzeichen eines neuen Optimismus auszugeben, wo in Wahrheit bei vielen dieser Geburten keineswegs klar ist, wie die Erziehung der Kinder gewährleistet werden soll. Wer würde sich nicht freuen, wäre die Arbeiterbevölkerung in der Lage, von ihrem Lohn den Nachwuchs zu erziehen? – Aber so liegen die Dinge nicht.

halter, die von der Arbeiterbewegung in einem Land geduldet werden, an, bis auf welchen Grad sich alle drücken lassen. Ob jedoch den Lohnbewegungen dieses Jahres im Kampf gegen die Niedrigstlöhne ein Erfolg beschieden sein kann? – Die Situation ist grotesk. Einerseits ist gerade bei den niedrigen Einkommensklassen die Spanne zwischen Tariflohn und Effektivlohn oft gering. Wenn im Zuge einer Rezession also die Effektivlöhne sich auf die Schranke der tariflichen Sicherung hinbewegen, so sind die niedrigeren Lohn- und Gehaltsklassen immer etwas besser geschützt als die mittleren und höheren. Andererseits wird die Unstetigkeit der Beschäftigung, die wiederum in den unteren Einkommensklassen der Lohnarbeit groß ist, zu schweren Einkommensverlusten führen. Eigentlich

Die Verursacher der Krise beraten sich

Sachverständigenrat am 25.11.1980: „Die Lohnpolitik wird sich für die nächste Runde auf sehr kleine Verteilungsspielräume einrichten müssen. Wir raten zu Abschlüssen, die Raum lassen für eine Korrektur des Kosten-niveaus im Verlauf des Jahres ... Riskant wäre es, den Anstieg der Produktivität zu hoch einzuschätzen. Lohnabschlüsse, die auf einer solchen Schätzung beruhen, könnten zwar die gemessene Produktivität hochtreiben, aber ... nur dadurch, daß die Beschäftigung sinkt, weil die Unternehmen in größerem Maße als bisher vorgesehen Arbeitskräfte entlassen würden.“ (Jahresgutachten 1980/81)

Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall am 15.12.80: „... hat es am Montag hilfreich und konstruktiv genannt, daß die IG Metall offensichtlich nicht prinzipiell das Konzept einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik ablehnt ... Die Gewerkschaft ihrerseits meldet wieder Zweifel an, ob es gelingt, das auch nach Ansicht von Gesamtmetall ehrgeizige Konzept zu verwirklichen. Kirchner sieht darin eine ‚positive Herausforderung‘, bei der IG Metall die Sicherheiten zu schaffen, daß sie guten Gewissens mit uns auf den Weg gehen kann.“ (Frankfurter Allgemeine v. 16.12.80)

Stihl, Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg: „Für die Metallarbeitgeber sei ... ‚die Sockelei kein Diskussionspunkt‘. Er glaube auch nicht, daß diese Lohnpolitik von den Facharbei-

tern sehr geschätzt werde ... Mit einer von vornherein vereinbarten ‚Öffnung‘ zu nochmaligen Verhandlungen würde ... die Tarifrunde auf jeden Fall falsch laufen.“ (Handelsblatt vom 19./20.12.80)

Necker, Präsident des Maschinenbauverbandes am 22.12.: „Mit Lohnforderungen von 8% zusätzlich erhöhter Lohnnebenkosten machen sich die Gewerkschaften zu Gefangenen einer selbst erzeugten Erwartungshaltung. Sie leisten ihren Mitgliedern und sich selbst einen Bärendienst, denn solche Forderungen können nur den Verlust weiterer Arbeitsplätze oder mehr Inflation oder beides zur Konsequenz haben.“ (Handelsblatt vom 23.12.80)

Pleiger, Präsident der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände von NRW am 23.12.: „revidierte in einem Gespräch mit der Rheinischen Post die Absichtserklärung der Arbeitgeber, in 1981 eine Sicherung der Realeinkommen anzustreben. Pleiger: ‚Eine Reallohnsicherung ist möglich, wenn sich der Tarifabschluß am Produktivitätswachstum orientiert und gleichzeitig die importierte Inflation (Rohstoffe, Energie) von jedem Verbraucher selbst getragen wird. Unter diesen Bedingungen können sich die Preissteigerungen halbieren.‘“ (Handelsblatt vom 24.12.80)

Gesamtmetall zum Jahreswechsel: „Im Blick auf die bevorstehende Tarifrunde, die Auffassung, daß die Aussicht auf Produktions- und Absatzkürzungen viele Unternehmen vor die Frage stelle, entweder ‚mehr



Übergabe des Sachverständigengutachtens im November 1980

Lohnerhöhung für weniger Beschäftigte‘ oder ‚weniger Lohnerhöhung für mehr Beschäftigte‘ durchzusetzen.“ (Frankfurter Allgemeine vom 29.12.80)

Otmar Emminger, ehemaliger Präsident der Deutschen Bundesbank: „... hat sich aufgrund der schlechten Leistungsbilanz für einen Verzicht der Arbeitnehmer auf reale Lohnerhöhungen in den nächsten zwei Jahren ausgesprochen. Emminger wies darauf hin, daß er die Lohnforderungen der Gewerkschaften ‚gedanklich nicht nachvollziehen‘ könne.“ (Süddeutsche Zeitung vom 29.12.80)



Metallarbeiter fordern Festbetrag. Bild: Stuttgart, Februar 1980

wäre eine Forderung, die die mittleren Löhne und Gehälter tariflich sichert und bei den Niedrigstlöhnen eine besondere Anhebung bedeutet, angemessen gewesen. Die IG Metall hat sich aber entschieden, im großen und ganzen lediglich für die schlechtbezahlte Frauenarbeit eine Verbesserung zu versuchen. In der Lohnzone zwischen den sog. Leichtlohngruppen für Frauen und dem Ecklohn, in der die Masse der männlichen ausländischen Arbeiter beschäftigt ist, sind Sonderanhebungen nur in zwei Tarifgebieten gefordert. Fraglich ist, ob auf diesem Wege die Kräfte mobilisiert werden können, die erforderlich sind, um den Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten entgegenzuwirken, denn diese haben den Arbeitsmarkt auf ihrer Seite. Und selbst wenn dies gelingt, bleibt für die

Kapitalisten doch die Möglichkeit, im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung den großen Teil auch der Facharbeiter in Richtung Tariflohn zu drücken. Die Abspaltung der bestverdienenden Arbeiter und der mittelverdienenden Angestellten würde dadurch beschleunigt.

Dennoch würde es für die internationale Lage viel ausmachen, wenn es gelänge, in der BRD die Entstehung einer verarmenden, verelendenden Arbeiterbevölkerung in gewissem Umfang zu verhindern. Hierfür ein bedeutsamer Schritt wäre die Durchsetzung der Sonderanhebung unterer Lohn- und Gehaltsgruppen dann doch, wenn auch schon feststeht, daß der moralische Erfolg – und das heißt die Zukunftsaussichten – größer wäre als etwa der unmittelbar zu spürende. Wieso eine Wir-

kung für die internationale Lage? – Man muß doch nicht meinen, daß Propagandaschachzüge wie die ‚Japandiskussion‘ bzw. die unbedingt aufkommende ‚USA-Diskussion‘ nicht ihre Kehrseite haben. Soweit was dran ist, entsteht eine Rückwirkung auf die betroffenen Länder. – In den USA gibt es neben viel patriotischer Begeisterung auch schon Gemunkel, daß all dies vielleicht doch nicht so glatt gehen müsse. Klassenkämpfe in der BRD würden Auswirkung haben. Die Durchsetzung von besonderer Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen wäre aber angesichts der Arbeitsmarktverhältnisse, die weltweit herrschen, mehr als eine Angelegenheit des wirtschaftlichen Kampfes. Dies wäre ein politischer Erfolg, der Resonanz haben würde.

Iran fordert von USA nur sein Eigentum

Als Bedingung für die Freilassung der seit über einem Jahr festgesetzten US-Spione fordert die iranische Regierung die Hinterlegung einer Garantiesumme von 24 Mrd. Dollar bei der algerischen Zentralbank. Die geforderte Summe entspricht den nach der Botschaftsbesetzung in den USA eingefrorenen iranischen Geld- und Sachanlagen (14 Mrd.) und dem vom Schah dorthin verschobenen kaiserlichen „Privatvermögen“ (10 Mrd.). Die US-Imperialisten erklärten die Forderung für „lächerlich“ und gaben damit zu erkennen, daß sie den Abzug von OPEC-Guthaben aus den USA auf keinen Fall zulassen wollen. Die andere Supermacht versucht, die ungelöste Geiselfrage und den Krieg mit Irak zur Verstärkung ihres wirtschaftlichen Einflusses auf Iran zu nutzen. Im Dezember sind mehrere iranisch-sowjetische Wirtschaftsabkommen geschlossen worden, u.a. über den Warentransit. Die Sozialimperialisten hatten das Transitabkommen ursprünglich nur erneuern wollen, wenn Iran weiter zu den vom Schahregime vereinbarten schlechten Bedingungen Erdgas liefert. Darauf ist der Iran nicht eingegangen.

Deminex-Pläne ohne Grenzen

Die Gründung der Deminex beginnt sich für die BRD-Imperialisten auszuzahlen: 1980 nahm sie an über 40 Erdölbohrungen in aller Welt teil. Die Produktion stieg um 44% auf 2,3 Mio. t. Bis 1990 sollen es 10 Mio. t werden. Hauptausbeutungsfeld ist die britische und norwegische Nordsee; besonders vielversprechend, so Deminex, entwickeln sich die Bohrungen am Golf von Suez.

Fischereistreit unter Räubern

Der „Fischereistreit“ in der EG geht in die nächste Runde. Hauptstreitpunkt bleibt die Aufteilung der Fangquoten im „EG-Meer“, dessen glühendster Verfechter die BRD-Imperialisten sind. Sie fangen einen Bruchteil in eigenen Gewässern und fischen v.a. zwischen Island, Schottland und Irland. Dänemark ist dagegen, daß die Vorteile aus der Kolonialherr-

schaft über Grönland an die Konkurrenten übergehen sollen und verlangt mehr als die ihm zugestandene Quote von 24%. Die britischen Imperialisten, die dank ihrer Kolonialherrschaft über Nordirland 60% des „EG-Meeres“ für sich beanspruchen, wollen eine höhere Quote als 45%. Frankreich kontert nun mit neuen Ansprüchen auf „historische Fanggründe“, die England ebenfalls sein eigen nennt.

LVA Niederbayern gegen Ehrenbergpläne

München. Die Vertreterversammlung der LVA Niederbayern-Oberpfalz hat in einer Resolution an Minister Ehrenberg gegen die beabsichtigte Kürzung des gesetzlich vorgeschriebenen Bundeszuschusses an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung protestiert. Die Versammlung erklärt, daß sie in dieser Verfahrensweise einen Verstoß gegen bestehende rechtliche Verpflichtungen des Bundes sehe und fordert, den Bundeszuschuß an die Entwicklung der Rentenausgaben anzupassen.

Kapitalistenhetze gegen Arbeitslose

„Schmarotzer im sozialen Netz“ zu beseitigen, schicken die Kapitalisten gegenwärtig allerhand ins Feld. Sie verlangen Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes: 1. Die „Leistung“ für die Arbeitslosen sei im Verhältnis zum Nettolohn zu hoch. Denn: Viele Arbeitslose seien gar nicht „an Arbeit interessiert“; wer 4400 DM verdiene — das ist die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung! — könne bei 3 Monaten Arbeitslosigkeit durch Steuerersparnis und Arbeitslosengeld 18 DM mehr monatlich verdienen. — Die Rechnung, wie ein bisher durchschnittlich bezahlter Metallarbeiter (2448 DM brutto) bei Arbeitslosigkeit mit 1227 DM Arbeitslosengeld z.B. eine vierköpfige Familie durchbringen soll, hat Francke (CDU) nicht gewagt. 2. Das durch und durch fadenscheinige obige Rechenmodell der CDU wurde von der FAZ noch warm gegessen: „... wird man über den Abbau von Vorteilen für Arbeitslose beim Lohnsteuerjahresausgleich sprechen müssen ...“ (Frankfurter Allgemeine, 17.12.80) 3. Lamsdorff hatte sich schon



Am 20.12.1980 demonstrierten 9500 Türken, die aus allen Teilen der BRD nach Köln gekommen waren, gegen die Militärdiktatur in der Türkei. Dort putschten am 12. September die Streitkräfte und setzten einen „nationalen Rat“ aus fünf Generälen ein. Schon in den letzten Monaten der Regierung Demirel waren Streiks und Demonstrationen gegen dessen „Hungerprogramm“ von Militär unterdrückt worden. Parteiführer und 100 Parlamentsabgeordnete wurden inhaftiert. Ecevit trat nach der Freilassung vom Vorsitz der Republikanischen Volkspartei zurück. Die Militärregierung geht mit Folter und Hinrichtungen gegen die Gewerkschaften und alle oppositionellen Volksbewegungen sowie gegen die nationale Minderheit der Kurden vor. Bild: Demonstration vor dem Europarat.

Anfang Dezember für ein Vorgehen gegen mit 59 Jahren entlassene Arbeiter ausgesprochen, die „ein Jahr gut gefedert Arbeitslosengeld beziehen“, anschließend Anspruch auf vorgezogene Rente hätten. 4. Beiträge. Die Kasse des Arbeitsamtes weist bereits jetzt ein Defizit von 3,7 Mrd. DM auf, das durch Rentenversicherungsgelder über den Bundeshaushalt gedeckt wird. Würde die Arbeitslosigkeit über 1,1 Mio. steigen, seien Beitragserhöhungen fällig, so der einhellige Kommentar der Presse. — Ehrenberg hat bereits im Sommer eine Neufassung der „Zukunftbarkeit“ angekündigt.

Niedriger Lohn verteuert Lebenshaltung

Die dauernden Lohnsenkungen sind für die Banken ein besonderes Geschäft: Bei Zinssätzen bis zu 18,8% ist die Zahl der Ratenkredite 1980 weiter gestiegen und hat sich damit in den letzten 10 Jahren verfünffacht. 60% der Kreditnehmer sind Arbeiter, 20% Angestellte, 10% Beamte.

Van Delden-Textilwerke pleite

2700 Textilarbeiter würden arbeitslos und die Arbeitslosigkeit im Raum Gronau (Münsterland) auf über 20% steigen, wenn die Pleite der van Delden-Gruppe zur Schließung der Textilbetriebe führt. In einer Gläubigerversammlung vor Weihnachten hatten die Banken der van Delden-Grup-

pe, die seit Jahren unter Bankenaufsicht steht, den Kredit gesperrt und ein Sanierungsangebot der Familie van Delden (im CDU-Wirtschaftsrat aktiv) abgelehnt. Interessierten Kapitalisten hat die Landesregierung von NRW bei Übernahme der Betriebe 20% der Kaufsumme und weitere Landesbürgschaften zugesagt.

Kaffeexport um 5% gesenkt

Nach Abschluß des neuen Internationalen Kaffeeabkommens (s. Politische Berichte 2/80) ist der Kaffee Weltmarktpreis im November unter die 120-Cents-Marke pro Pfund gesunken. Die Internationale Kaffeeorganisation kürzte daraufhin die Exportquote für ihre Mitgliedsländer um 1,4 Mio. Sack Kaffee auf 55,5 Mio. Sack, konnte damit aber keine Preisstabilisierung erreichen. Am 18.12. mußte sie die Exportquote um weitere 1,4 Mio. Sack senken. Das in diesen Fällen angewandte Quotensystem wurde von den Ländern der Dritten Welt gegen die Imperialisten durchgesetzt, um das weitere Absinken des Kaffeepreises zu verhindern. Aber über die Höhe der Quoten für die einzelnen Mitgliedsländer gibt es Widersprüche. Der Druck der Imperialisten auf den Kaffeepreis und die über den niedrigen Kaffeepreis erzwungene allgemeine große Senkung verschärft diese Widersprüche, um den Imperialisten die Sprengung des Quotensystems zu ermöglichen.

Griechenland

Die EG nimmt die „Neustrukturierung“ der Landwirtschaft in Angriff

Seit dem 1.1. ist der Beitritt Griechenlands zur EG Tatsache. In letzter Minute hatte die griechische Regierung unter dem Eindruck wachsenden Widerstandes im Inneren gegen die Beitrittsbedingungen noch versucht, die Haut dann doch etwas, wenigstens etwas teurer zu verkaufen. Die EG-Landwirtschaftsminister mußten schließlich einer Erhöhung der Erzeugerpreise für Birnen und Weintrauben und Garantiepreise für Olivenöl und Rotwein in Höhe von 90% des EG-Preises zustimmen; auch mußten sie akzeptieren, daß Griechenland weiterhin Beihilfen an die Produzenten von Aprikosen und Weintrauben zahlt. Beim Zucker fordert es eine neue Aufteilung der vorgesehenen Produktionsquoten, d.h. eine höhere Festlegung der Grundmenge; auf die über die Grundmenge hinausgehende Produktion nämlich erhebt die EG eine Steuer. Hier konnte vorerst keine Änderung durchgesetzt werden, aber immerhin sind die Verhandlungen erneut eröffnet.

Trotz dieser Teilerfolge werden die griechischen Bauernmassen am ehesten und am nachdrücklichsten die Folgen des Beitritts zu spüren bekommen. Da das Erzeugerpreisniveau in den neun Ländern der EG höher ist als in Griechenland, hätten sie eigentlich auf Erzeugerpreiserhöhungen größeren Umfangs rechnen können und haben es auch. Die westeuropäischen Imperialisten jedoch rechnen ganz anders und haben die Trümpfe.

Nur ein Drittel des griechischen Bodens ist landwirtschaftlich nutzbar und dies aufgrund des geringen Niederschlages und ausgedehnter Gebirgsgebenden auch nur unter schwierigen Bedingungen. Auf Flecken von durchschnittlich 4,4 ha – ein Viertel besitzt

sogar nur weniger als 1 ha – ringen die Bauern dem Boden hauptsächlich Oliven, Südfrüchte, Tomaten, Wein und Getreide ab. Die tierische Produktion ist gering, Milch und Fleisch muß Griechenland zum großen Teil importieren.

Hier aber hat die bisherige EG-Agrarpolitik bereits Fakten geschaffen. Die Erzeugerpreise für Mittelmeerprodukte liegen weit niedriger als die für die eigentlichen kontinentalen Produkte, und die Schere klafft ständig weiter auseinander. Während das Preissystem der Marktordnungen für Weizen, Rindfleisch, Milchprodukte usw. einschließlich der Schutzzölle allzu starken Druck der niedrigeren Weltmarktpreise verhinderte, gibt es dieses System für die meisten Mittelmeerprodukte nicht. Bisher haben v.a. die BRD, Frankreich und Großbritannien die Forderung Italiens, diese „Diskriminierung“ zu beseitigen, auch immer noch vom Tisch gefegt. Erst recht werden die griechischen Bauern von den relativen Vorteilen der bisherigen EG-Agrarpolitik ausgeschlossen bleiben, die Lasten aber voll tragen müssen.

Den Exporteuren von Milch und Fleisch, den Agrarkapitalisten vor allem aus der BRD und den Niederlanden, ist der griechische Markt aufgrund der EG-Schutzzollpolitik zukünftig sicher. Griechenland hingegen wird gezwungen, seine eigene Schutzpolitik für die heimischen Agrarprodukte ersatzlos aufzugeben. Obwohl seine Exporte in die EG für die Dauer einer fünf- bis siebenjährigen Übergangsperiode Beschränkungen unterworfen bleiben, wird sich die Konkurrenz zwischen den italienischen und den griechischen Bauern – dann auch den spanischen und portugiesischen – schlagartig erhöhen und das Erzeugerpreisniveau für Mittelmeerprodukte weiter absinken.



Niedrige Produktivität der Arbeit in der Landwirtschaft

Doch keinesfalls möchten die westeuropäischen Imperialisten den bauernvernichtenden „Kräften des Marktes“ allein vertrauen. Den griechischen Weinbauern z.B. werden „Qualitätsnormen“ diktiert; die „Vermarktung“ der Agrarprodukte, d.h. faktisch die ca. 7000 meist dörflichen Genossenschaften, wird direkt der Kontrolle der EG-Institutionen unterstellt usw. Erklärtes Ziel der EG-Imperialisten ist die „Neustrukturierung“ der griechischen Landwirtschaft: die Beseitigung hunderttausender kleiner Bauern und Auffüllung der industriellen Reservearmee und die plantagenmäßige Produktion ausgewählter Produkte wie Baumwolle, bei denen sie bisher vom Weltmarkt abhängig sind.

Marokko

Deutscher Staatsbesuch ohne Panzerkreuzer

Auf dem Rückweg vom Urlaub in Gran Canaria will Kanzler Schmidt in Marokko vorbeischauen. 1979 wurden 48% der Importe und 59% der Exporte mit der EG abgewickelt. Die BRD hielt dabei Anteile von 6,2 bzw. 10,8%. Sie versucht gegenüber drei stärkeren Konkurrenten, nämlich Frankreich, Spanien und den USA, aufzuholen. Vor allem sucht sie hochwertige Maschinen und Anlagen auf dem marokkanischen Markt unterzubringen. Sie bezieht aus Marokko Obst, Gemüse und Rohstoffe wie Phosphat, Bleierz und Kobalterz und liefert als größten Posten Maschinen und Fahrzeuge. Bereits 1961 schloß sie einen Vertrag über Investitionsförderung mit Marokko ab, 1974 trat ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung in Kraft.

1973 hat die marokkanische Regierung unter König Hassan II. neue Investitionsförderungsgesetze erlassen, die ausländischen Kapitalisten Vorteile bieten, u.a. Befreiung von der Gewinnsteuer bis zu 100% für die ersten zehn Jahre. Die Gesetze lösten die bis dahin gewährte Ausrüstungsprämie ab, deren Bewilligung durch eine staatliche Investitionskommission den Imperialisten zu langwierig war. Seit 1973 müssen ihre Anträge binnen eines Monats entschieden sein. Sie brauchen keine komplette Durchführbarkeitsstudie ihrer Projekte mehr vorzulegen, sondern bloß noch einen Fragebogen zu beantworten. Weiter haben die Gesetze für sie den Vorzug, daß sie nicht mehr nur Industriezweige, sondern auch die Bereiche Bergbau, Tourismus, Schifffahrt und Handwerk umfassen. Ungetrübt blieb ihre Freude nicht. Im selben Jahr wurde das Marokkanisierungsgesetz erlassen, das den Bedingungen der In-

vestitionsförderungsgesetze vorge-schaltet wurde. Es bestimmt, daß in 99 Branchen, hauptsächlich in den Berei-chen von Handel, Banken und Versi-cherungen sowie bei Dienstleistungen, die Betriebe gänzlich in marokkani-scher Hand sein oder zumindest zu 50% marokkanische Eigentümer ha-ben müssen. Ausländische Betriebe, darunter viele französische, mußten aufgeben, die anderen ohne Ausnahme ihr Kapital um 100% aufstocken, das von Marokkanern einzubringen war. 29 westdeutsche Firmen wurden emp-findlich getroffen.

In allen übrigen Bereichen, also fast in der ganzen Industrie, gilt eine soge-nannte unechte Marokkanisierung schon, wenn der Sitz des Betriebes in Marokko ist. Allerdings hängt dann der Umfang der Steuervergünstigun-gen und der billigen Kredite vom Standort ab. Die westdeutschen Kapi-talisten fanden es abschreckend, daß

sie diese ausgerechnet in Casablanca mit seinem Freihafen und ausgebauter Infrastruktur nicht haben sollten.

1978 traf sie ein neuer Schlag. Die marokkanische Regierung führte die Bardepotpflicht in Höhe von 25% des Werts fast aller eingeführten Waren ein. Die westdeutschen Kapitalisten hielten sich 1979 mit der Anlage ihres Kapitals zurück. Die Direktinvestitio-nen stiegen nur um 1,9 Mio. DM auf 52,2 Mio. DM.

Marokko hat hohe Kosten durch sei-nen ungerechten Krieg gegen das saha-raische Volk. Die gestiegenen Ölprei-se konnte es zum guten Teil durch Ex-port von Phosphat und dessen Pro-dukten ausgleichen. Dennoch mußte es Kapitalhilfe, u.a. 160 Mio. DM von der BRD, nehmen für Bewässerung, Trinkwasserversorgung und Erzeu-gung von Wasserkraft. Schmidt will jetzt sehen, was drin ist. Kissinger ist ebenfalls im Anmarsch:

nicht gebaut werden könne, und die Bundeshaushalts-Ausgaben für den „Tornado“ oder die Mittelstreckenra-kenstationierung beispielsweise scheinen nichts damit zu tun zu haben. Und schließlich sind Gebührenerhö-hungen auf der Ebene einzelner Ge-meinden, gegen örtlich zersplitterten Widerstand, immer noch leichter durchzusetzen als allgemeine Steuerer-höhungen gegen ein entschiedenes Nein der DGB-Gewerkschaften.

1981 also, soviel steht bereits fest, werden die Einnahmen der Gemeinden nur noch nominal zunehmen, real be-reits sinken. Ihre Haupteinnahmequel-le ist neben den „staatlichen Zuwei-sungen“ die Gewerbesteuer, die von den Kapitalisten erhoben wird. 1975 und dann regelmäßig seit 1978 wurden die Freibeträge für Gewerbekapital und Gewerbeertrag erhöht: Allein die Freibetragssteigerung von 1980 befreite die Kapitalisten in diesem Jahr von der Zahlung von rund 1 Mrd. DM. Insge-samt zahlen jetzt überhaupt nur noch ca. 36,4% der Betriebe Gewerbesteuer. 1981 wird sie nach Vorausschätzungen auch absolut abnehmen.

1978 hatte der Kanzler auf dem Weltwirtschaftsgipfel weitere „sub-stantielle Maßnahmen“ angekündigt – in Folge fielen die Lohnsummen-steuern: erneut ca. 3,5 Mrd. DM, die die Kapitalisten 1980 nicht zu zahlen hatten. Da aber nur in ca. 800 der 8 500 Gemeinden die Lohnsummensteuer er-hoben worden war und damit alle Ka-pitalisten in den Genuß „substanzieller Maßnahmen“ kommen, übten die Länderregierungen mit der Ankündi-gung, gegebenenfalls ihre „Zuweisun-gen“ an die Gemeinden entsprechend zu kürzen, Druck in Richtung Senkung der Gewerbesteuerhebesätze aus: Er-gebnis ein weiteres Plus von 0,9 Mrd.

Gemeindehaushalte

Wie sind am besten weitere Milliarden aus den Volksmassen herauszupressen?

Offensichtlich hielt es der Kanzler Mit-te Dezember für geboten, zum ersten Mal seit vier Jahren an einer Sitzung des Bundesrates teilzunehmen. „Ich frage mich“, eröffnete er, „ob wir uns angesichts der weltpolitischen Ent-wicklung leisten können, unseren Zen-tralstaat durch unzureichende Finanz-ausstattung in seiner Handlungsfähig-keit zu behindern und ihn bei bestimm-ten Aufgaben sogar handlungsunfähig zu machen.“ Die Frage war selbstver-ständlich rhetorisch zu verstehen; erst wenige Tage zuvor hatte die Regierung mit dem Bundeshaushalt 1981 neue Verdienste in Sachen „Handlungsfä-higkeit unseres Zentralstaates“ aufge-häuft: Die Ausgaben für Unterhalt und Ausbau des Militärapparates über-treffen alles andere bei weitem. Nicht ob war also die Frage, sondern wie.

Wie die Finanzmittel für Expansion und Kriegsvorbereitung bereitstellen und die Kapitalisten noch weitgehen-der von allen Steuerzahlungen befrei-en, ohne den Krach mit den Gewerk-schaften direkt herauszufordern? Denn vieles spricht dafür, daß diese Steuererhöhungen oder/und Ausga-benkürzungen z.B. bei den Sozialversi-cherungen in noch größerem Umfang nicht geschluckt und im Zuge der Auseinandersetzung womöglich gleich auch noch die Frage nach der Ausga-benseite, der „Handlungsfähigkeit“, aufgeworfen hätten.

Diesen Auseinandersetzungen gehen die Bourgeois, wenn es sich machen läßt, tunlichst aus dem Wege. Nur wie

es sich machen läßt, darüber müssen sie sich stets neu vereinheitlichen, und genau das bezweckte Schmidt beim Bundesrat. Es ging um die Neufestle-gung der Steueranteile zwischen Bund und Ländern und dabei letztlich um die Steueranteile und „staatlichen Zu-weisungen“, die die Gemeinden zu-künftig erhalten: Denn auf die Ge-meinden läßt sich das ganze Problem erprobtermaßen am besten abwälzen. Dort nämlich schaut es dann so aus, daß die Wassergebühren erhöht wer-den müßten, weil ansonsten die Kanali-sation in der neuen Wohnsiedlung

Entwicklung der Gemeindehaushalte

Einnahme-/Ausgabeart	1979	1980*	1981*	1980*	1981*
	Mrd. DM			+ / - %	
Einnahme o. bes. Finanzierungsvorg.	122,66	135,60	138,80	+ 10,5	+ 2,4
Steuern (netto)	41,25	46,85	47,30	+ 13,6	+ 1,0
Staatl. Zuweisungen	37,41	41,60	41,75	+ 11,2	+ 0,4
Ausgaben o. bes. Finanzierungsvorg.	127,41	141,20	144,80	+ 10,8	+ 2,5
Personalausgaben	38,69	41,85	44,15	+ 8,2	+ 5,5
Laufender Sachaufwand	22,66	24,65	25,75	+ 10,3	+ 4,5
Sozialleistungen	14,14	15,60	16,70	+ 10,3	+ 7,1
Sachinvestitionen	35,21	40,50	38,40	+ 15,0	- 5,2
Finanzierungssaldo	- 4,76	- 5,60	- 6,00		
Nettokreditaufnahme	3,93	4,00	4,50		
Nettorücklagenentnahme	0,14	1,50	1,00		

* Schätzung (Stand Anfang Oktober 1980). Nach Aussagen des zuständigen Referenten des Deutschen Städtetages sind die Schätzungen der Steuereinnahmen zu hoch angesetzt und inzwischen überholt. – Besondere Finanzierungsvorgänge sind vor allem Schuldenaufnahmen bzw. Tilgungen am Kreditmarkt, Entnahme aus bzw. Zuführungen an Rücklagen, Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren. Quelle: „Der Städtetag“ 11/1980

DM für die Kapitalisten. Ihre Gesamtsparsparnis 1980 von 3,9 Mrd. DM – in den Gemeinden, in denen sie bislang Lohnsummensteuer zahlen mußten, wurden die Hebesätze leicht angehoben, daher die Differenz – entspricht fast exakt der Nettokreditaufnahme der Gemeinden.

Gleichzeitig haben die Länder, an die der Bund rund 1 Mrd. DM der Ausgaben für die Kindergelderhöhung 1981 abwälzte, angekündigt, ihrerseits die „Zuweisungen“ an die Gemeinden entsprechend Art. 106 Abs. 7 Grundgesetz nicht oder kaum zu erhöhen, real also zu senken.

Die Folgen dieser Politik sind exakt berechnet. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen werden die bürgerlichen Gemeindepolitiker den Hebel der Gebührenaufplünderung verstärkt einsetzen. Unter dem Stichwort „Kostendeckung“ – der Kostendeckungsbegriff wurde dabei durch Ländergesetze weiter ausgeweitet; und damit in wirklich jedem Fall gewährleistet ist, daß die Gemeinden nach diesem Prinzip eintreiben, wurden die „Zuweisungen“ zum Teil davon abhängig gemacht – sind die Gebühren von 1970 = 9,26 Mrd. DM auf 22,44 Mrd. 1979 hochgetrieben worden. Nur bei der Lohnsteuer hat die Bourgeoisie eine vergleichbare Steigerungsquote erreichen können.

Zweitens werden die Gemeinden erhebliche Einsparungen im Bereich „Sachinvestitionen“ vornehmen: beim Straßenbau und Nahverkehr, bei sog. Versorgungsanlagen (Strom, Gas, Wasser), bei der Entsorgung (Abfall, Abwasser), beim Bau von Krankenhäusern, Schulen usw., dort also streichen, wo Bedürfnisse der Lohnabhängigen berührt sind. Nach Vorausschätz-

ungen des Städtetages werden diese Ausgaben 1981 um nominal 5,3% gekürzt, real um mehr als 10%.

Drittens werden Kürzungen bei den Sozialhilfezahlungen zu erwarten sein, die von den Gemeinden getragen werden.

Viertens wird von den Gemeinden ein doppelter Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ausgehen (bei den Gemeinden arbeitet rund ein Drittel aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst): in Richtung Lohnsenkung und in Richtung kapitalistische Rationalisierung. Seit Jahren schon ist der Anteil der „Personalausgaben“ an den Gesamtausgaben stark rückläufig. 1981 werden keine Neueinstellungen erfolgen.

Fünftens bleibt immer noch dafür gesorgt, daß die Verschuldung der Gemeinden weiter wächst, und zwar schneller als in den letzten Jahren schon. 1979 waren die Schulden, zu über 90% bei Banken, bereits auf über 80 Mrd. DM geklettert, die Steuereinnahmen von zwei Jahren damit verpfändet. Für alle Fälle.

JVA Aichach Gefangenensprecher fordern höheren Lohn

Gefangenensprecher der
JVA Aichach Aichach, 17.12.80

An die
Anstaltsleitung der
JVA Aichach
z.Hd. Herrn Oberregierungsrat
Deuschl
im Hause

Sehr geehrter Herr Deuschl!

Wir haben in der vergangenen Woche eine „Lohn“-zetteluntersuchung für November 1980 durchgeführt. Das Ergebnis ist „Ausbeutung übelsten Ausmaßes“ (s. BT-Drs 7/918). Die Gesamtlohnsumme für die Gefangenen der Männerabteilung, und zwar brutto, betrug ganze 10 165,16 DM, was einen Durchschnittslohn von 101,65 DM bedeutet und zugleich Einkauf in Höhe von 67 DM monatlich heißt. Auf's Jahr berechnet ergibt sich eine Summe von 121 98,92 DM, die die Gefangenen als Bruttolohn ausbezahlt kriegen.

Zugrundegelegt ein Stundenlohn von 8 DM (was eh enorm niedrig ist) und berechnet auf 37½ Wochenstunden pro Gefangenen, stehen den „Lohn“-ausgaben an die Gefangenen 1,34 Millionen DM an Einnahmen durch die Anstalt bzw. bayerische Justiz gegenüber. In Prozenten ausgedrückt: die Gefangenen erhalten 9,04% ausbezahlt. Daß gleichzeitig

keine Sozialversicherung abgeführt wird und im Krankheitsfall nicht mal die Pfennigbeträge weiter bezahlt werden, sei hier auch vermerkt. Daß ab 1.1.1981 jetzt angeblich 3 bis 4 Pfennige mehr bezahlt werden, nützt reichlich wenig. Wir brauchen schon eine *merkliche* Verbesserung unserer Lage.

Aus der Tatsache, daß aus der Ausbeutung der Gefangenen Riesenprofite gezogen werden, resultieren unsere Forderungen als gewählte Gefangenensprecher.

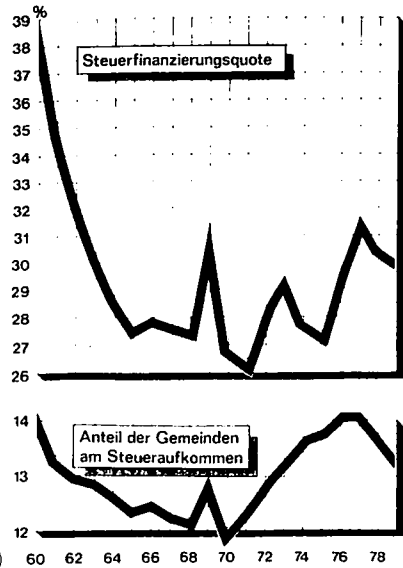
1. Wir sind uns bewußt, daß die Festlegung der „Löhne“ durch den Bundestag erfolgt. Deshalb fordern wir hier die Anstaltsleitung auf, Schritte zu unternehmen, daß die Gefangenen die entsprechenden Tariflöhne derjenigen Branchen erhalten, in denen sie arbeiten. Das ist das eine. Unmittelbar jedoch müßte die Anstaltsleitung, aus den von den Gefangenen erarbeiteten Geldern, mehr Lohnzuwendungen machen. Für uns gibt es da nur zwei Möglichkeiten. Entweder werden die Leistungszulagen erhöht (hier ist bei weitem die Möglichkeit nicht ausgeschöpft) und die Lohngruppen werden nach Überprüfung durch die Anstaltsleitung, mit den Betriebsbeamten und die Gefangenensprecher höher gestuft oder aber die „Materialzuwendung“ von 2 Tabak in der Woche wird fest garantiert. Das wäre von der Auswirkung auf die „Löhne“ der Gefangenen ungefähr das gleiche und würde ein Mehr von 12,50 DM pro Gefangenen bringen.

2. muß mit den aus unserer Arbeitskraft abgepreßten Riesenprofiten umgehend das Essen verbessert werden. Wer arbeitet, soll auch essen! Die Rationen des Abendessens wären selbst einem 10jährigen Schulkind zuwenig, geschweige denn ausgewachsenen Mannsbildern, die den ganzen Tag schwer körperlich arbeiten. Die Rationen müssen verdoppelt werden. Also: statt abends 2 Eier 4 Eier, statt einem Leberknödel 2 Leberknödel, statt 4 Scheibchen Frischwurst 8 Scheiben Frischwurst, statt zweier Debreziner 4 Debreziner, statt 1 Ecke Käse 2 Ecken Käse etc. etc. etc. Der Zustand, nach schwerer körperlicher Arbeit abends hungrig ins Bett zu steigen, muß schleunigst beseitigt werden. Weiter ist sicher für jedermann überhaupt nicht einsichtig, wieso zur Frühstückspause für große Teile der Gefangenen keine Brotzeit gegeben wird. Im Außenkommando Meisinger ist es anscheinend möglich, in den Hausbetrieben muß es täglich sein und für Meisinger-Innen wird es höchste Zeit.

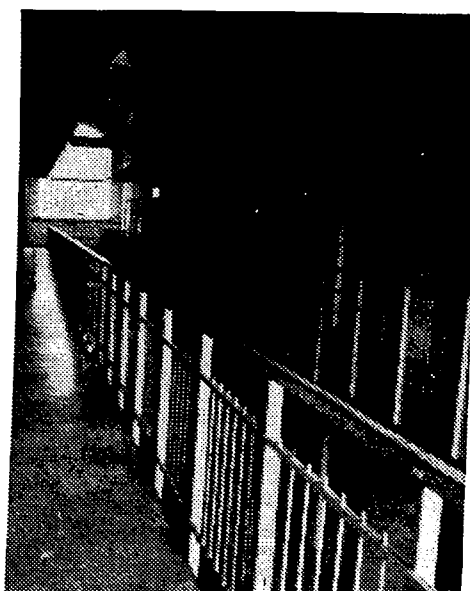
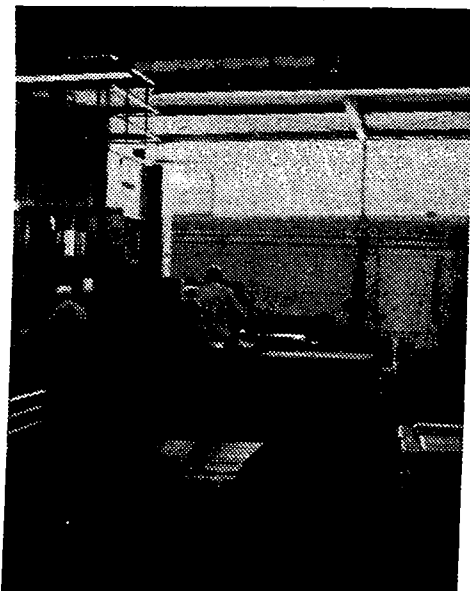
Wo das Geld herkommen soll? Wir verweisen auf unsere „Lohn“-zetteluntersuchung und darüber hinaus auf eine sehr, sehr schlichte Tatsache.

Der Herr Meisinger z.B., für den ja immerhin ca. 50% aller männlichen

Kommunale Steuerquoten im Zeitablauf



Quelle: „Der Städtetag“ 2/1980



Gefangenen arbeiten müssen, spart sich nicht nur Riesensummen durch den niedrigen Stundenlohn, den er an die Anstalt oder bayerische Justiz zahlt. Er spart sich auch alle festen Kosten wie Miete, Strom usw. Und er spart sich vor allem sog. „Lohnnebenkosten“, die da wären: Sozialversicherungsbeiträge, Urlaubsgeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Wir sind sowieso dafür, daß die Sozialversicherungsbeiträge für die Gefangenen entrichtet werden müssen, aber solange das nicht geregelt ist, spart sich ein Herr Meisinger allein nur durch nicht zu zahlende „Lohnnebenkosten“ monatlich mindestens 20000 DM und damit im Jahr sage und schreibe eine Viertel Million DM.

Uns ist deshalb überhaupt nicht ein-sichtig, wenn Herr Meisinger schon so-viel Sozialversicherungsbeiträge spart, er nicht so „sozial“ sein kann und der Anstalt Essenszuwendungen in Höhe von 3000 DM monatlich zur Verfü-gung stellt. Da bräuchte man doch eig-entlich keine grundsätzlichen Debat-ten zu führen, das gebietet doch schon der Anstand. Er hätte nämlich dabei immer noch 17000 DM im Monat ge-

spart! Also Geld zur „Finanzierung“ unserer Forderungen ist buchstäblich im wörtlichen Sinne allerorten vorhan-den, bei der Anstalt bzw. bayerischen Justiz und den Kapitalisten, für die wir arbeiten müssen. Um diesen Punkt ab-schließend klar zu stellen. Wir halten Lohnerhöhungen, Materialzuwendun-gen und vor allem ein Arbeitsessen nicht für irgendwelche Gnadenakte von irgend jemanden, es sind schließ-lich unsere, uns vorenthaltenen Löhne, aus denen das alles gut finanziert wer-den kann.

3. fordern wir die Anstaltsleitung auf, uns mitzuteilen, ob Entscheidun-gen von Oberlandesgerichten in Bezug auf Gefangenenuurlaub bei der Ur-laubsregelung in der Anstalt nicht be-rücksichtigt werden. Wenn das so ist, wollen wir wissen, warum nicht. So wie die Dinge jetzt liegen, werden x Gefan-gene um ihren Urlaub 1980 gebracht.

Abschließend sei uns noch gestattet, darauf hinzuweisen, daß der Vorsit-zende des Petitionsausschusses des Bayer. Landtags Herr Klasen am 17.12.79 erklärt hat, „die Löhne müs-sen denen draußen zumindest ange-paßt werden“, daß 110 Gefangene der

JVA Stadelheim im Januar 1980 u.a. die Forderungen nach Tariflohn erho-ben haben, daß sich auch die Mitglie-derversammlung der Industriegewerk-schaft Druck und Papier München auf ihrer Mitgliederversammlung im März dieses Jahres für Tariflöhne und der 4. Strafverteidigertag im Mai 1980 in München für Tariflöhne und Sozial-versicherung ausgesprochen haben. Sie sehen, wir brauchen nicht nur sofort eine merkliche Verbesserung unserer Lage, sondern wir befinden uns mit unseren Forderungen unbestreitbar in bester Gesellschaft, sie sollten sich da-zu gesellen mit der Erfüllung unserer Forderungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Gefangenensprecher der JVA Aichach -
für Abteilung O: *Wolfgang Seidemann*
Abteilung I: *Georg Hank*
Abteilung II: *Alois Sulzenbacher*
Abteilung III: *Karsten Greller*

Gesundheitswesen Ergebnisse der Konzertierten Aktion

Die „Konzertierte Aktion im Gesund-heitswesen“ wurde 1977 vom Arbeits- und Sozialministerium nach § 405 Reichsversicherungsordnung (RVO) eingerichtet, um das Krankenversiche-rungskostendämpfungsgesetz durchzu-setzen. Alljährlich hat sie 1. medizini-sche und wirtschaftliche Orientierungs-daten und 2. Vorschläge zur Rationali-sierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen (RVO) einzubringen. Beteiligt an ihr sind: Vertreter der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, des Verbandes der privaten Krankenversicherung, der Ärzte, der Zahnärzte, der Kranken-hausträger, der Apotheker, der phar-mazeutischen Industrie, der Gewerk-schaften, der Arbeitgeberverbände, der Länder und der kommunalen Spit-zenverbände sowie der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und der Bundesminister für Wirt-schaft.

Die Ergebnisse der diesjährigen Herbstsitzung waren „Empfehlungen zu Fragen einer humanen Krankenver-sorgung“ und „Empfehlungen zum Bereich Heil- und Hilfsmittel“. Der Bereich „Zahnersatz“ wurde von den beteiligten Zahnärzten und Kranken-kassen aus der Herbstsitzung herausge-nommen und soll erst im Frühjahr 1981 behandelt werden.

Während Ehrenberg versuchte, die Konzertierte Aktion bei den anstehen-den Tagesordnungspunkten auf Ko-



stendämpfung einzuschwören, die Beteiligten wurden aufgefordert, den Zuwachs im Gesundheitswesen wie das Haushaltswachstum der Bundesregierung auf 4% festzusetzen, gab es eine Debatte um die „humane Krankenversorgung“. Die Vertreter des DGB stellten fest, daß es hier nicht darum gehe, bei den Beschäftigten im Krankenhaus individuelle humanitäre Einstellung zu erwirken, sondern daß die mangelnde Humanität im Krankenhaus mit dem Personalmangel zu erklären sei und es darauf ankomme, dem wachsenden Personalbedarf gerecht zu werden. In der Empfehlung wurde festgehalten, daß den Beschäftigten ausreichend Zeit und Möglichkeiten gegeben wird, um auf persönliche Probleme der Patienten einzugehen.

Bei den „Empfehlungen zum Bereich Heil- und Hilfsmittel“, deren Kostenanteil von 1970 bis 1979 von 2,8% auf 6,0% gestiegen ist, versuchte Ehrenberg in der Debatte, den Schuldigen

bei den verordnenden Ärzten festzumachen. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung wies dies zurück und erklärte, daß die Gesetzesvorschriften das ärztliche Handeln bis an die Grenze des Erträglichen reglementierten. In der Empfehlung ist die Aufgabe festgelegt, die Ursachen der Kostensteigerung zu erforschen und Richtlinien für Heil- und Hilfsmittel aufzustellen. Der Tenor ist zwar, die Patienten an den Kosten selbst zu beteiligen, jedoch wird angezweifelt, daß ausschließlich der Versicherte für die Kostensteigerung verantwortlich sei. „Die Inanspruchnahme von Heil- und Hilfsmitteln wird vielfach durch Unfälle oder schädliche Umwelteinflüsse (z.B.: Hörschäden durch Lärmbelastigung) verursacht. Die Konzertierte Aktion ... appelliert ... an alle Beteiligten, insbesondere die Verursacher, die Anstrengungen um eine vorbeugende Bekämpfung solcher Schäden zu verstärken.“



Tyros nach einem israelischen Bombenangriff

z.B. aus Kliniken, aus dem Gebiet von Tyros und Saida abgezogen, um so den Zionisten keinen Vorwand für Angriffe auf zivile Zentren zu bieten.

Seit der gescheiterten Invasion vom März 78 versuchen die Zionisten, den Südlibanon zu erobern. Direktes Ziel ist der Litani-Fluß. Es bestehen bereits Pläne, ihn umzuleiten zur Bewässerung von Nordisrael. Außerdem die Festung Beaufort, die nördlich des Litani auf einem Hügel liegt, als strategisch wichtiger Punkt zur Kontrolle des ganzen Gebietes. Dann die Besetzung des Gebietes um Arnun und der Kasmiya-Brücke über den Litani, um dadurch die palästinensischen Stützpunkte im Südlibanon von den Nachschubwegen abzuschneiden. Weiter wollen die Zionisten die libanesische Bevölkerung zur Flucht in den Norden zwingen. Den entvölkerten und besetzten Süden als Pfand, hoffen sie dann, die libanesische Regierung zu Verhandlungen zu zwingen.

Angesichts des gescheiterten Camp-David-Abkommens sucht der Kolonialstaat nach neuen Positionen. Leisten kann sich Israel diesen Eroberungskrieg nur mit finanzieller Absicherung durch die USA und die westlichen Imperialisten. Die Zionisten geben jährlich ein Budget bekannt, daß 30 bis 50 Prozent über dem Bruttosozialprodukt liegt. Abgesehen von Geldern der amerikanischen zionistischen Organisationen, Hilfskampagnen und Geschenken, kamen 1979 allein von den US-Imperialisten 830,4 Mio Dollar ökonomische „Hilfe“ und 1070,4 Mio militärische, ein Drittel davon als Kredite. Dabei sind die 4,8 Mrd. Dollar aus dem „Friedenspaket“ an Israel und Ägypten nicht berücksichtigt. Davon erhält Israel allein 3 Mrd. Dollar. Nicht eingerechnet sind auch die Milliardenkredite, die die Zionisten von den anderen Imperialisten zugesichert bekommen, so z.B. jährlich 420 Mio DM aus der BRD.

Israel

Zermübungskrieg im Südlibanon Imperialisten halten Kolonialstaat aus

Seit den schweren Angriffen im August bombardiert israelisches Militär fast ununterbrochen Gebiete im Südlibanon. Seine Hauptangriffsziele sind die Region um die Hafenstadt Tyros sowie die angrenzenden palästinensischen Flüchtlingslager, außerdem der zentrale Abschnitt der Grenzregion bei Nabati-

trollieren. Gleichzeitig verstärken sie die Truppen an der Grenze sowie in Nordgaliläa und im besetzten Golan. Aus den Gebieten des Major Haddad starten die Zionisten ständig zu kurzen Angriffen und Ausfällen gegen Dörfer nördlich des Litani. Sie richten das Feuer vor allem auf zivile Einrichtungen.



Der Bürgermeister von Ramallah im besetzten Westjordanland, der durch ein Zionistenattentat schwer verletzt wurde.

yeh. Im Dezember unternahmen israelische Schnellboote und Hubschrauber an der Küste bei Damour (20 km vor Beirut) Landungsversuche. Sie wurden ebenso von den vereinigten palästinensischen Streitkräften zurückgeschlagen wie der Einmarsch mit 1000 Mann am 19. August im Gebiet von Arnun nördlich des Litani-Flusses. Die Zionisten stationieren schwere Waffen, darunter 203-mm-Artilleriegeschütze im sogenannten „Freien Libanon“ des Major Haddad südöstlich des Litani, ein Gebiet, das faktisch die Zionisten kon-

gen wie Schulen und Moscheen und sprengen einzelne Häuser.

In der bürgerlichen Presse wird dieser Zermübungskrieg mit Schweigen übergangen oder mit lapidaren Meldungen über „Zwischenfälle“ behandelt. Mit der Taktik der ständigen Angriffe verfolgen die Zionisten auch das Ziel, das Feuer von palästinensischen Stützpunkten auf sich zu ziehen, um dann massiv anzugreifen, als „Vergeltungsschlag“. Bereits im Juli hat die PLO offiziell alle Büros im Südlibanon geschlossen und sogar ziviles Personal,

Angeblich hat es „harte Auseinandersetzungen“ über den Haushalt für 81 im Siedlerparlament gegeben. Vorgeschlagen war eine Kürzung des „Verteidigungs“-Etats. Die Ausgaben für das Militär machen 30 Prozent, zusammen mit dem Schuldendienst für die Waffenkäufe beinahe 50 Prozent des gesamten Haushalts aus. Dabei soll es bleiben. Die Inflationsrate von 1980 liegt bei 140 Prozent, in den letzten 3 Monaten lag sie schon bei 190 Prozent. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 5 Prozent. Die Einwanderungszahl nach Israel ist rückläufig (1979 noch 37000, 1980 ca. 22000). Einen Großteil der Einwanderer rekrutiert Israel aus Ostblockländern, vor allem aus der Sowjetunion, wobei jüdische Ausreisende zum Teil gegen ihren Willen direkt nach Israel weitergefliegen werden. Mit Zwangsmaßnahmen will der Kolonialstaat erreichen, daß diese Emigranten mindestens 3 Jahre in Israel bleiben, dort den Wehrdienst absolvieren und wenigstens zeitbegrenzt für neue Siedlungen zur Verfügung stehen. Gleich-



Demonstration der Palästinenser in Beirut gegen die israelischen Überfälle.

zeitig nimmt die Auswanderung aus Israel zu und hat sogar schon oft die Zahl der Einwanderer überstiegen. Der israelische Finanzminister Hurwitz äußerte sein Bedauern darüber, daß es in New York inzwischen so viele Taxifahrer aus Israel gebe, daß man daraus ein Panzerbataillon rekrutieren könnte.

Der Aufstand im besetzten Westjordanland weitet sich aus. Es vergeht fast kein Tag ohne Demonstrationen gegen die zionistische Siedlungspolitik, gegen Ausweisungen und Festnahmen von Bürgermeistern, gegen Schließung von Schulen und Universitäten, gegen Beschlagnahme von Land. Die Zahl der militärischen Operationen der PLO innerhalb Israels belief sich 1979 auf 202, 1980 hat sie sich weiter erhöht.

In der Uno hat der Vertreter der PLO den Ausschluß Israels gefordert. Die PLO wird inzwischen von weit mehr Staaten diplomatisch anerkannt

als der Siedlerstaat Israel. Fünf Beschlüsse gegen Israel wurden von der UNO-Vollversammlung im Dezember verabschiedet. Sie beinhalten im wesentlichen: Recht der PLO auf Teilnahme an allen Nahost-Entscheidungen, Recht auf Rückkehr der Palästinenser nach Palästina, Verurteilung der Jerusalem-Politik Israels, Erwägung von Sanktionen gegen Israel wegen der anhaltenden Mißachtung von Beschlüssen der UNO, Ablehnung von Abmachungen, die die Rechte der Palästinenser verletzen. Die BRD hat gegen die letzten beiden Resolutionen gestimmt.

Nordirland Gefangene beenden Hungerstreik

Nach 53 Tagen beendeten republikanische Gefangene aus den H-Blocks des nordirischen Maze-Gefängnisses am 19.12. ihren Hungerstreik mit einem Erfolg.

Am Tag zuvor hatte ihnen die britische Regierung ein bislang unveröffentlichtes Dokument mit neuen Vorschlägen überbringen lassen. Schon vorher hatte sie mit ihnen verhandelt. Jetzt behauptet die Regierung, sie habe nicht nachgegeben, vielmehr sei der Hungerstreik zusammengebrochen. Das Dokument enthalte nichts Neues, sagte Nordirlandminister Atkins. Wahr ist, daß die Regierung angeboten hatte, die einzelnen Forderungen innerhalb der nächsten Wochen Schritt für Schritt zu erfüllen, wenn das Ganze auch nicht „politischer Status“ genannt wird. Selbst der katholische Primas von Irland O’Fiaich erklärte vor der Beendigung des Hungerstreiks, Atkins habe ihm ein Dokument gezeigt

mit „neuen Vorschlägen die die Basis einer Lösung sein können“.

Mit den 30 Gefangenen des Hungerstreiks werden auch die 370 anderen Gefangenen, die zur Zeit an der Kampagne gegen den Entzug des politischen Status teilnehmen, ihre Aktion beenden. Seit 1976 weigerten sich die republikanischen Gefangenen, Gefängniskleidung zu tragen und Gefängnisarbeit zu tun, weil die britische Regierung den nach dem 1.3.1976 verurteilten politischen Häftlingen den politischen Sonderstatus entzogen hatte (den die vorher Verurteilten bis heute haben). Sie forderten: das Recht, eigene Kleidung zu tragen; die Gefängnisarbeit zu verweigern; auf Umschluß mit anderen republikanischen Gefangenen; das Recht, selbst Freizeit- und Bildungsveranstaltungen zu organisieren; auf einen Brief, ein Paket und einen Besuch pro Woche und die Wiederherstellung des Anrechts auf frühere Entlassung.

Die Massendemonstrationen in Irland und Großbritannien, die breite Unterstützung der Gefangenen brachten die britische Regierung unter zusätzlichem Druck.

In der britischen Presse wird immer lauter die Frage erwogen, ob Nordirland überhaupt zu halten ist. Die Regierung Thatcher plant eine neue „Nordirlandinitiative“, die – wenn erfolgreich – für das irische Volk alles andere als Unabhängigkeit bedeutet.

Inoffiziell wird in London und Dublin immer lauter von der Möglichkeit einer Föderation zwischen Nordirland und der Republik Irland gesprochen. Die britische Regierung würde dem unter einer Bedingung zustimmen: Irland müsse seine Neutralität aufgeben und Mitglied der NATO werden. Damit wäre der Weg für britische, US-amerikanische und westdeutsche Truppen, Flugzeuge und Schiffe nach ganz Irland frei.



Reagan stellt Kabinett für die Mobilmachung der USA zusammen, „damit diese Nation wieder stark wird“

Am 20. Januar wird Jimmy Carter die Amtsgeschäfte des US-Präsidenten an Ronald Reagan übergeben. Mit dem Pathos und dem verklärten Ausdruck eines Erweckungspredigers hat Carter in seiner vierjährigen Amtszeit Beachtliches vollbracht: Er hat die im Aggressionskrieg gegen Vietnam, Laos und Kampuchea weltweit erschütterte Stellung des US-Imperialismus durch seine süßliche Menschenrechtsheuchelei moralisch wieder gefestigt, gegenüber den Sozialimperialisten in der Dritten Welt Punkte gemacht und die antiimperialistische Massenbewegung in den USA und die durch den Watergate-Skandal geförderte Staatsverdrossenheit in einer Welle von Patriotismus ertränkt. Geplatzt ist Carters Menschenrechtskampagne vor allem an der iranischen Revolution. Die in der US-Botschaft in Teheran aufgefundenen Dokumente enthalten soviel Belastendes über die Ausplünderungs-, Erpressungs- und Interventionspolitik der USA gegenüber dem Iran, daß den Geiseln ohne weiteres der Prozeß gemacht werden kann, wenn die USA nicht die geforderte Wiedergutmachung leisten. Der abenteuerliche Invasionsversuch hat Carters Verlogenheit endgültig entlarvt.

Reagan muß jetzt andere Töne anschlagen: „Viermal in meinem Leben hat Amerika Krieg geführt, das Leben seiner Jugend in den Sanddünen von Inselstränden, auf den Feldern Europas und in den Dschungeln und Reisfeldern Asiens geopfert. Wir wissen nur zu gut, daß es nicht darn zum Krieg kommt, wenn die Mächte der Freiheit stark sind, sondern wenn sie so

schwach sind, daß es Tyrannen zum Krieg reizt ... Ich betrachte meine Wahl als Beweis, daß wir unsere Entschlossenheit erneuert haben, Frieden und Freiheit auf der Welt zu erhalten. Daß diese Nation wieder stark genug sein wird, das zu tun.“



Demonstration in Florida gegen den Polizeimord an einem Farbigen

Für die erneute Mobilmachung des US-Imperialismus haben US-Monopole und Banken das passende Kabinett zusammengestellt:

– **Außenminister:** Alexander Haig. – Offizier im Vietnamkrieg, dann unter Nixon Stabschef der US-Army und in den Watergate-Skandal verwickelt. 1972 befahl er das Weihnachtsbombardement auf Nordvietnam. Nach dem Sturz Nixons NATO-Oberbefehlshaber in Europa. In den letzten Jahren Chef des US-Konzerns United Techno-

– **Verteidigungsminister:** Caspar Weinberger. – Anwalt, kalifornischer Finanzchef unter Gouverneur Reagan. Mitglied im Nixon-Kabinett. Seit 1975 Vizepräsident des größten Baukonzerns Bechtel.

– **Wirtschaftsminister:** Donald Regan. – Präsident der größten Wallstreet-Effektenbank Merrill Lynch, die unter seiner Leitung von einem kleinen Börsenmaklerbüro zu einem internationalen Finanzhai wurde. Zeitweilig Vizepräsident der New Yorker Börse.

– **Innenminister:** James Gaius Watt.

– Lobbyist der US-Handelskammer gegen Umweltauflagen für die Industrie, später als Beamter im Innenministerium zuständig für Umweltschutz. Seit 1977 Präsident einer Industrieförderung, die gegen Umweltschutzgesetze kämpft. Stiftungsziel: „Verteidigung der individuellen Freiheit und des privaten Unternehmertums.“

– **Finanzminister:** David Stockman.

– Als Student Funktionär der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Abgeordnetenkarriere. Gilt als „harter Konservativer“ und Verfechter des „freien Unternehmertums.“

– **Landwirtschaftsminister:** John Block. – Großfarmer im Mittelwesten. Seit 1977 Agrarminister des Bundesstaates Illinois. Im Auftrag der US-Agrarmonopole Reisen nach China, Japan, SU und Osteuropa. Gegner des Getreideembargos gegen die SU.

– **Energieminister:** James Edwards.

– Chirurg. Bis 1979 Gouverneur von South Carolina. Nach einer Südafrikareise erklärte er: „Der schwarze Einfluß in der US-Politik verhindert, daß die weiße südafrikanische Regierung

Reagan: „Wir wollen Amerika wieder zum Arbeiten bringen“

„Ich möchte heute zu Ihnen über ein neues Führungskonzept sprechen ... Ein Führungskonzept, das basiert auf dem Glauben an das amerikanische Volk, auf dem Vertrauen in die amerikanische Wirtschaft und auf der festen Verpflichtung, daß die Bundesregierung sich wieder dem Volk verantwortlich fühlt ...

Was wir brauchen und was ich vorschlage, ist eine neue Strategie für die 80er Jahre. Nur eine Reihe gut geplanter Wirtschaftsmaßnahmen, die sich ergänzen und gegenseitig verstärken, kann unsere Wirtschaft wieder

vorwärtsbringen.

Wir müssen das Wachstum der Staatsausgaben auf einem vernünftigen Niveau halten.

Wir müssen die persönlichen Einkommenssteuern senken und die Abschreibung planmäßig und systematisch beschleunigen und vereinfachen, um damit leistungshemmende Hindernisse für Arbeit, Sparen, Investitionen und Produktivität abzubauen. Wir müssen die Verordnungen prüfen, und sie ändern, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Wir müssen eine stabile, gesunde

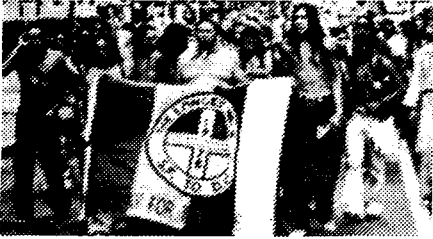
und kalkulierbare Geldpolitik schaffen ...

Fundamental für meine Strategie des Wirtschaftswachstums ist die Wiederherstellung des Vertrauens. Wenn die Wirtschaft investieren und neue, gutbezahlte Arbeitsplätze schaffen soll, dann muß sie in Zukunft frei sein von willkürlichen Staatseingriffen. Sie muß Vertrauen haben, daß die wirtschaftlichen „Spielregeln“ nicht plötzlich oder launenhaft geändert werden. Meine Regierung wird eine nationale Wirtschaftspolitik schaffen und damit schon in ihren ersten 90 Tagen beginnen ...“

(Ronald Reagan am 9.9.1980 vor dem International Business Council, Chicago, in: Vital Speeches of the Day, 24/80)

Die Kolonialisierung Nordamerikas — ein Jahrhundert des Landraubs

„Ich bin weit davon entfernt, auch nur im Traum anzunehmen, daß Indianer ein Recht auf Land haben könnten ... Sie müssen deshalb — und das ist Gottes Wille — von diesem Land vertrieben werden“, so kennzeichnet der Kolonialist Brackenridge die Besiedlung Nordamerikas und die Politik gegenüber den Indianern 1782. Dort lebten vor der Kolonialisierung nach Schätzungen ein bis zwei Millionen Indianer als Fischer, Jäger oder Ackerbauern



in Stammesgemeinschaften. Die ökonomische Basis aller Stämme war der gemeinsame Besitz an Grund und Boden, wie auch die gemeinschaftliche Verfügung darüber.

Noch 1763 hatte der englische König aus Furcht vor den Aufständen der Indianer, vor allem aber, um den Aufbau einer eigenen Warenproduktion in der Kolonie zu verhindern und so die Abhängigkeit von den britischen Exporten zu sichern, der Ausdehnung nach Westen in einer Proklamation Grenzen gesetzt. Mit der Unabhängigkeitserklärung von 1776 und ihrer Durchsetzung fielen die letzten Schranken des Landraubs und der gewaltsamen Trennung der Indianer von ihren Produktions- und Lebensmitteln. Ihr Widerstand wurde in einem gewaltigen Ausrottungsfeldzug, der die Indianer bis 1870 auf 50000 dezimierte, niedergeschlagen.

Kernstück war dabei die Zwangsumsiedlung der Indianer in Reservate, von Jackson als Präsident 1830 dem Kongress empfohlen und verabschiedet: „Vom Präsidenten wird zu Recht alles Land westlich des Mississippi als Gebiet der USA beansprucht ... Der Präsident kann von jedem Indianerstamm oder -nation, die jetzt innerhalb der Grenzen oder festen Gebieten leben und mit denen es gültige Verträge gibt, das Ganze oder Teile des Gebietes ... beanspruchen und den Stamm umsiedeln.“ Zur Durchsetzung wurde das BIA, Büro für indianische Angelegenheiten, als Abteilung des Kriegsministeriums gegründet. Zuerst wurde es zur Verhandlungsführung mit den Stämmen eingesetzt. Nach deren Niederlage ge-

gen die amerikanische Armee baute die Regierung es als Besatzungsarmee in den Reservaten auf. Damit war die Unterwerfung, die Verwandlung der Indianer in freie Lohnarbeiter, jedoch nicht vollkommen, da die Basis der indianischen Ökonomie, der gemeinschaftliche Besitz des Bodens, noch nicht beseitigt war. So forderte auch bereits 1837 der Bevollmächtigte für indianische Angelegenheiten in seinem Bericht an die Bundesregierung: „Solange nicht irgendein System ausgearbeitet ist, durch das den Individuen abgesonderte Landstücke zugesprochen werden, werden sie vergeblich auf irgendeinen Schritt von der Wildheit warten. Gemeinsames Eigentum und Zivilisation können nicht gemeinsam existieren.“

1887 wurde der nächste Schritt mit dem Landaufteilungsgesetz gemacht. Die Reservate wurden parzelliert, wobei jeder indianischen Familie je nach Angehörigen 40 bis 160 Morgen, meist unfruchtbares Land, zugeteilt wurden. Was übrigblieb, wurde den Grundbesitzern zum Kauf angeboten. Auf diese Weise wurde der indianische Landbesitz von 138 Mio. Morgen 1887 auf 48 Mio. Morgen 1934 reduziert.

Nach dem 1. und 2. Weltkrieg wurde der Landraub mit anderen Mitteln fortgesetzt. Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft von 1924 zwang die Bundesregierung die Indianer, Steuern auf ihre Parzellen zu zahlen, und damit zum Verkauf oder zur Verpachtung. In den 50er Jahren erließ die Regierung eine Verfügung zur Einstellung sämtlicher finanzieller Unterstützung und Dienstleistungen für die Reservate. Eisenhower verkündete 1960 ein Programm zur Umsiedlung der arbeitsfähigen Indianer in die Städte, und Nixon stellte 1970–1977 Mittel für den Aufbau der Indianer-Ghettos in den Städten zur Verfügung, um sie weiter in die Reservearmee des städtischen Proletariats einzugliedern, insbesondere nachdem in den 60er Jahren in Reservaten große und leicht erschließbare Kohlevorkommen gefunden worden waren. In Landbesetzungen setzte die indianische Bevölkerung ihren Widerstand fort. In einer Konferenz formulierten sie 1977 ihr Aktionsprogramm und forderten die Anerkennung als Nation, die gesetzliche Anerkennung ihres Rechts auf Land einschließlich des Eigentums und der Kontrolle aller seiner Reichtümer.

die verdiente Sympathie und Unterstützung bekommt.“

– **Handelsminister:** Malcolm Baldrige. – Manager, zuletzt Chef des Armaturenkonzerns Scovill Inc.

– **Arbeitsminister:** Ray Donovan. – Besitzer einer Baufirma.

– **Verkehrsminister:** Drew Lewis. – Reagans Wahlkampfmanager, beschaffte große Mittel aus der Industrie für die Reagan-Kampagne.

– **Wohnungsbauminister:** Sam Pierce. – Farbiger Anwalt, der in Aufsichtsräten sitzt. Keine Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung.

– **Gesundheitsminister:** Richard Schweiker. – Kongreßabgeordneter seit 20 Jahren, verfügt über großes Privatvermögen.

– **Justizminister:** William French Smith. – Reagans persönlicher Anwalt und Unternehmensberater für Personalfragen. Von Reagan in die Leitung der Universität von Kalifornien geschickt, betrieb er u.a. die Erhöhung der Studiengebühren und die Entlassung von Angela Davis.

– **CIA-Chef:** William Casey. – Anwalt mit Tätigkeit in Aufsichtsräten und Regierungsbehörden. Präsident der US-Ex- und Importbank. Erfolgreicher Spekulant.

– **UN-Botschafter:** Jeane Kirkpatrick.

– Politologieprofessorin, Mitglied der Demokratischen Partei. Kritisierte Carter, weil er Somoza und den Schah fallen ließ.

Das Reagan-Programm gleicht bis in die Einzelheiten den Erwartungen der Kapitalisten, die sie in ihrer Zeitschrift „Nation's Business“, Organ der US-Handelskammer, formuliert haben. Dort heißt es unter dem Schlachtruf „Laßt uns Amerika wiederaufbauen!“: „Austilgung des Krebses der Inflation durch Kürzung der Staatsausgaben, Senkung der Steuern, Steigerung der Produktivität und volle Ausschöpfung unserer reichen natürlichen Ressourcen. – Wiedergewinnung der internationalen Führung durch aggressive Handelspolitik auf den Weltmärkten und Verstärkung der militärischen Bereitschaft der USA. – Wiederherstellung des Vertrauens des Volkes in seine Institutionen – Familie, Kirche, Schule, Gemeinschaft. Stärkung der Rolle des Einzelnen und der Wirtschaft in der Politik.“

In den nächsten Monaten wird das Reagan-Kabinet in der Wirtschaftspolitik die Weichen für die Kapitalisten stellen. Als sicher gelten sofortige Steuererleichterungen für das Kapital – schnellere Abschreibung, Abschaffung der Doppelbesteuerung von Dividenden, niedrigere Besteuerung der Gewinne. In der Energiepolitik sollen die Preiskontrollen für Öl und Gas, schon von Carter teilweise aufgehoben, vollständig fallen. Damit werden die Ener-

giepreise auf das Niveau in anderen kapitalistischen Ländern angehoben. Die von Carter eingeführten sog. „windfall Profits“-Steuern auf die US-Öl- und Gasförderung, mit denen die Differenz zwischen den niedrigeren Förderkosten in den USA und den Weltmarktpreisen für Rohöl abgeschöpft wird, sollen entweder gesenkt oder ganz gestrichen werden. Riesige, bislang unerschlossene Öl-, Ölschiefer- und Kohlevorkommen im Westen der USA, meist unter Bundesland oder Indianerreservaten gelegen, werden von den Umweltschutzaufgaben befreit und zur Ausbeutung freigegeben. Das ins Stocken geratene Kernenergieprogramm soll beschleunigt werden.

Erklärtes Ziel der Kapitalisten und wichtiger Programmpunkt des Reagan-Kabinetts ist der Abbau staatlicher Regelungen, Kontrollen und Auflagen für die Wirtschaft. Die Autoindustrie soll „befreit“ werden von kostspieligen Sicherheits- und Immissionsanforderungen, die Stahlindustrie „frei“ sein von lästigen Umweltschutzaufgaben. Die „unternehmerische Freiheit“ wird aufblühen durch Änderung der Arbeitssicherheitsbestimmungen, die ohnehin weit schlechter sind als z.B. in der BRD. Die Antitrust-Gesetze, dem Konzentrationsprozeß des US-Kapitals im Wege, werden voraussichtlich revidiert.

Reagans wirtschaftsliberaler „Kreuzzug ... das große Volk dieses Landes von der Bürde des Staates zu befreien und es wieder das tun zu lassen, was dieses Land groß gemacht hat“ soll vornehmlich den Beziehern höherer Einkommen Segen bringen. Die für 1981–1983 angekündigten Steuersenkungen – durchschnittlich jeweils 10% auf die persönliche Einkommenssteuer – werden vor allem hier wirken. Der Höchststeuersatz soll von 70 auf 50% gesenkt werden, und „Leistung“ wird bei dieser Steuerreform wieder „belohnt“. Als sicher gilt, daß Sparen durch Steuersenkungen gefördert wird. Dagegen werden die schlechtestbezahlten Teile der US-Arbeiterklasse, die besonders von den einschneidenden Lohnsenkungen der letzten acht Jahre getroffen wurden, die Rentner, deren Niedrigrenten von der galoppierenden Inflation aufgezehrt sind, die Arbeitslosen, die 24,5 Mio. Einwohner mit Familieneinkommen unter der offiziellen Armutsgrenze noch tiefer ins Elend gedrückt. Die Freigabe der Energiepreise mit ihren Auswirkungen auf alle Warenpreise wird ihren Konsum noch weiter einschränken. Um die „individuelle Freiheit“ und das „Recht auf Arbeit“ zu fördern, will Reagan die staatlichen Wohlfahrts- und Wohnungsbauprogramme kürzen oder streichen, wird die Heraufsetzung des Rentenalters –

Die afro-amerikanische Nation will Land und Selbstbestimmungsrecht

Bis auf den heutigen Tag hat die Sklaverei tiefe Spuren im sog. „Schwarzen Gürtel“ in den Südstaaten der USA hinterlassen. 1865, fast 90 Jahre nach der Unabhängigkeit der USA, hatte der Bürgerkrieg mit dem Sieg des Nordens die Sklaverei beseitigt. Die Grundlage der Sklavenausbeutung, das Plantagensystem, blieb unangetastet; kaum zwölf Jahre nach dem Ende des Bürgerkrieges war die Niederlage der befreiten Sklaven im Kampf um Land und nationales Selbstbestimmungsrecht auf Jahrzehnte besiegt.

Die wenigen politischen Rechte, die sie hatten erringen können, waren durch die sich sammelnde Reaktion vollständig beseitigt. Hunderttausende wurden, förmlich befreit, faktisch erneut versklavt: Ohne eigenes Land und eigene Produktionsmittel arbeiteten sie als „Scarecopper“, Parzellen-Teilbauern, auf dem Land der Plantagenbesitzer, denen sie fast die gesamte Ernte ablieferten und bei denen sie sich für die notwendigsten Existenzmittel immer tiefer verschulden mußten. 1920 noch zählte der Zensus im Süden 561 000 Scarecopper plus Familien, hauptsächlich Afro-Amerikaner, deren Lage eine Untersuchung von 1924 so skizzierte: „Würden diese Leute für ihre eigene Arbeit und die Arbeit ihrer Familien einen Arbeitslohn erhalten, so würden sie sich zweifellos in einer besseren finanziellen Lage befinden, obendrein noch die Freiheit besitzen, nach Belieben kommen und gehen zu können.“

Inzwischen sind die Scarecopper verschwunden, ersetzt durch moderne Maschinerie und durch auf das allerunterste Existenzminimum herabgedrückte Ländarbeiter. Bis ins 20. Jahrhundert hinein lebten neun Zehntel der Afro-Amerikaner in den Südstaaten, dem alten Kerngebiet der



Sklaverei. Abermillionen von ihnen haben seither Hunger und Terror in die großen Städte des Nordostens und Nordens vertrieben. Aber mehr noch sind, trotz allem, in den Staaten geblieben, in denen sich die afro-amerikanische Nation in jahrhundertlangem Kampf gegen ihre Unterdrückung gebildet hat: 12 Millionen Afro-Amerikaner leben in den Südstaaten, mehr als jemals zuvor. In fast einem Drittel der Counties im „Schwarzen Gürtel“ beträgt ihr Anteil an der Bevölkerung zwischen 50 und 80%, in den übrigen zwei Dritteln mehr als 30% (USA insgesamt: 11,4%). Und obwohl nur noch verhältnismäßig wenige von ihnen von landwirtschaftlicher Arbeit leben – 90 000 als kleine Farmer, 168 000 als Land- und 200 000 als Holzarbeiter (1970); Hunderttausende sog das in den Süden strömende Kapital auf, ein großer Teil lebt ohne Arbeit unter erbärmlichsten Bedingungen – hat die Landfrage nichts von ihrer Bedeutung verloren.

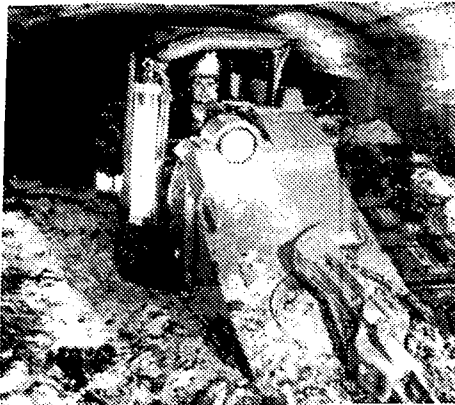
Nicht in den Ghettos des Nordens und Nordostens, nur hier, in den Südstaaten, kann der Kampf um das nationale Selbstbestimmungsrecht der Afro-Amerikaner entschieden werden. Ohne Agrarrevolution, die das Plantagensystem zerschlägt, bleibt das nationale Selbstbestimmungsrecht eine Farce, und ohne die politische Macht als vollständigstem Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes wird keine einzige Maßnahme zur sozialen Befreiung der afro-amerikanischen Massen gegen die mächtige Zentralgewalt der US-Finanzbourgeoisie durchgesetzt werden können. Das internationale Proletariat und besonders das US-Proletariat hat allen Grund, diesen Kampf zu unterstützen, der das Völkergefängnis USA auseinanderprengt und die Bedingungen für die proletarische Revolution verbessert.



gegenwärtig 65 Jahre – erwogen, soll die Anspruchsberechtigung auf Arbeitslosengeld noch weiter eingeschränkt und zeitlich gekürzt werden. 40 Mrd. \$ im Bundeshaushalt 1981 (Gesamtvolumen: 632 Mrd. \$) stehen zur Streichung an, während der Verteidigungsanteil um zweistellige Milliardenbeträge aufgestockt werden soll. Für die Bundesbehörden hat Reagan einen Stellenstop angekündigt und einen langfristigen Personalabbau um 7%.

Die Einschränkung des privaten Konsums und der Staatsausgaben soll das Kapital für die Umwälzung des US-Produktionsapparates freisetzen. Die gegenwärtigen Kreditzinsen in den USA – 20–25% – sorgen dafür, daß überschüssiges Kapital in veralteten Anlagen vernichtet wird und ein erneuter Konzentrationsschub die Schlagkraft der US-Industrie verstärkt. Die Aussichten für diese Mobilmachung sind so schlecht nicht. Denn immer noch liegt die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in den USA über der in der BRD oder Japan, verfügen die

USA über billigere Energie als alle ihre Konkurrenten, hat die US-Bourgeoisie die Löhne empfindlich senken können. Die mit der Dollarabwertung der letzten Jahre eingeleitete Exportoffensive beginnt anzuschlagen: 1980 stiegen die



Im Frühjahr wird der neue Tarif für die US-Bergarbeiter ausgehandelt.

US-Exporte in die BRD um 33%, in umgekehrter Richtung nur um 5%. Die USA haben der EG jetzt den Han-

delskrieg angedroht, indem sie einseitig die Laufzeiten der staatlichen Exportkredite von 10 auf 20 Jahre verlängern wollen. Möglich ist, daß die USA 1981 aus der Wirtschaftskrise herauskommen, während ihre imperialistischen Konkurrenten tief in der Krise stecken; das wäre ein unschätzbarer Konkurrenzvorteil. Allerdings kann es kaum gelingen, in nächster Zeit die Exporte verteuern, während die Inflation rate bedeutend zu drücken. Die jahrelange Bezahlung der US-Importe durch das Drucken von Papier-Dollars hat dazu geführt, daß die wieder ins Land strömenden Dollarmilliarden den Geldumlauf aufgebläht haben; hinzu kommt, daß die US-Supermacht den imperialistischen Monopolen und Kompradoren wie dem verbliebenen Schah immer noch als sicherste Geldanlage gilt.

Zur Wiederherstellung der militärischen Vorherrschaft wird ein Großprogramm für die US-Marine ausgearbeitet: Die Flottenstärke soll von 540 auf 600 Schiffe erhöht werden, drei neue atomgetriebene Flugzeugträger vom

Amerikanische Siedler in Texas — Vorposten der Annexion Mexikos

Um große Brocken aus Mexiko herauszureißen, folgten die Vereinigten Staaten der Instruktion von Jefferson 1786: „Wir sollten auch Sorge tragen, nicht zu früh ... auf die Spanier einen Druck auszuüben. Jene Länder könnten nicht in besseren Händen sein. Meine Angst ist, daß sie zu schwach seien, um sie zu halten, bis unsere Bevölkerung genügend weit vorangeschritten ist, um sie Stück für Stück zu gewinnen.“

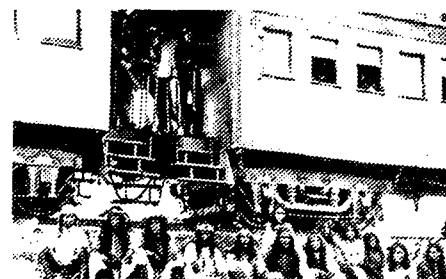
Die Spanier hielten das den Indianern geraubte Land lange genug. Eine sehr speziell zusammengesetzte Bevölkerung „schritt voran“, als die mexikanische Regierung, in der naiven Annahme, sie würde Bauern verschiedener Rassen zur billigen Kultivierung des Landes bekommen, die Provinz Texas 1824 quasi zur Besitznahme freigab. Plantagenbesitzer, die gescheitert waren, flohen unter Mitnahme ihrer Sklaven vor ihren Gläubigern über die Grenze, desgleichen aus dringenden Gründen allerhand Räuber und Mörder, außerdem Besitzlose, die auf Land und eine selbständige Existenz hofften. Sie wurden zumeist von Maklern, „empresarios“, ins Land geholt, die auf einen günstigen Moment lauerten, in dem sie das Land für die USA gewinnen konnten.

Viele Siedler erfuhren erst bei der Ankunft, daß sie Land von der mexikanischen Regierung unter der Bedingung bekommen sollten, katholisch zu werden und sich Mexikos Gesetzen zu unterwerfen. Gegen diese „Schmach“ wurde heftig agitiert. In dem weiten kolonisierten Land, auf das die mexikanischen Behörden wenig Zugriff hatten, wurden amerikanische Freiheiten, darunter die Lynchjustiz, eingeführt.

Die Mexikaner erhoben sich gegen Spanien und machten sich unabhängig. Die Siedler, die schon lange konspirierten, sahen die Zeit gekommen, das Ansinnen an die neue mexikanische Regierung unter dem Präsidenten Santa Anna zu richten, ihnen Selbstverwaltung und weitergehende Rechte, als ihnen früher zustanden, zu geben. Im November 1835 beschlossen sie eine „Erklärung der Gründe, die Waffen gegen Mexiko zu erheben“. Am 1. März 1836 erklärten sie ihre Unabhängigkeit. Nachdem sie vergebens die Mexikaner aufgerufen hatten, sich ihrem Kampf „gegen den militärischen Despotismus der sogenannten Mexikanischen Republik“ anzuschließen, warben sie Freiwillige aus den Staaten, denen sie Land und Bürgerrecht versprachen.

Als mexikanische Truppen auf texanischem Gebiet stationiert wurden, gleichzeitig Santa Anna große Reden führte, wählten sie unverzüglich ihre Offiziere und brachen unter der Führung Sam Houston zum Überfall auf. Trotz der geringeren Zahl ihrer Truppen und deren Ungewohntheit an militärischen Drill, trotz der Vernichtung ihrer kompletten Besatzungen der Forts Alamo in San Antonio und Goliad, gelang es ihnen, ihre Plantagen zu schonen, den Krieg auf mexikanischem Boden auszutragen und ihn mit der Gefangennahme des Präsidenten und führender Militärs für sich zu entscheiden.

Zehn Jahre bildeten sie einen selbständigen Staat, bis die USA durch Vertrag mit den Engländern Oregon eingesackt hatten und sich imstande fühlten, Texas als neuen Bundesstaat zu schlucken. Die Erwerbung benutzten sie zu weiteren Annexionen mexikanischer Länder, Kalifornien, Utah, den größten Teil von Neumexiko, zu dem sie den Rest 1853 dazukaufen.



Gefangene Apachen 1886 auf dem Transport nach Fort Sam Houston, Texas

Typ Nimitz sind geplant. Die Luftwaffe soll einen neuen Langstreckenbomber bekommen, dessen Entwicklung von Carter gestoppt war. Die Neutronenbombe wird produktionsreif gemacht. Die Verstärkung der Armee um drei Divisionen ist im Gespräch. Reagan will die Bezahlung der Berufsarmee erhöhen und damit qualifiziertere Soldaten werben. Neue Verhandlungen mit den Sozialimperialisten über Rüstungsbegrenzung werden wahrscheinlich erst dann wieder aufgenommen, wenn das Rüstungsprogramm in den Grundzügen verabschiedet ist.

Reagan will die westliche Hemisphäre und den pazifischen Raum wieder zum sicheren US-Hinterland machen. Kanada und Mexiko sollen über einen „Nordamerikanischen Vertrag“ gebunden werden; gleich nach seiner Amtseinführung fährt Reagan nach Mexiko. Den US-abhängigen Militärdiktaturen in Lateinamerika gilt besondere Förderung, wirtschaftliche Erpressung und den Einsatz der US-Militärmacht hat Reagan gegen alle Unabhängigkeitsbestrebungen angedroht. Die vorgeschlagene Bildung einer „Pazifischen Gemeinschaft“ unter Ein-schluß von Japan, der ASEAN, Südkorea, Taiwan, Australien und Neuseeland würde das US-Vorherrschaftsgebiet nach Westen hin abrunden.

Welche Erfolgsaussichten hat das Mobilmachungsprogramm? Die Entscheidung darüber fällt vor allem in den Klassenkämpfen in den USA. In den letzten Jahren hat die US-Bourgeoisie eine konservativ-religiöse Renaissance zustandegebracht, die unter den Volksmassen – vor allem den Beziehern mittlerer Einkommen, der Intelligenz und der Jugend – die starke Opposition gegen den US-Imperialismus teilweise verschüttet hat. Religiöse Bewegungen wie die „Moralische Mehrheit“, die für Vaterland, Familie, das Schulgebet und die Moral, für Abtreibungsverbot und gegen Pornographie kämpft, haben binnen kurzem Millionen Mitglieder gewonnen. Die politisch führungslose US-Arbeiterbewegung konnte diesen Strömungen nicht begegnen. Dennoch ist die Reagan-Wahl keineswegs Zeichen einer all-einseitigen Volksschichten erfassenden chauvinistischen Begeisterung; die Wahlbeteiligung sank nochmals um 5% auf den Tiefststand von 53%. Gegenwärtig bereiten die Beschäftigten der großen Flugzeugkonzerne den Streik vor, und im Frühjahr wird der neue Tarif für die Bergarbeiter verhandelt, die 1978 nach einem monatelangen Streik siegten. In diesen Kämpfen fallen wichtige Vor-entscheidungen, ob der US-Bourgeoisie die Durchsetzung ihrer Pläne gelingt.

Siedlerstaat USA: Bürde für den Aufbau der Gewerkschaften



Privatarmee von US-Steel gegen Stahlarbeiterstreik 1933

Etwa 23 Mio., 26,5% aller US-Lohnarbeiter (ohne Landwirtschaft) sind Gewerkschaftsmitglieder. Der Organisationsgrad ist je nach Bundesstaat und Branche äußerst unterschiedlich. Wichtige Gewerkschaften mit fast 10 Mio. Mitgliedern gehören nicht dem Dachverband AFL-CIO an, der 1955 aus dem Zusammenschluß des CIO, der aus 13 Industriegewerkschaften bestand, mit dem AFL geschaffen wurde, dem vor allem Facharbeiter-Berufsverbände angehörten. Die Aufspaltung in Berufsverbände ist heute noch nicht überwunden – die AFL-CIO hat 105 Mitgliedsgewerkschaften.

Die Schwäche der US-Gewerkschaftsbewegung rührt u.a. her von der Geschichte der USA als Siedlerstaat, aufgebaut auf Landraub und der Unterdrückung und Versklavung eines Großteils der ins Land geschafften Arbeitskräfte.

Die schon vor der Unabhängigkeit entstandenen ersten Trade Unions, z.B. der Drucker und der Zimmerleute, behalten im 19. Jahrhundert ihre zumftmäßige Exklusivität – hohe Gebühren und lange Lehrzeit als Mitgliedsvoraussetzung. Den Einwanderern – zwischen 1790 und 1860 wächst die US-Bevölkerung von 4 auf 31 Mio. – bleiben sie verschlossen. Ohnehin sind die meisten Einwanderer die ersten sieben Jahre einem Kapitalisten dienstverpflichtet, der die Überfahrt gezahlt hat. Später schafen sie in den Zentren der Ostküste ethnisch orientierte – z.B. irische oder jüdische – Gewerkschaften. Ebenso die schwarzen Lohnarbeiter, denen nach der Aufhebung der Sklaverei in den Südstaaten die Mitgliedschaft verwehrt ist. – Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein wird der Zwang zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß vor allem durch die Möglichkeit abgestumpft, nach Westen zu ziehen, Farmer zu werden und so le-

benslangem Lohnarbeiterdasein zu entgehen.

Die rasche Entwicklung des US-Kapitalismus nach dem Bürgerkrieg, die die USA bis 1900 zum größten Industrieland der Erde macht, erzwingt die Organisation der Millionen einfacher Lohnarbeiter. Die 1869 gegründeten „Ritter der Arbeit“ organisieren Arbeiter gleich welcher Hautfarbe und welcher ethnischen Herkunft. Nach erfolgreichen Streiks wächst die Mitgliederzahl zeitweilig auf über 700 000. In ihrem Programm fordern die „Ritter der Arbeit“ u.a. Arbeiterrechte, den Achtstundentag und die progressive Besteuerung der Einkommen. Aber es gelingt ihnen nicht, ganze Industrien zu organisieren und die Abspaltung der Facharbeiter zu überwinden. 1886 bilden die berufsständischen Trade Unions nach dem Vorbild des britischen TUC die American Federation of Labor (AFL). Die Diskriminierung ungelerner und schwarzer Arbeiter bleibt bestehen – noch heute nehmen viele Untergliederungen von AFL-Mitgliedsverbänden keine Schwarzen auf –, und das Berufsverbändeprinzip bleibt unangetastet. In ihrer Wirtschaftsphilosophie ist die AFL dem Liberalismus verpflichtet; 1914 lehnt der AFL-Kongreß Staatsgesetze zum Schutz der Arbeitskraft oder zu Sozialversicherungen als „unamerikanisch“ ab.

Erst in den 30er Jahren kann die US-Arbeiterbewegung den wichtigsten Monopolen in der Stahl-, Auto-, Chemie- und Gummiindustrie sowie im Bergbau die Anerkennung der Gewerkschaften abtrotzen. Es ist der Erfolg des Congress of Industrial Organizations (CIO), einer Abspaltung vom AFL und wesentlich von Kommunisten aufgebaut, der innerhalb weniger Jahre vier Mio. Mitglieder gewinnt, und die Belegschaften der großen Industrie in 13 Industriegewerkschaften organisiert.

300 FF mehr für Pariser Müllfahrer

Mit einem siebentägigen Streik konnten die 500 Pariser Müllfahrer am 23.12. ihre Höherstufung in die Lohngruppe 5 des öffentlichen Dienstes erkämpfen. Dies entspricht einer Lohnerhöhung von 300 FF (130 DM), die vom Dienstherrn rückwirkend ab 1.7.1980 gezahlt werden muß. Zudem erreichten die Arbeiter die Anhebung des Fahrtkostenzuschusses aller 6000 Müllwerker um 20%. Die französische Regierung hatte bis zuletzt versucht, die Unterzeichnung des Abkommens durch die Stadt Paris zu verhindern. Die Fahrer antworteten mit Blockade des Präsidentenpalastes.

Automobilarbeiter- kämpfe in GB

1400 Arbeiter des Longbridge-Werkes von British Leyland streiken seit dem 15.12. gegen die willkürliche Entlassung von acht Arbeitern, die sich am 21.11. mit hunderten anderen an einem Marsch durch das Werk beteiligt hatten, bei dem u.a. mehrere Fensterscheiben zu Bruch gegangen waren. Die Versuche der Kapitalisten, die anderen 13600

Zwei Tage vor Auslaufen des Tarifs hat die Bundestarifkommission jetzt am 30.12.80 ein 5,8%-Angebot der Seehafenkapitalisten mehrheitlich zugestimmt. Die Grundlöhne werden zwischen 0,63 DM (Aushilfsarbeiter) und 0,93 DM (Containerbrückenfahrer, Vizen) erhöht. Sie liegen jetzt zwischen 11,51 DM und 16,98 DM. Gleichzeitig wurde auch einem neuen Eingruppierungsvertrag zugestimmt, der die geforderten Anhebungen der unteren Lohngruppen in keiner Weise berücksichtigt und eine Laufzeit von 4 Jahren hat.

Longbridge-Arbeiter gegen die streikenden 1400 aufzubringen, scheiterten. British Leyland kündigte an, alle 1400 zu entlassen, wenn sie nicht am 5.1. – dem Ende der Weihnachtspause – wieder arbeiten. Die Gewerkschaft TGWU hat den Streik bereits zum offiziellen Streik erklärt. – Die 14 Gewerkschaften der 57000 Ford-Arbeiter beschlossen, Betriebsversammlungen für Anfang Januar einzuberufen, wo über Streiks für die Forderungen nach 15% und 35-Stundenwoche abgestimmt wird. Ford hat 9,5% geboten (bei 16% Inflation) und keine Arbeitszeitverkürzung.



(Bild: Streik 1978)

Ende des Schweizer Druckerstreiks

Die Mitglieder der Schweizer Gewerkschaft Druck und Papier haben mehrheitlich dem neuen Gesamtarbeitsvertrag zugestimmt. Die Mitglieder der Sektion Genf stimmten dagegen. Das Recht auf jederzeitige Betriebsversammlung konnte nicht durchgesetzt werden. Der Arbeitskampf hatte am 12.11. begonnen, mehrmals wurden Streiks durchgeführt. Die Schweizer Verleger sind ganz gut davongekommen trotz ihrer eigenen langen Artikel, in denen sie beklagen, daß ihre „von jeher bewiesene Konzilianz und Gesprächsbereitschaft bei einem Teil ihrer Sozialpartner auf unfruchtbaren Boden gefallen ist“. Und das, wo doch seit vierhundert Jahren „die Drucker zu den *alterbestbezahlten* Arbeitskräften unseres Landes“ gehören. Die Ablehnung des Betriebsversammlungsrechts sei ein pragmatischer Akt, den die Sorge um die Aufrechterhaltung einer funktionierenden Presse selbst diktiert.

Manteltarif Leder gekündigt

Die Gewerkschaft Leder hat zum 31.12.80 den Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer der ledererzeugenden Industrie gekündigt. Für den Manteltarifvertrag der Angestellten, der bis Ende 1982 läuft, behält sich die Gewerkschaft vor: „Treten während der Laufzeit dieses Manteltarifvertrages Verbesserungen von Bestimmungen im Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer ein, die auch für die Angestellten einschlägig sind, so sind die Tarifvertragsparteien verpflichtet,

vor Ablauf des Manteltarifvertrages für die Angestellten in entsprechende Verhandlungen zu treten.“ (§ 20 MTV Angestellte in der Ledererzeugenden Industrie).

Forderungen für den gekündigten Manteltarifvertrag sind in den Vertrauensleute- und Betriebsratsgremien besprochen, jedoch noch nicht veröffentlicht worden. Die Forderungen und Beschlüsse des 12. Gewerkschaftstages sind Grundlage der Verhandlungen:

Verbesserung der Zuschläge für Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit; Zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter; Erhöhung des tariflichen Urlaubs auf sechs Wochen; Verkürzung der Arbeitszeit, Anzielen der 35-Stundenwoche; Lohnsicherung im Alter und bei verminderter Leistungsfähigkeit.

Horten zur Nach- zahlung verklagt

Der Kaufhauskonzern Horten muß eine Nachzahlung von 8850 DM bzw. 1195 DM an zwei frühere Arbeiterinnen zahlen. Diese hatten geklagt, da sie trotz gleicher Arbeit lediglich 80% des Lohnes der männlichen Plakatmaler erhielten. Die Bestimmungen des Tarifvertrages sehen verschiedene Merkmale, wie das Bestehen einer Lehrabschlußprüfung und fünfjährige Tätigkeit im Beruf vor. Obwohl dies nicht zutraf, wurden den männlichen Beschäftigten 1701 DM im Monat gezahlt, den Frauen lediglich 1361 DM. Das Urteil des Arbeitsgerichts Hannover, das noch nicht rechtskräftig ist, hat grundsätzliche Bedeutung. Beim Bundesarbeitsgericht steht zur Zeit in einer ähnlichen Sache eine Entscheidung an.



780 schwarze Busfahrer der öffentlichen Transportgesellschaft von Johannesburg sind nach einem Streik am 17.12. entlassen worden. Ihr Streik richtete sich gegen die Entlassung eines Fahrers, der laut Busgesellschaft falsche Fahrkarten verkauft hatte. Die Arbeiter konnten die Gesellschaft zwingen, mit der schwarzen Gewerkschaft über die Rücknahme der Entlassungen zu verhandeln statt mit einer von der Firmenleitung eingesetzten Verbindungsgruppe. Schon im Sommer hatten in Johannesburg 10000 schwarze städtische Arbeiter gegen Niedriglöhne und für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft gestreikt (Bilder). – Nach einer Meldung der Financial Times streikten in den letzten Wochen auch die Arbeiter von Siemens Südafrika. – Vier Zeitungen, die vorwiegend von Schwarzen und Farbigen gelesen werden, hat das Rassistenregime jetzt die Publikationserlaubnis entzogen.

Verfassungsgericht für Zwangseingemeindung von Ermershausen

München. Im Kampf der Gemeinde Ermershausen gegen die Gebietsreform hat am 16.12.1980 der Freistaat Bayern sein Verfassungsgericht ein Machtwort sprechen lassen. Das Gericht entschied, daß die 900 Einwohner zählende Gemeinde sich der Entscheidung der Staatsregierung zu fügen, also Teil der Einheitsgemeinde Maroldsweisach zu werden habe.

Die Begründung: Die Eingliederung in den Markt Maroldsweisach verletze Ermershausen nicht in verfassungsmäßigen Rechten. Der unmittelbar an der Grenze zur DDR liegende und schwach strukturierte Raum im Norden des Landkreises Haßberge brauche eine einzige Mittelpunktgemeinde, die kommunale Aufgaben in wirtschaftlich vertretbarer Weise erfüllen könne. Der Einheitsgemeinde Maroldsweisach komme eine solche Mittelpunktfunktion zu. Ermershausen liege nur drei Kilometer entfernt, die Straßenverbindung sei gut, Verflechtungen im beruflichen und schulischen Bereich seien vorhanden.

Die jetzt abschlägig beschiedene Popularklage vor dem bayerischen Verfassungsgericht war nur ein Kampfschritt der Gemeinde Ermershausen gegen die Eingemeindung. Als die Pläne zur Eingemeindung bekannt geworden waren, besetzten die Einwohner das Rathaus. Am 17.5.1978 hatte der bayerische Staatsapparat mit dem Einsatz von fast 2000 Polizisten gegen diese Besetzung reagiert. Das Rathaus konnte zwar geräumt werden, aber die Gemeinde Ermershausen beugte sich der Zwangseingemeindung nicht. Sie verweigerte die Zahlung der von der neuen Gemeindeverwaltung erhöhten Kommunalabgaben und organisierte alle zur Aufrechterhaltung des dörflichen Lebens notwendigen Maßnahmen selbst.

Der von den Einwohnern weiterhin anerkannte Bürgermeister Höhn bekräftigte die Forderungen der Gemeinde noch einmal auf einer Kundgebung zum 2. Jahrestag des Polizeiangriffs: „Wiedererrichtung einer Gemeinde Ermershausen, Herauslösung aus der Zwangsgemeinde Maroldsweisach, Selbstbestimmung über das Gemeindevermögen, Wiedergutmachung, ja auch eine Wiedergutmachung im Wort. Ohne die Erfüllung dieser Punkte ist unser Kampf noch nicht zu Ende. Ein Kampf, der gerecht, anständig, soweit er uns alle hier betrifft, auch ehrlich war.“

Daß der Auftrag des Verfassungsgerichts aber nicht ist, Gerechtigkeit, Anstand und Ehrlichkeit durchzusetzen, sondern die Interessen der Bourgeoisie, macht der Gerichtspräsident in der Urteilsbegründung deutlich: „Der Vollzug dieser Maßnahme kann letztlich nicht davon abhängig gemacht werden, welches Maß an Widerstand von einem Teil der Gemeindebürger entgegengesetzt wird, sollen nicht das System der Reform und der Grundsatz der Gleichbehandlung in Zweifel gezogen werden.“ Es sei ein wesentliches Merkmal der Gemeindegebietsreform, daß Gemeinden auch gegen ihren Willen aufgelöst werden könnten.

Die bayerische Staatsregierung mußte in der letzten Zeit mit den „Rebellen Gemeinden“ recht behutsam umgehen. Mit dem Spruch des Verfassungsgerichts bereitet sie offensichtlich eine härtere Gangart vor.

Brokdorf

8000 demonstrierten gegen das Kernkraftwerk

Itzehoe. Als Innenminister Baum seine Zustimmung zur 2. Teilerrichtungsgenehmigung gab, haben die Kläger gegen das KKW Brokdorf ein Telegramm an den Bundesinnenminister geschickt: „Nachdem die Brokdorf-Anteile einschließlich unserer Lebensgrundlagen etwas lustlos auf dem internationalen freien Markt gehandelt wurden, soll diese Kapitalanlage durch Ihr Votum

zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung entscheidend aufgewertet werden. Über den von Ihrer Regierung und Ihrer Partei kühl kalkulierten Vertrauensbruch hinaus riskieren und verantworten Sie damit die härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Kläger aus der Wilstermarsch.“

Für den 21.12. hatten die Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) und die BBU zur Demonstration aufgerufen. Die „Aktionsgemeinschaft Bauern gegen Atomkraftwerke“ beschloß eine Treckerdemonstration, denn der Bau des Kernkraftwerkes bedeutet für die Bauern eine Bedrohung ihrer Existenz. Dies hat die Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH in einer neuen Informationsschrift selbst bestätigt. „Beim Betrieb jedes Kernkraftwerks gelangt immer etwas gasförmiges Jod ins Freie. Denn kleinste Undichtigkeiten lassen sich bei rund 26000 Brennstäben mit einer Gesamtlänge von 100 Kilometern wie in Brunsbüttel einfach nicht vermeiden. Und auch die Filtersysteme können das Gas nicht zu vollen 100 Prozent zurückhalten. Was da über den Abluftkamin in die Umwelt abgeleitet wird, ist vor allem das Isotop Jod-131 ... Ein Teil des Jods schlägt sich auf Weiden nieder, auf denen Kühe grasen; die Kuhmilch wird getrunken, das darin enthaltene Jod gelangt so in die menschliche Schilddrüse, diesem so wichtigen hormonproduzierenden Organ ...“ Weiter wird zugegeben, daß es der KKW Brunsbüttel GmbH kaum möglich sein wird, die in der neuen Betriebsgenehmigung vom 24.7.1980 festgesetzten Grenzwerte für die Abgabe von Jod-131 während der Weidezeit (85 mCi gegenüber dem jährlichen Abgabewert von 250 mCi) einzuhalten.

Zur Unterdrückung des Kampfes der Bauern hat der Landrat des Kreises Steinburg die Treckerdemonstration



eine Stunde vor ihrem geplanten Beginn verboten. Begründung: Auf den Treckern könnten Benzinkanister, Wurfanker und Drahtscheren mitgenommen werden. Ca. 8000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration zum Baugelände. Mit Wasserwerfern und Tränengas ging die Polizei (10 Hundertschaften) vor. Die Bürgerinitiativen bereiten sich auf eine längere Auseinandersetzung vor. Denn auch falls die Hamburger SPD auf ihrem Sonderparteitag am 31.1.81 beschließt, daß die HEW ihre Brokdorf-Anteile zurückzieht – die NWK hat schon mit Preußen-Elektra um die Übernahme der HEW-Anteile verhandelt. Die Demonstration jetzt war ein Auftakt, am 4.1. beraten die Initiativen die Weiterführung des Kampfes, geplant ist eine Großdemonstration im Februar.

Bundesbahn Streckenstilllegung in Schleswig-Holstein

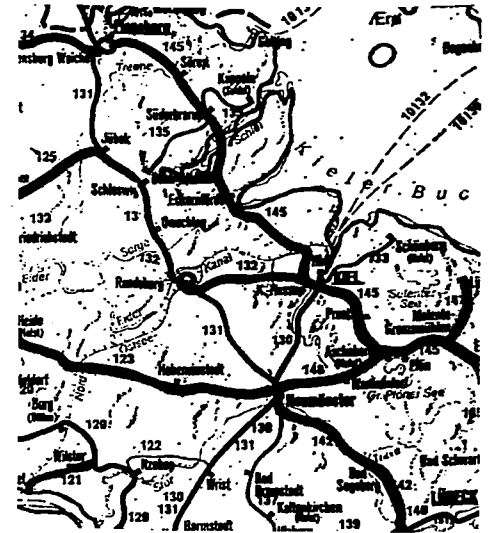
Kiel. Wegen „Deckungsdefizit“ will die Bundesbahn ab 31.5.1981 in sechs Kieler Vorortbahnhöfen und vier weiteren Bahnhöfen keine Reisezüge mehr halten lassen und die Bahnverbindung Flensburg-Niebuß und den Vorortbahnhof Flensburg-Weiche stilllegen.

1976 hatte die Bundesbahn einen Kostendeckungsplan vorgelegt, der in Schleswig-Holstein die Stilllegung fast sämtlicher Ost-West-Bahnverbindungen vorsah, sowie der Strecken Flensburg-Kiel-Lübeck und Neumünster-Bad Oldesloe-Lüneburg mit einer Gesamtlänge von 694 km bei 1412 km Bestand. Gegen diesen Plan gab es wegen der höheren Zeit- und Geldbelastung für die Bevölkerung und der physischen Belastung durch Stehen in überfüllten Bussen von Anfang an Protest von Gewerkschaften und Gemeinderäten. Ende 78 sammelte z.B. der Gemeinderat von Albersdorf 1000 Unterschriften gegen die Streckenstilllegung Neumünster-Heide. Offiziell wurde der Plan dementiert, um dann wenig später hier eine kleine Strecke, dort einen Bahnhof stillzulegen und die Fahrpläne auszudünnen. Ist die Bahnverbindung erst ungünstig genug gemacht, so daß die Fahrgastzahlen sinken, hat die Bourgeoisie schnell einen Grund zur Schließung.

Die jetzt geplante Stilllegung im Flensburger Raum bringt v.a. für die Soldaten große Nachteile: Auf der Strecke Flensburg-Niebuß müssen die Soldaten der Leck-Kaserne mit dem Bus 15 Min. länger fahren als mit der Bahn. Die Soldaten der Briesenkaserne können mit der Bahn beim Bahnhof Flensburg-Weiche direkt an der Kaser-



Plan der Bundesbahn 1976: Die dick gezeichneten Strecken sollen wegfallen.



ne aussteigen, während sie in Zukunft vom Hauptbahnhof mit dem Bus oder Taxi (7 DM) zurückfahren müssen – Zeitverlust: 1/2 Stunde pro Fahrt.

Die Schließung der Kieler Vorortbahnhöfe bringen folgende Mehraufwendungen: Die Strecke Hassee-Kiel dauert mit der Bahn 5 Min. und kostet pro Monat 29 DM gegenüber 12 Min. und 56 DM mit dem Bus. Ebenso bei den Strecken von Russee, Kronshagen,

Elmschenhagen, Kroog, die 32 DM mit der Bahn kosten und in 9 bzw. 12 Min. zu erreichen sind gegenüber 56 DM und 16 bzw. 20 Min. mit dem Bus. Kostendeckung im Personenverkehr, dagegen Bedarfsdeckung im Waren- und Geschäftsverkehr (stündliche Intercity-Züge) ist die Devise von Regierung und Kapitalisten. So hat Bayer 1977 einen 4,5 km langen Gleisanschluß von Brunsbüttel direkt aufs Werksgelände gelegt bekommen.

Kommunalpolitik

Mannheimer OB und MVV verteidigen die Gebührenerhöhungen

Mannheim. In den Mannheimer Tageszeitungen mußten jetzt, nach der größten Erhöhungswelle nach dem Krieg bei Energie, Wasser und Verkehr, eine größere Anzahl von Leserbriefen gegen die Erhöhungen abgedruckt werden. Ziemlich einheitlich wird in den Briefen von Stadtschülervertretung, Betriebsräten, Jusos und jeweils mehreren Kollegen aus einem Betrieb angegriffen, daß mit den Erhöhungen die Großkonzerne subventioniert werden

und darüber hinaus die Stadt Mannheim sich Gelder aus den Gebühren statt von den Großkonzernen zieht. Es wird von mehreren auch gefordert, daß künftig über die Tarife ausschließlich durch den Gemeinderat statt durch den Aufsichtsrat der MVV beschlossen werden soll und daß diese Beratung öffentlich sein soll.

Gleichzeitig hat sich in einem neunseitigen Schreiben die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft



Der bisherige OB Ratzel und der neue OB Varnholt bei einer Audienz bei BBC-Käferthal. BBC gehört zu den Hauptabnehmern der MVV. Gleichzeitig ist BBC auch Hauptlieferant für die Erstellung der Verteilungsnetze

(MVV) an die Betriebsräte, Vertrauensleute, Schülersprecher und andere gewandt, die den Aufruf zu einer Protestversammlung gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in Mannheim und Ludwigshafen unterschrieben hatten. Sie verteidigt darin die Erhöhungen als „notwendig und unausweichlich“. Insbesondere wendet sie sich gegen den Angriff auf die Sondertarife, mit denen die Großkonzerne billigste Energie zugeliefert bekommen – finanziert durch überbeuerte Energiepreise der Haushalte. Die „Verteilungskosten“ (die Kosten der Leitungsnetze) seien „für die Großkunden gegenüber den Tarifkunden wesentlich niedriger“. In Wirklichkeit würden die Großabnehmer (z.B. bezieht die BASF 36% der Gasabgabe der MVV, die Mannheimer Haushalte dagegen nur 3,7%) durch die hohe Abnahmemenge eine Verbilligung für die Haushalte bewirken, da der Preis pro kWh dadurch sinken könnte. Da es „für andere finanzielle Wege“, wie die beim Verkehr erwirtschafteten Verluste von Bund, Land und Kommune übernommen werden sollten, „keine gesetzliche Grundlage“ gebe, bliebe nur die Erhöhung der Preise. Die Abführung der Konzessionsabgabe (ca. 27 Mio DM/Jahr) an die Stadt Mannheim sowie von rund 11 Mio. DM jährlichen kommunalen Steuern durch die MVV bleiben in dem MVV-Brief unerwähnt.

Dagegen hat der neue OB Mannheims, Varnholt (SPD), bei Einbringung des Stadthaushaltes 81/82 in dem Gemeinderat darauf Bezug genommen: Er verlangte, daß das Unternehmen versuchen müsse, seine Situation allmählich so zu verbessern, daß die Konzessionsabgabe voll im Haushalt der Stadt verbleibt, ohne durch Verlustübernahmen geschmälert zu werden. Die Konzessionsabgabe sei „keine Gewinnabführung, sondern (gehöre) in den Aufwandsbereich der Stadtwerke hinein“. (Von denen sie dann durch überhöhte Gebühren wieder eingetrieben wird.) Verluste müßten z.T. „bei einer weiteren Tarifkorrektur im Jahre 1981 noch ausgeglichen werden“ (zwei Erhöhungen sind für 1981 bereits angekündigt). Ansonsten müßten „die Aufwandsbereiche sorgfältig untersucht werden“. Das hatte bislang schon die CDU gefordert, nämlich Senkung der Personalkosten und erhöhte Rationalisierung.

Entsprechend steigen die Planzahlen für die Konzessionsabgabe im Haushaltsentwurf 81/82 sogar noch leicht an. Eine Verlustübernahme von der MVV ist zwar ebenfalls noch im Plan, soll aber zukünftig möglichst entfallen. Es könne nicht angehen „daß die Mutter (die Stadt Mannheim) darben muß

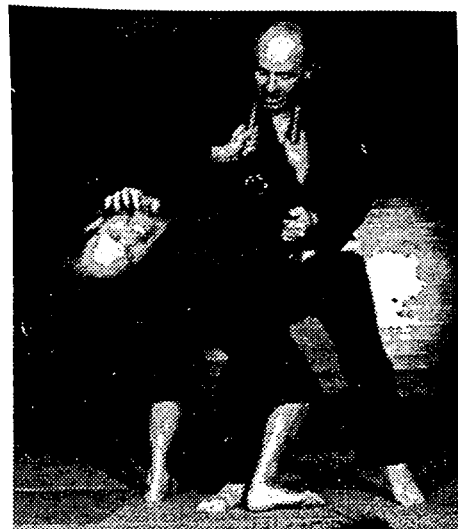
(aufgrund sinkender Einnahmen) und die Töchter (wie die MVV) weiterhin auf flottem Fuß leben“. Die „Inflation der Erwartungen (müsse) überall zu Ende gehen, denn aus mehr würde mit Sicherheit weniger“.

Das Komitee gegen die Fahrpreis- und Gebührenerhöhungen in Mannheim und Ludwigshafen, das sich die Verhinderung der geplanten weiteren Erhöhungen zum Ziel gesetzt hat, hat festgelegt, in einer Eingabe zur Haushaltsdebatte im Gemeinderat zu fordern: Nichterhebung der Konzessionsabgabe und der Gewerbesteuer von der MVV, stattdessen zumindest Rückgängigmachen der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 35 Prozentpunkte vom März 1980 – an die 20 Mio. DM würde das wiederum zurückbringen in den Stadthaushalt. Dort ist zwar für die beiden nächsten Jahre eine Steigerung der Gewerbesteuer bei gleichbleibendem Hebesatz geplant; im Jahr 1980 wird das Aufkommen jedoch um über 21 Mio. DM unter dem Ansatz bleiben. Und zwar unter anderem dadurch, daß einer der Großkonzerne durch Erhöhung seiner Pensionsrückstellungen seine Gewerbesteuerschuld flugs um 12,5 Mio. DM verringerte.

Schwarze Sheriffs Münchner Stadtrat vertraut in Privatarmee

München. Der „Zivile Sicherheitsdienst“ (ZSD), auch „Schwarze Sheriffs“ genannt, bewacht in München und dessen Umkreis das Münchner Heizkraftwerk, den Marienplatz mit dessen Untergeschossen, den U-Bahnhof Kieferngarten, das Olympiagelände, das Kernforschungszentrum Garching und das Kernkraftwerk Isar I. Die Untaten dieser Privatarmee haben jetzt ein Ausmaß angenommen, daß sich die Landtagsfraktion der SPD in Bayern gezwungen sah, eine 34 Punkte umfassende große Anfrage zu stellen.

Als bestätigte Untaten wurden veröffentlicht, daß ZSD-Leute bei Fahrten zu den „Bewachungsanlagen“ Waffen bei sich führen, ohne einen Waffenschein zu besitzen; daß ein großer Teil ihrer Revolver keine Beschußzeichen aufweist. Zwei ehemalige Angestellte des ZSD wurden unter anderem wegen Diebstahls eines Kfz verurteilt, das sie während einer Streifenfahrt im olympischen Dorf gestohlen und dann umfrisiert hatten. Ein ZSDler hat im Waschraum der „Schwarzen Sheriffs“ im KKW Isar I in Ohu einen Schuß abgegeben; ZSD-



Leute haben während der Dienstzeit im KKW Isar I mit Gewehren Jagd auf Tiere gemacht; drei Einschläge an der Kühlturmverkleidung des KKW wurden festgestellt.

Weiter wird von der SPD-Landtagsfraktion gerügt, daß „die Kontrolle der Vorstrafen zu lasch gehandhabt“ wird. Der SPD-Abgeordnete Schlittmeier stellt fest, daß ein „Wachführer“ in den Münchner U-Bahnhöfen bereits viermal rechtskräftig verurteilt war.

Trotz der obengenannten Tatsachen ist die Mehrheit des Münchner Stadtrats für eine Aufrechterhaltung des Vertrages mit dem ZSD, und damit für die weitere Bezahlung aus dem Kommunalhaushalt. Der Vertrag mit dem ZSD ist jetzt erst um die neue U-Bahn-Linie 8 zur „Betreuung“ erweitert worden. Der Pressesprecher des Stadtrates äußerte dazu, daß die „Schwarzen Sheriffs“ im U-Bahn-Bereich bisher nicht nachteilig aufgefallen sind und die Beschwerden sich in Grenzen hielten. Allerdings habe man dem ZSD nahegelegt, nicht so martialisch aufzutreten.

Schlittmeier wirft nun die Frage auf, „ob nicht Polizeibeamte die Aufgabe übernehmen könnten und müßten“. In der Diskussion des Landtags sind 500 neue Stellen für Polizeibeamte.



Staatliche Kontrolle auf Kosten konkreter Hilfe: Bewährungshilfe in Niedersachsen

Hannover. „Die Bewährungshilfe ist mit zunehmender Arbeitszeit belastet. Darüber täuscht auch nicht hinweg, daß die Fallmeßzahl in letzter Zeit bei 50 geblieben ist. Zunehmende Bürokratisierung, das Führen von Kontrollformularen und die Berichtsanhfertigung lassen praktische Tätigkeit, Hilfe für den Probanden, aus der normalen Arbeitszeit immer weiter heraus. Das eigentliche Moment der Bewährungshilfe fordert Einsätze in den Abendstunden und an Wochenenden.“ Diese Aussage eines Bewährungshelfers kennzeichnet die gegenwärtige Situation in Niedersachsen.

Die Bewährungshilfe ist ein Rechtsinstitut der Strafrechtspflege und wird vor allem geregelt in §§ 56 ff des Strafgesetzbuches. Danach sollen Straftäter nicht mit Haft belegt werden, sondern durch die Bewährungshilfe „keine Straftaten mehr begehen“. Angewandt wird sie vor allem bei Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen z.B. nach Verbüßung von zwei Dritteln einer Gefängnisstrafe. Durchaus positiv kann sich das auswirken in konkreten Hilfen bei der Beschaffung von Arbeit, Wohnung und Kontakten zur Familie. Bei

Schwierigkeiten springt der Bewährungshelfer oftmals ein und wendet so neue Strafen ab, wenn es ihm gelingt, den Richter zu überzeugen, daß eine neue Verurteilung nichts bringt, oder wenn er dafür sorgt, daß Anzeigen zurückgezogen werden. Bei dieser Tätigkeit hat sich die Bewährungshilfe bisher eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Den Anforderungen staatlicher Kontrolle wird häufig ausgewichen.

„Nach den Plänen des Justizmini-



Das vertrauliche Gespräch. Voraussetzung ist das Auskunftsverweigerungsrecht gegenüber dem Dienstherren, wie es die Bewährungshelfer in Niedersachsen fordern.

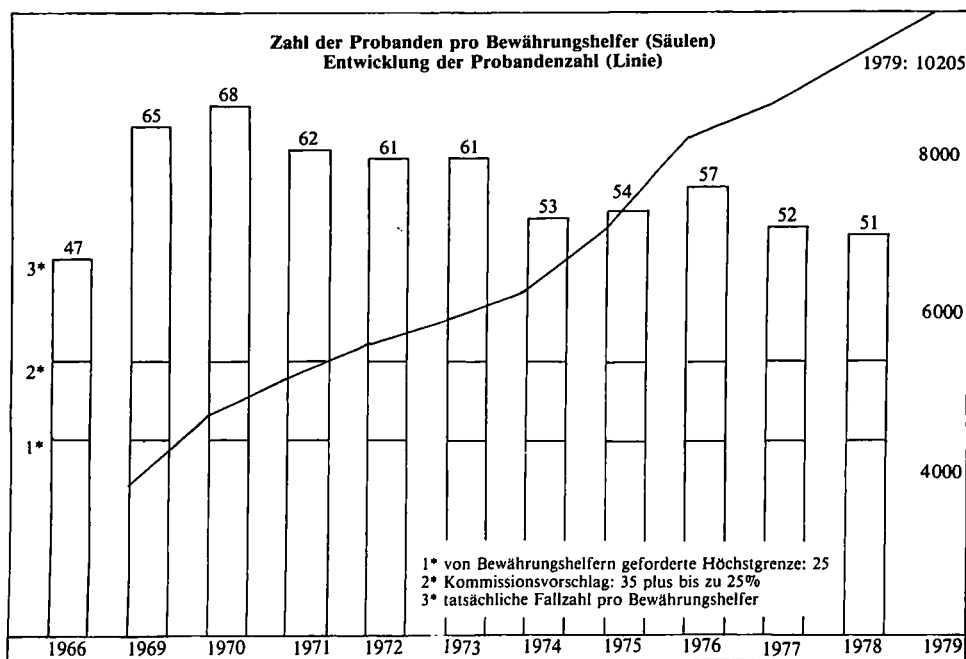
steriums sollen wir jetzt den Landgerichtspräsidenten zusammen mit der Führungsaufsicht (früher Polizeiaufsicht) und der Gerichtshilfe unterstellt werden. Das wird zur Folge haben, daß die Probanden noch mißtrauischer uns gegenüber werden, weil die Gerichte über die Dienstaufsicht verstärkt Einfluß auf unsere Arbeit nehmen.“

Daß ihre „Probanden“ aus dem sogenannten kriminellen Milieu wegkommen und nicht im Gefängnis landen, ist ein Anspruch der Bewährungshilfe, für die Betroffenen durchaus positiv. Zunehmend staatliche Kontrolle lassen dem Bewährungshelfer hierfür immer weniger Raum. Ein aus der Bewährung entlassener Jugendlicher berichtet: „Wenn Du wirklich Hilfe brauchst, dann war Dein Bewährungshelfer entweder nicht da, mit Schreibkram beschäftigt, und später „betreute“ er Dich nach Feierabend telefonisch.“ Dieser Widerspruch, sozialpädagogische Praxis als Hilfe für den mit Bewährung überzogenen Verurteilten und staatliche Kontrolle, verschärft sich und findet Ausdruck in den jüngsten Plänen der Landesregierung.

ÖTV für Auskunftsverweigerungsrecht

Die Bewährungshilfe ist in der BRD durch den Verein Bewährungshilfe begründet und später dann als öffentliche Aufgabe in den staatlichen Aufgabenbereich übernommen worden. Der niedersächsische Justizminister hat eigens eine zwölfköpfige Kommission über zwei Jahre forschen lassen, wie Bewährungshilfe unter die Kontrolle des Staates gestellt werden kann und so als zusätzliches Unterdrückungsinstrument dienstbar wird.

Der vorliegende Bericht schlägt vor, daß die Bewährungshilfe organisatorisch zusammengefaßt wird mit der Führungsaufsicht (1977 eingeführt: stellt jeden zu mindestens zwei Jahren Verurteilten automatisch unter Aufsicht), die in Niedersachsen nicht so recht in Gang kommt. Bei der Führungsaufsicht sind bis heute nur 4 Kräfte beschäftigt. Eine Zusammenlegung mit der Bewährungshilfe würde ihr Arbeitskräfte zuführen. Die Gerichtshilfe soll ebenfalls angeschlossen werden, und die Dienstaufsicht sollen



die Präsidenten der Landgerichte führen. Dadurch würde, so der Bericht, ein rückhaltloser Informationsfluß zum Zwecke der Registrierung, Bewertung und Beeinflussung möglich. Bei der Stellenbesetzung innerhalb der Bewährungshilfe soll künftig nicht sozialpädagogische Qualifikation, sondern Verwaltungskennntnis verlangt werden.

Die ÖTV Niedersachsen hat sich in einer Stellungnahme gegen die Bürokratisierung der Bewährungshilfe ausgesprochen. Der Landesverband der Bewährungshelfer fordert fachliche Autonomie sowie ein Verschweigerungsrecht gegenüber dem Dienstherren und die Kontrolle beruflichen Handelns ausschließlich durch Sozialarbeiter.

Sozialer Wohnungsbau „Fehlbelegungsabgabe“ geplant

Anfang dieses Jahres will der Bundesbauminister Haack (SPD) im Bundesrat einen Gesetzesentwurf für eine Fehlbelegungsabgabe „für gut verdienende Mieter von preiswerten Sozialwohnungen“ einbringen.

Pro qm sollen 0,50 DM – 2 DM der „größeren Verteilungsgerechtigkeit“ wegen von diesen Mietern gezahlt werden, um damit den Sozialen Wohnungsbau, d.h. die Baukapitalisten zu subventionieren.

Auf einer Sitzung der zuständigen Länderminister im Dezember konnte – nach Presseberichten – keine Einigung erzielt werden. Die CDU-Minister hatten „erhebliche Vorbehalte“. Sie sprechen sich dafür aus, die Sozialwohnungen in die Vergleichsmietenregelung einzubeziehen, d.h. faktisch für *generelle Mieterhöhungen* bei den So-

Der bisherige Grundbetrag von 18000 DM (1974) wurde auf 21600 DM erhöht; der Zuschlag für den zweiten zur Familie des Wohnungssuchenden rechnenden Angehörigen wurde von 9000 DM auf 10200 DM angehoben; der Zuschlag für jede weitere Person von 4200 DM auf 6300 DM. Die Einkommensgrenzen beziehen sich auf das *jährliche Bruttoeinkommen* abzüglich der Werbungskosten. Bei einem 4-Personen-Haushalt beträgt die Einkommensgrenze also 3175 DM brutto, pro Monat. Die Fehlbelegungsabgabe dürfte also Arbeiter- und Angestelltenhaushalte treffen, deren reales Einkommen zwischen 2000 und 3000 liegt, was wirklich nicht viel ist und etwa dem entspricht, daß der Mann Facharbeiterlohn erhält.

Demagogisch ist die ganze Sache: Wer kennt nicht Beispiele, wo z.B. ein sehr gut verdienender Beamter in einer doch relativ billigen Wohnung sitzt und andere Familien in zu kleinen und teureren. Aber was wird erreicht?

An der Wohnungsnot und an den zu teuren Mieten für die Arbeiter- und Angestelltenfamilien wird sich nichts

gekommen ist; deren Mietkosten sich um mehr als 15 % erhöht haben oder deren Einkommen um mehr als 15 % gesunken ist, d.h. ein größerer Teil der Lohnabhängigen, deren Lohn nicht ausreicht für die Bezahlung der Wohnung, wird in die Abhängigkeit des Staates geraten, der Lohngehälter, die er durch Steuern eingezogen hat, so verteilt. So wird der niedrige Lohn und die Wohnungsnot festgeschrieben.

Im Effekt bedeutet die Fehlbelegungsabgabe, mit der direkt Lohngehälter eines Teils der Arbeiterbevölkerung eingezogen werden nichts anderes. Eine schöne „Verteilungsgerechtigkeit“!

NRW

Hohe und wachsende Säuglingssterblichkeit

Bielefeld. 1979 lag die Säuglingssterblichkeit in Nordrhein-Westfalen mit 15,9 Gestorbenen im 1. Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene nach dem Saarland an zweithöchster Stelle im Vergleich aller Bundesländer; ein Jahr zuvor erreichte das Land immerhin noch den dritten Platz. Gesundheitsminister Farthmann ließ sich Mitte Dezember über diese hohe Rate der Säuglingssterblichkeit aus und machte dafür nicht näher bezeichnete „Unzulänglichkeiten im medizinischen und sozialen Bereich“ verantwortlich. Die wollen wir ihm zugestehen und mit zwei Daten belegen: Bei einem Vergleich der Zahl der Krankenhausbetten in den einzelnen Bundesländern schneidet Nordrhein-Westfalen mit 11,33 pro 1000 Einwohner 1978, was der zweitniedrigsten Bettenzahl entspricht, im Sinne der Kostendämpfung rühmlich ab; der Bundesdurchschnitt lag bei 11,66 Betten. Die gleiche Erscheinung tritt bei dem Vergleich der Ärztedichte zutage: Während im Bundesdurchschnitt auf 100000 Einwohner 212,1 Ärzte kamen, waren es in Nordrhein-Westfalen nur 197,7.

Farthmann will weiter voran in der Kostendämpfung im Gesundheitswesen. Was er als Wunsch der Frauen bezeichnet, nämlich den Krankenhausaufenthalt bei Geburten zu verkürzen, dient ihm als Argument. Er könne diesen Wunsch voll unterstützen, denn ein zehntägiger Aufenthalt, wie er zur Zeit üblich ist, sei medizinisch nicht zu rechtfertigen. Bei der durchschnittlichen Verweildauer in den Krankenhäusern ist es dem Kostendämpfer in Nordrhein-Westfalen gelungen, die Dauer in den Jahren 1975 bis 1978 von 17,3 auf 15,9 Tage zu senken. Die Dau-



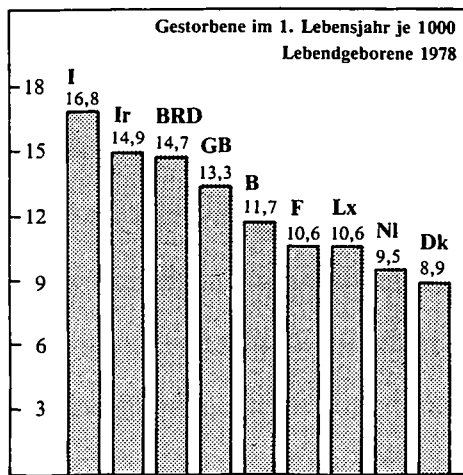
Aktionen gegen die Mieterhöhungen wie hier in Freiburg/Landwasser gab es im letzten Jahr zahlreich.

zialwohnungen, denn eine Anhebung an durchschnittliche Mieten würde nichts anderes bedeuten, auch wenn Sozialwohnungen heute schon oft teurer bezahlt werden. Dennoch scheint es so, als sei man sich inzwischen in den verschiedenen Länderregierungen einig. Im Landtag in Baden-Württemberg, wo die CDU die Regierung stellt, sprach sich denn auch die CDU eindeutig für die „Fehlbelegungsabgabe“ aus: „Eine soziale Komponente sei die Fehlbelegung im Sozialen Wohnungsbau mit Mietern, die längst in höhere Einkommensbereiche hineingewachsen seien. Hier müsse man den Mut haben zu Fehlbelegungsabgaben ...“ (Teufel, CDU).

Mit dem Wohnbauänderungsgesetz 1980 wurde die Einkommensgrenze für Sozialwohnungen wie folgt erhöht:

ändern. Laut Umfrage bei 30 Großstädten sind etwa 250000 Wohnungssuchende registriert. In Baden-Württemberg z.B. ist die Zahl der Mietwohnungen, die jährlich gebaut werden, von 1972 = 60000 auf 17000 = 1979 zurückgegangen. Gleichzeitig standen 1978 165000 Wohnungen leer. Seit 1973 macht die Förderung von Eigentumswohnungen mehr als 50 % am gesamten Sozialen Wohnungsbau aus. Infolgedessen sind die Mieten im sozialen Wohnungsbau oft höher als die Wohnungen „auf dem freien Markt“. 1981 wird die Landesregierung von Baden-Württemberg 59 Mill. DM weniger für den Wohnungsbau ausgeben.

Ab Januar 1981 werden durch die Änderung des Wohngeldgesetzes jährlich 600 Mill. DM mehr gezahlt und zwar an Familien, wo ein Kind dazu



Zwar sank die Säuglingssterblichkeit in der BRD bis 1979 auf 13,5 je 1000 Lebendgeborene, dennoch hat die BRD eine der höchsten Raten im Vergleich der EG wie der westeuropäischen Staaten zu verzeichnen.

er des Aufenthaltes bei Geburten ist indes etwa bei zehn Tagen konstant geblieben.

„Augsburger Modell“ Billige Mediziner- ausbildung

München. Mit Fertigstellung des Zentralklinikums im Sommer 1981 soll eine Medizinische Akademie in Augsburg entstehen. Damit sollen 400 klinische Studienplätze in Augsburg errichtet werden. Dies würde eine spürbare Entlastung für die überfüllte Medizinische Fakultät in München bedeuten.

Die örtlichen Politiker, die das Zentralklinikum schon vor über 10 Jahren geplant hatten, erhofften sich von der Landesregierung beim Aufbau einer Akademie mehr Zuschüsse, würde doch damit die in Bayern knappe Zahl medizinischer Ausbildungsplätze beträchtlich erweitert. Zudem verfügt der Raum Augsburg über kein einziges staatlich finanziertes Bett. Die Kommunen Schwabens müssen so mitfinanzieren, was anderswo über die Universitätskliniken von der Staatsregierung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung mitgetragen wird.

Das Zentralklinikum wird unter kommunaler Trägerschaft des Krankenhauszweckverbandes Augsburg erbaut und ist für die Bevölkerung des Regierungsbezirkes Schwaben eine dringliche Notwendigkeit. Die beiden großen Kliniken, die chirurgische mit 600 Betten, 1859 eröffnet, und die Innere Klinik, das Westkrankenhaus, vor rund 50 Jahren erbaut, liegen weit auseinander und sind von der Bausubstanz alt. Verlegungen der Patienten von einem ins andere Haus sind Routi-

ne geworden und den Patienten nicht zuzumuten.

Unter dem Zwang, für die Akademie staatliche Unterstützung zu bekommen, haben die örtlichen Politiker versucht, die Kosten gering zu halten. In einem Gutachten wurde festgestellt, daß das Westkrankenhaus für 5–10 Mio. DM in eine Nachsorgeklinik mit 200 Betten und in die Akademie mit Hörsälen und Laboratorien umgebaut werden könnte.

Der Medizinische Beirat des Bundeswissenschaftsrates hält jedoch nach Besichtigung des Westkrankenhauses einen Umbau nicht für möglich, sondern hält einen Neubau für 120–180 Mio. DM für notwendig. Damit wäre die Klinische Akademie gestorben, denn die Landesregierung denkt nicht daran, dies zu finanzieren.

Universitätspräsident Meesen hält das Gutachten des Beirates für ungeheuerlich, erwecke doch die Abbruchforderung den Eindruck, als würden „unsere Patienten in Baracken behandelt“. Das Gutachten deckt auf, daß das Westkrankenhaus alt ist und nicht den Anforderungen einer modernen Klinik, geschweige denn einer Akademie, genügt. Der Universitätspräsident und die örtlichen Politiker wollen die Akademie um jeden Preis haben, versprechen sie sich doch höheres Ansehen für die Stadt. Die Landesregierung



Das Westkrankenhaus: Ein altes kaser- nenartiges Gebäude

weiß das. So billig wird sie so schnell keine Akademie bekommen.

Nach einer Sitzung der örtlichen Politiker mit Strauß am 18. Dezember ist herausgekommen, was zu erwarten war: Der Medizinische Beirat soll sein negatives Gutachten zurückhalten, die Kosten werden neu berechnet, das Westkrankenhaus wird als billige Medizinerbildungsstätte hergerichtet, und die Landesregierung hat eine „sehr gute Chance, auf dem Bildungssektor neue kostensparende Wege zu gehen“ (IHK Präsident Hans Haibl).

Daimler Benz **Erste Schichtvereinbarung für Metallindustrie**

Der Gesamtbetriebsrat von Daimler Benz schloß nach 10 Monaten Verhandlung mit der Unternehmensleitung die Betriebsvereinbarung „Verbesserungen für Schichtarbeiter“ ab. Von 141401 Beschäftigten sind 70% Arbeiter, davon 60000 in 2-Schicht und 6000 in 3-Schicht. Abgeschlossen wurde für die 3-Schichtarbeiter: 10 werksärztliche Vorsorgeuntersuchungen, nach 10 Jahren 3-Schicht ab 35 Jahre bis zur Verrentung 4 Kuren über 15 Arbeitstage (davon 5 Tage vom Urlaub) bei Übernahme sämtlicher Kosten durch den Betrieb. Möglichkeit der Pensionierung ab 61 Jahre nach 10 Jahren 3-Schicht bei Effektivlohnfortzahlung von 100 Prozent für 3 Monate, 97,5% Prozent für 8 und 80% für 13 Monate. Ab 60 Jahre kann auch in Teilzeitarbeit (20 Wochenstunden) gearbeitet werden bei Lohnfortzahlung von 100% für 6, 98% für 10 und 80% für 20 Monate. Für 2-Schichtarbeiter: bis zu 3 ärztliche Untersuchungen, nach 20 Jahren 2-Schicht einmalige Kur über 15 Arbeitstage (10 Tage vom Urlaub). Ab 62 Jahre Möglichkeit der Pensionierung bei ähnlicher Effektivlohnfortzahlung wie bei der 3-Schicht. Erwartet werden ca. 2500 Kuren im Jahr, im Februar gehen die ersten 514 Arbeiter in Kur. Ende 1980 sollen ca. 16400 Arbeiter zwischen 50 und 65 Jahre sein. 1986 ca. 23000.

Forderungen des Betriebsrats nach Ausdehnung des Urlaubs und völliger Beseitigung der 3-Schicht wurden nicht durchgesetzt. Erlangt wurde die Zusage, daß 1 800 3-Schichtarbeitsplätze abgebaut und die Überzeiten der 2-Schicht (Überstunden in der Spät- und Samstagsarbeit in der Frühschicht) stufenweise beseitigt werden. Konkrete Festlegungen über eine Absicherung der Beschäftigten, bei denen Gesundheitsschäden in den ärztlichen Untersuchungen festgestellt werden, und über die Verwendung und Kontrollmöglichkeit der Untersuchungsergebnisse durch den Betriebsrat fehlen. Unzureichend sind auch die bisher ausgehandelten Ergebnisse für die 2-Schichtarbeiter. Von Bedeutung ist aber, daß die Daimler-Benz-Kapitalisten zur Anerkennung der gesundheitsschädlichen Auswirkungen der Schichtarbeit, auch in der 2-Schicht, gezwungen wurden und in gewissem Umfang die Kosten dafür übernehmen müssen. Es ist auch ein Schritt in Richtung völliger Kostenübernahme für die Sozialversicherung durch die Kapitalisten.

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes — Wie soll der Kampf fortgesetzt werden?

„Aussperrung verstößt gegen die Menschenwürde“ — unter diesem Thema führte der DGB im letzten Jahr eine Kampagne gegen die Aussperrung durch. Zwei Ziele sollten mit Kundgebungen und Demonstrationen erreicht werden: ein Verbot der Aussperrung durch das Bundesarbeitsgericht in Kassel und die Aufnahme dieser Forderung in die Parteiprogrammatik der bürgerlichen Parteien zu den Bundestagswahlen.

Am 26. Januar wurden die Aktionen mit einer DGB-Kundgebung in Hannover vor tausenden Gewerkschaftsfunktionären eröffnet. Ein Betriebsrat der Rheinisch-Bergischen Druckerei Wuppertal verdeutlichte die Forderung nach Verbot der Aussperrung: „Der Arbeitskampf in der Druckindustrie im Frühjahr 1978 bewies dies in dramatischer Weise: Weil 2281 Arbeiter und Angestellte in fünf Betrieben streikten, wurden 32753 Gewerkschaftsmitglieder in 586 Betrieben ausgesperrt.“ Eine Flugschrift des DGB schreibt dazu: „Der Arbeitskampf der IG Druck und Papier 1978 kostete sie nahezu 15 Millionen DM. 81% dieses Betrages wurden durch Aussperrungstage verursacht.“ Ferner druckte der DGB folgende Zahlen ab: „Metallindustrie 1978: 80000 Streikende — 200000 Ausgesperrte.“

Nicht zum erstenmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Aussperrung ein Unterdrückungsmittel der Kapitalisten. Das Streikrecht der Lohnabhängigen ist dadurch eingeschränkt, da mit dem Mittel der Aussperrung den Gewerkschaften eine Auseinandersetzung aufgezwungen wird. Der DGB stellt richtig in seiner Kampagne fest, daß „weder Streik noch Aussperrung ausdrücklich im Grundgesetz“ erwähnt sind. Es ist also das Streikrecht in der Verfassung nicht garantiert. Im Grundgesetz ist die Bildung von „Vereinigungen“ zur „Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen“ enthalten. Nicht mehr und nicht weniger. Ist es dann nicht unüberlegt, von Seiten des DGB zu behaupten: „Die Väter des Grundgesetzes waren sich 1949 im Parlamentarischen Rat nachweislich über eine Garantie des Streikrechts einig“? Aus der Grundgesetzformulierung leiten die Gerichte die „Gleichbehandlung“ von Streik und Aussperrung ab. Diese Formulierung war kein historischer Kompromiß, wie man verschiedentlich liest, sondern die Nichtgarantie des Streikrechts.

Adenauer und der politische Streik

Das Grundgesetz garantiert das Streikrecht nicht. Seine Ableitung findet dieses in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes, der die Koalitionsfreiheit regelt. Vorweggegangen waren im Parlamentarischen Rat, der Verfassungsgebenden Versammlung, Versuche, das Streikrecht im Grundgesetz zu verankern. Um das zu verhindern, forderte die CDU-Fraktion eine Verankerung der Aussperrung und Verbot bestimmter Streiks. Sie schlug vor: „Politische Streiks zur Bekämpfung bestehender Rechtsordnungen, sowie Streiks von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienst sind verboten“, im Grundgesetz aufzunehmen. Da es keine Einigung gab, wurde der gesamte Abschnitt weggelassen. Das Streikrecht ist mit Inkrafttreten des Grundgesetzes gesetzlichen Beschränkungen unterworfen. Rechtswidrig ist der politische Streik, der sittenwidrige Streik (ausschließliche Schädigung des Gegners/Gewaltanwendung), der vertragswidrige Streik (Verletzung der Tarifverträge / der Friedenspflicht) und die gesetzlich verbotenen Streiks (z.B. Beamte). In den folgenden Jahren hat es beständig Angriffe auf das Streikrecht gegeben.

— *Paritätische Mitbestimmung:* Als 1950 paritätisch besetzte Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie unter deutsches Recht gestellt wurden, beabsichtigte Adenauer die Beseitigung der Mitbestimmung. Die IG-Metall und die IG-Bergbau riefen zum Streik auf. Adenauer erklärte: „In einem Demokratischen Rechtsstaat

kann es einen Streik gegen die verfassungsmäßigen Gesetzgebungsorgane nicht geben ... Es kann keine Rede davon sein, daß die ... Koalitionsfreiheit einer Minderheit ... das Recht gibt, durch Niederlegung der Arbeit, die Wirtschaft lahmzulegen, um dadurch bestimmte Akte der Gesetzgebung zu erzwingen.“ Die Gewerkschaften setzten sich mit der Verabschiedung des „Montanmitbestimmungsgesetz“ durch.

— *Betriebsverfassungsgesetz:* Als der DGB die Lohnabhängigen 1952 aufruft, mittels Streik ein einheitliches Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen, hetzen Regierung, Kapitalisten und Presse gegen die Streiks. Adenauer erklärte: „Nur unter der Bedingung, daß alle Aktionen abgebrochen werden, könnte es zu Verhandlungen kommen.“ Der DGB bricht den Streik ab, die Regierung nutzt die Lage, um ein Betriebsverfassungsgesetz zu verabschieden, das in keiner Weise den gewerkschaftlichen Forderungen entspricht.

— *Lohnfortzahlung bei Krankheit:* Nachdem die IG-Metall im schleswig-holsteinischen Streik 1956/57 die Forderung nach Lohnfortzahlung bei Krankheit für Arbeiter durchgesetzt hat, muß die Regierung das „Lohnfortzahlungsgesetz“ verabschieden. Regierung und Kapitalisten betreiben ein gerichtliches Verfahren. Am 31.10.58 wird die IG Metall vom Bundesarbeitsgericht verurteilt, den Schaden des Streiks zu bezahlen. Bereits 1960 hat das 3. Kabinett Adenauers einen Notstandsgesetzentwurf erarbeitet, der endgültig durch die Große Koalition 1968 verabschiedet wurde.

Es ist nicht die Frage, ob die Forderung „Verbot der Aussperrung — uneingeschränktes Streikrecht“, wie sie auf vielen Versammlungen erhoben wurde, falsch ist. Die Forderung ist verständlich und hat auch für Westdeutschland und Westberlin ihre aktuelle Berechtigung. Trotzdem ist es den Gewerkschaften weder gelungen, diese Frage in den Mittelpunkt des Bundestagswahlkampfes zu rücken, noch Einfluß auf die Parteiprogrammatik der bürgerlichen Parteien zu Beginn des letzten Jahres zu erzielen.

Es kam noch schlimmer. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) verabreichte den Gewerkschaftsvorständen eine kal-

te Dusche, weil es die Frage von Streik und Aussperrung unter dem Gesichtspunkt des „Gleichgewichts der sozialen Gegenspieler“ behandelte, also mit diesem Schritt auch erneut das Streikrecht einschränkte. In der Entscheidung über die Aussperrungen selber wird den Kapitalisten dann vorgeworfen, die Aussperrungen 1978 in der Druckindustrie überzogen zu haben, die in der Metallindustrie waren wiederum „verhältnismäßig“. Das Urteil vom BAG Kassel war eine vernichtende Niederlage für die Kampagne gegen Aussperrung. Zwar war die Aussperrung in der Druckindustrie unrechtmäßig, aber mit der Entscheidung waren

Bei Streik und Aussperrung kein Arbeitslosengeld



„Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden“, ist die gesetzliche Bestimmung im Arbeitsförderungsgesetz (AFG), Absatz 1 des § 116. Diese Bestimmung wird in der Kommentierung des AFG wie folgt begründet: „Jedenfalls ist seit dem Urteil des 3. Senats des Bundessozialgerichts vom 15.12.71 (3 RK 87/68) nunmehr klar, daß grundsätzlich weder Streik noch Aussperrung das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis zum Erlöschen bringt, so daß schon aus diesem Grunde kein Arbeitslosengeld gezahlt werden kann.“

Weitere einschränkende Festlegungen sind im Urteil des Bundessozialgerichts getroffen: „1. ... Das BSG war aber der Ansicht, daß der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Dauer das Risiko einer ertragsfreien Mitgliedschaft nicht zugemutet werden kann. Deshalb endet das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis grundsätzlich mit dem Ablauf von drei Wochen nach Streikbeginn. 2. Das zu 1) Gesagte gilt bei einer Aussperrung entsprechend.“

erneut die Einschränkungen des Streikrechtes in den Urteilen des BAG von 1955 und 1971 bestätigt. Das war nicht Sinn der Kampagne – aber Resultat.

IGM-Vorsitzender Loderer meinte im Schlußwort auf dem Gewerkschaftstag im September dann eher ziellos: „Wir werden den Kampf um den bedingungslosen Erhalt der Tarifautonomie und für das Verbot der Aussperrungen weiterführen.“ In den darauffolgenden Monaten standen dann der Kampf um die Sicherung der Montan-Mitbestimmung und der Kampf gegen die Nacht- und Schichtarbeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten. So

Auf die Zeit der Aussperrung wird aber die Dauer des vorübergehenden Streikes angerechnet. 3. Bei einem illegalen Streik endet das Beschäftigungs- und Versicherungsverhältnis mit dem letzten Tag der Arbeitsleistung.“

Bei Streik und Aussperrung unterliegt die Arbeitslosenversicherung der Neutralitätspflicht. Diese Neutralität kann der Staatsapparat nutzen, um den Streik als nicht „verhältnismäßig“ zu erklären, d.h. den Streik zu verbieten und damit gleichzeitig entstandene Kosten auf die Gewerkschaften abzuwälzen, den Arbeitsausfall und damit auch die Kosten für die Krankenversicherung. Bekanntlich fehlt es an jüngsten Entscheidungen in diesen Fällen nicht (Fluglotsenstreik).

Streik und Angriffsaussperrung werden gesetzlich gleich behandelt. Bei der Abwehraussperrung ist durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts Kassel 1955 die Erweiterung festgelegt worden: „Sperren die bestreikten Arbeitgeber gemäß Ziffer 6 aus, so steht die Wiedereinstellung der Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitskampfes beim Fehlen einer Wiedereinstel-

gelang es, die Einschränkung des Koalitionsrechtes bei der Montan-Mitbestimmung zurückzuweisen. Im Kampf gegen die Nachtarbeit für die Beschäftigten bei der Post konnten gegen das Streikverbot für die Beamten praktisch Punkte gesammelt werden.

Da die Frage des Streikrechtes sich immer aktuell stellt, wird an die Weiterführung der Kampagne, wie sie zu Beginn des letzten Jahres angefangen wurde, nicht zu denken sein. In diesem Zusammenhang muß bedacht werden, daß die anderen europäischen Gewerkschaften eine solche Auseinandersetzung mit den Kapitalisten *nicht* haben. In diesen Ländern wird bei Aussper-

lungsklausel in ihrem unternehmerischen Ermessen.“ In so einem Fall hat der entlassene Arbeiter erst nach Beendigung des Arbeitskampfes Anspruch auf Arbeitslosengeld (§ 116 Abs. 2).

Die Einschränkung des Streikrechtes geht aber über die direkt am Streik beteiligten Arbeiter hinaus. Werden Arbeiter auf Grundlage eines inländischen Streiks arbeitslos, auch wenn sie nicht an dem Streik teilgenommen haben, erhalten sie kein Arbeitslosengeld. In der Kommentierung zum AFG heißt es: „Ein Beschluß des Verwaltungsrates, wonach *alle* vom Arbeitskampf mittelbar betroffenen Arbeitnehmer außerhalb des Kampfgebietes Nord-Württemberg/Nordbaden vom Ruhen der Ansprüche nach § 116 Abs. 3 Arbeitsförderungsgesetz ausgenommen werden sollen, ist mit dem § 116 Abs. 4 AFG nicht vereinbar und daher rechtswidrig.“

Walter Arendt, ehemaliger Arbeitsminister, stellt im Juli 78 in der Gewerkschaftlichen Umschau fest: „In Großbritannien, Belgien, Österreich, Italien, Frankreich und den Niederlanden bestehen bei entsprechender Anwendung bei Aussperrung entweder Lohnfortzahlung des Arbeitgebers oder Anspruch auf Arbeitslosengeld für den Arbeitnehmer. In der Bundesrepublik erhalten ausgesperrte Arbeitnehmer kein Arbeitslosengeld.“

Den Kapitalisten steht im Streik das Mittel der Entlassung zur Verfügung, ohne daß eine Sicherung durch die Arbeitslosenversicherung eintritt. Darüberhinaus haben die Kapitalisten die Möglichkeit, Kurzarbeit anzumelden, wenn durch Streik die Zulieferindustrie ihre Produkte nicht verkaufen kann oder umgekehrt die Kapitalisten verschiedene Materialien wegen Streik nicht mehr geliefert bekommen. Nach der jüngsten Entscheidung ist dies sogar ohne Zustimmung des Betriebsrates möglich.

rung entweder der Lohn fortgezahlt, oder es wird Arbeitslosengeld gezahlt. Dadurch spielt in diesen Ländern die Aussperrung keine große Rolle, da die Kapitalisten zumindest zur Hälfte – bei Zahlung von Arbeitslosengeld – an der Aussperrung „finanziell beteiligt“ sind. Damit haben die Kapitalisten zwar weiterhin das Recht auf Aussperrung, aber die praktische Handhabung ist eingeschränkt. Eine solche Forderung kann der DGB auch in sein Grundsatzprogramm und sein Sozialpolitisches Programm aufnehmen und im Rahmen der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen aufstellen.

Seit Mitte des 14. Jahrhunderts gibt es Koalitionen zum Zweck der Regelung der Arbeitsbedingungen in Form der Handwerksge-
sellens und Bergarbeiterknappschaften, die als Kampfmittel ge-
meinsame Arbeitsverweigerung („Aufstehen“) und Absperrung
der Bestreikten von fremden Arbeitskräften („Verruf“) anwand-
ten. Genauso lange gibt es die Versuche der Meister und der
Obrigkeit, Koalitionen und Streiks zu unterdrücken und zu ver-
bieten.

Polizeiordnung des Reichstags von 1530:

Erstes allgemeines Koalitions-
und Streikverbot: Man wolle
nicht, „daß die Handwerks-
knecht und Geselle den Mei-
stern ... eindingen, was und
wieviel sie ihnen jederzeit zu
essen und zu trinken geben ...
sollen“. Die Strafen auf Streik
wurden ständig verschärft.

Preuß. Handwerks- ordnung 1732:

Wofern aber bisheriger Erfah-
rung nach die Gesellen unter
irgends einigem Prätext sich
weiter gelüsten ließen, einen
Aufstand zu machen, folglich
sich zusammen zu rotieren und
entweder an Ort und Stelle
bleibende, gleichwohl bis ih-
nen in dieser oder jener ver-
meintlichen Präntension oder
Beschwerde gefügt werde, kei-
ne Arbeit mehr zu tun oder
selbst haufenweise auszutren-
ten, und was dahin schlagen-
den rebellischen Unfugs mehr
wäre, dergleichen große Frev-
ler und Mißethäter, sollen
nicht allen ... mit Gefängnis-
Zucht-, Haus-, Verstungs-,
Bau- und Galeerenstrafe be-
legt, sondern nach Beschaffen-
heit der Umstände und hoch-
getriebener Renitenz, nicht
minder wirklich verursachten
Unheils am Leben gestraft
werden.

Gewerbeordnung 1845, §182:

Gehülfen, Gesellen oder
Fabrikarbeiter, welche entwe-
der die Gewerbetreibenden
selbst, oder die Obrigkeit zu
gewissen Handlungen oder Zu-
geständnissen dadurch zu be-
stimmen suchen, daß sie die
Einstellung der Arbeit oder die
Verhinderung derselben bei
einzelnen oder mehreren Ge-
werbetreibenden verabreden,
oder zu einer solchen Hand-
lung andere auffordern, sollen
mit Gefängnis bis zu einem
Jahr bestraft werden.

Gewerbeordnung 1869, §152:

Aufhebung des Koalitionsver-
bots, Tarifabreden aber nicht
rechtsverbindlich: Alle Verbo-
te und Strafbestimmungen ge-
gen Gewerbetreibende, ge-
werbliche Gehilfen, Gesellen
oder Fabrikarbeiter wegen
Verabredungen und Vereini-
gungen zum Behufe der Erlan-
gung günstiger Lohn- und Ar-
beitsbedingungen, insbesonde-
re mittelst Einstellung der Ar-
beit oder Entlassung der Ar-
beiter werden aufgehoben. Je-
dem Teilnehmer steht der
Rücktritt von solchen Vereini-
gungen frei und es findet aus
letzterem weder Klage noch
Einrede statt.

Sozialistengesetz 1878:

Alle Vereine, die sozialdemo-
kratischen, auf Untergrabung
der bestehenden Staats- und
Gesellschaftsordnung gerichteten
Bestrebungen dienen, wer-
den verboten, die bestehenden
unter Beschlagnahme ihrer
Kassen aufgelöst. Nach einer
Entscheidung des Preußischen
Obertribunals fielen darunter
auch die Gewerkschaften.

Generalstreik

Demokratie in den Betrieben
durch direkt und gewählten gewählte
**Betriebsräte der Angestellten und
Arbeiter!**

Das ist die Forderung der Arbeiterpartei, der Vertreter der
christlichen Sozialisten, der Metallarbeiter, der Eisenbahnarbeiter,
der Eisenbahn- und Transportarbeiter,
„Sozialistische Arbeiterpartei“, die keine mehr oder weniger
in Konkurrenz der Arbeiterpartei für die Arbeiter.

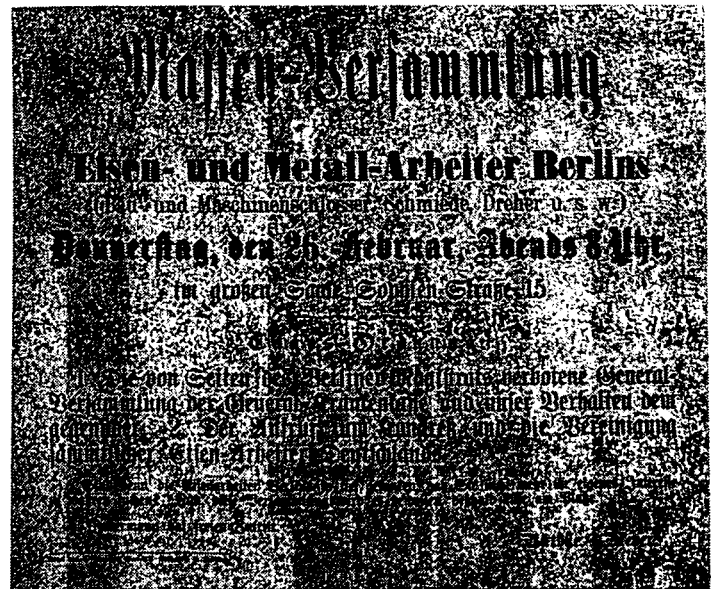
**Die Arbeit ruht bis zur Anerkennung dieser
Forderungen durch Regierung und Unternehmer!**

Im Namen der Arbeiterpartei, der christlichen Sozialisten, der
Eisenbahnarbeiter, der Eisenbahn- und Transportarbeiter,
„Sozialistische Arbeiterpartei“, die keine mehr oder weniger
in Konkurrenz der Arbeiterpartei für die Arbeiter.

Streikaufruf Februar 1919

Weimarer Reichsver- fassung, Art.159:

Koalitionsfreiheit, aber ohne
Anerkennung des Streikrechts:
Das Recht, zur Wahrung und
Förderung der Arbeits- und
Wirtschaftsbedingungen Ver-



Versammlungs-Plakat der Berliner Metallarbeiter 1874

einigungen zu bilden, ist für je-
dermann und für alle Berufe
gewährleistet.

Ges. zur Ordnung der nat. Arbeit 1934:

Zerschlagung und blutige Ver-
folgung der Gewerkschaftsbe-
wegung — „Betriebsgemein-
schaft“:

§ 1 Im Betriebe arbeiten der
Unternehmer als Führer des
Betriebes, die Angestellten und
Arbeiter als Gefolgschaft ge-
meinsam zur Förderung der
Betriebszwecke und zum ge-
meinsamen Nutzen von Volk
und Staat.

§ 2 Der Führer des Betriebes
entscheidet der Gefolgschaft
gegenüber in allen betriebli-
chen Angelegenheiten, soweit
sie durch dieses Gesetz geregelt
werden. Er hat für das Wohl
der Belegschaft zu sorgen. Die-
se hat ihm die in der Betriebs-
gemeinschaft begründete
Treue zu halten.

§36 Gröbliche Verletzungen
der durch die Betriebsgemein-
schaft begründeten sozialen
Pflichten werden als Verstöße
gegen die soziale Ehre von den
Ehrengerichten gesühnt. Der-
artige Verstöße liegen vor,
wenn ... 2. Angehörige der
Gefolgschaft den Arbeitsfrie-
den im Betriebe durch böswil-
lige Verhetzung der Gefolg-
schaft gefährden ... sich ins-
besondere als Vertrauensmän-
ner bewußt unzulässige Ein-
griffe in die Betriebsführung
anmaßen oder den Gemein-
schaftsgeist innerhalb der Be-
triebsgemeinschaft fortgesetzt
böswillig stören.

Grundgesetz, Art.9:

läßt wörtlich wie die Weimarer
Verfassung die Anerkennung
des Streikrechts „offen“.

Bundesarbeitsgericht:

Heftige Kämpfe der Arbeiter-
bewegung nach dem 2. Welt-
krieg zwingen die bürgerlichen
Gerichte zur Anerkennung des
Streikrechts: Arbeitskämpfe
(Streik und Aussperrung) sind
im allgemeinen unerwünscht,
da sie volkswirtschaftliche
Schäden mit sich bringen und
den im Interesse der Gesamt-
heit liegenden sozialen Frieden
beeinträchtigen; aber sie sind
in bestimmten Grenzen erlaubt
... Es besteht Freiheit des Ar-
beitskampfes, Streikfreiheit
und Aussperrungsfreiheit.

Höchststrichtrichlich verboten ist
der Streik, wenn er nicht auf
Abschluß eines Tarifvertrages
gerichtet ist („wilder Streik“),
wenn andere Mittel der Kon-
fliktlösung bestehen (Schlich-
tung, Gerichte), ferner Streik
der Beamten, der Auszubil-
denden, der „das Gemeinwohl
offensichtlich verletzende“
Streik (längerdauernde Streiks
im Krankenhaus, bei Müllab-
fuhr, Gas, Elektrizität, Wasser
usw.).

Ist ein Streik aus irgendeinem
der obigen Gründe rechtswi-
drig, oder wird er es durch An-
wendung „sittenwidriger“
Einzelmaßnahmen, so haften
die beteiligten Arbeitnehmer
und die Gewerkschaft mit ih-
rem gesamten Vermögen für
alle Schäden, die den Kapitali-
sten aus Anlaß des Streiks ent-
standen sind.

Zweiter Parteitag der KP Kubas

Vom 17. bis 20. Dezember hat die Kommunistische Partei Kubas ihren zweiten Parteitag durchgeführt. Während des Parteitages bekräftigte Castro „Treue“ zur Politik der UdSSR und griff mit besonderer Schärfe „antisozialistische Umtriebe in Polen“ an. Der Parteitag wurde mit einer Kundgebung in Havanna beendet gegen die Drohungen des neuen US-Präsidenten Reagan zu weiteren Maßnahmen gegen Kuba. Im Mittelpunkt des Parteitages standen Beratungen über den neuen Fünfjahresplan. Infolge des nach wie vor bestehenden Wirtschaftsboykotts der USA, der weitgehenden wirtschaftlichen Abhängigkeit Kubas von den Sozialimperialisten und der von diesen verlangten wirtschaftlichen Ausrichtung auf den Anbau von Zuckerrohr stockt der Aufbau des Landes. Durch eine teilweise Freigabe des Marktes für private Verkäufe soll eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Versorgung und Produktion erreicht werden. In der Industrie wird der selbständigen Wirtschafts- und Rechnungsführung der einzelnen Betriebe gegenüber dem Plan der Vorzug gegeben. Den Betriebsführungen wird das Recht gegeben, unmittelbar Arbeitskräfte anzustellen und zu entlassen sowie in der Entlohnung „Prämien nach Leistung“ einzuführen.

Portugal: Balsemao Ministerpräsident

Pinto Balsemao von der Sozialdemokratischen Partei (PSD) ist Mitte Dezember vom Parlament zum neuen portugiesischen Ministerpräsidenten gewählt worden. Sein Vorgänger Sa Carneiro (PSD) kam bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Balsemao setzt die konservative Koalitionsregierung der „Demokratischen Allianz“ mit Monarchisten und dem Demokratischen Sozialen Zentrum (CDS) fort. Er besitzt die Wochenzeitung Express, die die Position der portugiesischen Oligarchie aus wenigen Familien vertritt, die das Land kontrollieren. Nach dem Sturz der Diktatur 1974 gründete er



mit Sa Carneiro die PSD und wirkte an der Erdrosselung der revolutionären Kämpfe der portugiesischen Arbeiter und

Bauern mit. Als Regierungspartei hat die PSD die Agrarrevolution im Süden Portugals rückgängig gemacht, das von Pächtern und Landarbeitern kollektiv bewirtschaftete Land den Großgrundbesitzern zurückgegeben, verstaatlichte Betriebe privatisiert und Portugal für Auslandskapital und den EG-Anschluß geöffnet. Jetzt will die Regierungskoalition mit einer Verfassungsänderung die letzten Überbleibsel der Revolution – Sozialisierungsartikel, Vollmachten des Revolutionsrates – ausmerzen. 30% der Werktätigen Portugals arbeiten im Agrarsektor, das Pro-Kopf-Einkommen ist knapp halb so hoch wie in Spanien und Griechenland.

Tschad: Aufruf zu Neuaufbau des Landes

Am 23./24.12. fand in Lagos unter Leitung des Vorsitzenden der OAU, des Präsidenten von Sierra Leone Stevens, eine Tschad-Friedenskonferenz statt. Anwesend waren Vertreter von 12 benachbarten afrikanischen Staaten sowie der Präsident der Regierung der Nationalen Einheit des Tschad, Oueddei. Die Konferenz debattierte in der Hauptsache über Maßnahmen zum Wiederaufbau des stark zerstörten Landes und empfahl Wahlen für 1982. Die Vorstöße Marokkos und Senegals auf

Neuformierung der GUNT unter Einbeziehung der militärisch geschlagenen Kräfte des Rebellen Habré (PB 6/80) und Entsendung einer Friedenstruppe wurden mehrheitlich zurückgewiesen. Die französischen Imperialisten hatten zuvor „logistische Unterstützung“ für eine solche Truppe angeboten. Habré durfte an der Konferenz nicht teilnehmen.

NL: Neues Abtreibungsgesetz

Gewiß beendet das vom niederländischen Parlament jetzt verabschiedete Abtreibungsge-

setz die Unterdrückung nicht: Immer noch muß eine „Notsituation“ nachgewiesen werden; ein Arzt muß zustimmen, auch dann noch wird eine fünftägige „Bedenkzeit“ verhängt; bei Übertretung wird der Arzt mit einer Geldstrafe verfolgt. Deshalb stimmten die Sozialdemokraten auch gegen das Gesetz. Dennoch erlitt die Reaktion eine teilweise Niederlage: Seit ca. 1976 hatte sie eine aufwendige Kampagne für vollständiges Abtreibungsverbot geführt. Rund 80000 Abtreibungen werden jährlich in den Niederlanden durchgeführt.

15000 Bauern und Landarbeiter wurden am 23.12. in der Hauptstadt Nagpur des indischen Unionsstaates Maha-

raschtra von Polizei- und Armeeinheiten überfallen und verhaftet. Sie hatten einen 365 km langen Marsch durch den



Demonstration in Neu Delhi gegen die Ermordung von 15 Bauern aus dem Unionsstaat Punjab.

ganzen Unionsstaat durchgeführt, um für ihre Forderungen nach höheren Erzeugerpreisen u.a. für Zucker und Zwiebeln und gegen die Superprofite der Zwischenhändler zu demonstrieren. Unter den Verhafteten befanden sich auch die wichtigsten Führer der Oppositionsparteien gegen die Gandhi-Regierung, die die Forderungen der Bauern und Landarbeiter unterstützten. Die lokalen Statthalter der Gandhi-Regierung hatten gegen die Aktion ein Demonstrationsverbot verhängt und den Marsch mehrmals überfallen lassen. Das führte jedoch zu einer Solidarisierung der Arbeiter und Studenten und der gesamten Opposition mit der Aktion. Die Gewerkschaften in dem Unionsstaat riefen einen Generalstreik aus.

Polizisten rebellierten in Kabul

Am 29.12.1980, dem Jahrestag der sowjetischen Invasion in Afghanistan, fanden in Kabul Aktionen statt. 40 Polizisten warfen die Scheiben des Ministeriums für Information und Kultur und des sowjetischen Buchladens ein. Ihre zweijährige Dienstzeit war von dem Karmal-Regime verlängert worden. Auch Zivilisten griffen Gebäude und Autos in der Stadt mit Steinen an. Sowjetische Soldaten verhafteten die Rebellen. Mehrere sollen verwundet oder sogar getötet worden sein. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS verbreitete, es habe sich um „als afghanische Soldaten verkleidete subversive Elemente“ gehandelt. Am Salang-Paß, der Kabul mit der Nordgrenze des Landes verbindet, fanden heftige Kämpfe statt.

Polen

Bauern wollen privat produzieren, aber sich besser organisieren

Der Oberste Gerichtshof in Warschau hat am 30.12.1980 die Entscheidung darüber, ob die privat produzierenden Bauern, die sich in einem unabhängigen Bauernverband organisiert haben, eine Gewerkschaft gründen dürfen, auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Bauernverband hatte die Aufhebung der Entscheidung eines Warschauer Bezirksgerichts verlangt, das seine Ablehnung damit begründet hatte, die Bauern seien keine Lohnabhängigen, sondern Selbständige. Die Bauern demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude, verzichteten aber darauf, sich an die Gewerkschaft „Solidarität“ zwecks Unterstützung durch Streiks zu wenden. Sie haben erwogen, bei Ablehnung auch durch den Obersten Gerichtshof nicht mehr an den Staat zu liefern, stattdessen eine Kooperative zur Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte zu bilden.

Das jetzige ZK der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei unter der Leitung durch Kania hat beschlossen, die Investitionen in anderen Bereichen zu senken, um die Versorgung der Landwirtschaft mit Investitionsmitteln zu verbessern. Daß dies gelingt, dafür sind die Aussichten schlecht. Teil des bis 1980 geltenden Fünfjahresplans war, sich auf die Herstellung bestimmter Typen von Landmaschinen zu konzentrieren und deren Qualität so zu verbessern, daß durch Exporte das nötige Geld hereinkäme, um die fehlenden Typen zu importieren. Das Planziel, 1980 Landmaschinen im Wert von 24 Mrd. Zloty zu produzieren, wird nicht erfüllt, was insbesondere zu Lasten der Produktion von Ersatzteilen geht.

Starker Mangel herrscht nach wie vor an Traktoren. An der Notwendigkeit, rund zwei Millionen Pferde als Zugtiere bei der Feldarbeit einzusetzen, ändert sich seit mehreren Jahren nichts. 1978 betrug der Anteil der Maschinen, die durch Pferdegespanne gezogen werden, im Verhältnis zu den Maschinen für Traktoren bei Pflügen mehr als ein Viertel, bei Kartoffelrodermaschinen mehr als die Hälfte, bei Getreidesämaschinen sogar rund das Doppelte. Die Landmaschinen, die in Polen hergestellt werden, sind zwar von guter Qualität, aber von den verwendeten Materialien her viel schwerer als entsprechende Maschinen z.B. aus EG-Ländern. Der von dem führenden Werk Ursus hergestellte Mährescher „Bizon-Super“ wiegt im Vergleich 3 t mehr.

Noch immer werden 80% der landwirtschaftlich genutzten Fläche privat bewirtschaftet. Wirklich muß auch in den Ergebnissen der kollektivierten und der privaten Landwirtschaft wenig zu entdecken sein, was die Bauern von den Vorteilen der Kollektivierung überzeugen könnte. Die Hektarerträge bei den wichtigsten Feldfrüchten zeigen keine großen Unterschiede. Aber sie liegen insgesamt mit 27 Doppelzentnern z.B. bei Getreide mit am niedrigsten in Europa und weit unter dem europäischen Durchschnitt von 36 Doppelzentnern. Ertragreiche Getreidearten wie Weizen und Gerste werden nur zu 41% angebaut, in Europa durchschnittlich auf 82% der Getreidean-



Beratung des 6. Plenums der ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

baufäche. Die Anbaufläche für Weizen wurde absolut verringert, ohne daß die sinkenden Erträge durch Rationalisierung aufgefangen worden wären. Bei der Viehzucht, insbesondere von Schweinen, liefern die kleinen Landwirtschaften bessere Ergebnisse als die größeren. Allerdings sind sie nicht imstande, gleichzeitig eine ausreichende Menge von Futtergetreide anzubauen und sind darauf angewiesen, solches Getreide vom Staat kaufen zu können.

1976 führte die polnische Regierung eine Untersuchung über die landwirtschaftlich genutzte Fläche durch, die ergab, daß von rund 3,3 Mio. Bauernhöfen über 200000 mit einer Gesamtfläche von 1,2 Mio. Hektar aufgehört hatten zu produzieren, weil die Bauern alt geworden waren oder andere Arbeit gesucht hatten. Ende 1977 erließ der Ministerrat ein Dekret, in dem der Verkauf von Land zu anderen als landwirtschaftlichen Zwecken verboten wurde. Nach Protesten und Milchstreiks der Bauern wurde 1978 ein da-

hin geändertes Gesetz erlassen, daß die Böden der drei besten Qualitätsstufen für die Landwirtschaft zur Verfügung bleiben müssen.

Die Verbitterung der Bauern wurde weiter genährt durch die Neuregelung der Renten 1978. Jeder, der mehr als 1,25 Hektar Land besaß, sollte eine Rente erhalten unter der Bedingung, daß er über längere Zeit Produkte im Wert von mindestens 15000 Zloty pro Jahr an den Staat geliefert hatte. Im Laufe desselben Jahres weigerten sich bis zu 15% der in Frage kommenden Bauern, die Beiträge zu zahlen, weil sie von ihrem ohnehin mageren Einkommen abgingen. Daraufhin wurden die staatlichen Aufkaufpreise etwas erhöht.

Durch die mißglückte Zwangskollektivierung und die jahrelangen Versäumnisse der PVAP gegenüber den Bedürfnissen der Bauern ist auch die Beziehung der Arbeiter zu den Bauern schwer gestört. Sie können sicher nur auf längere Sicht für eine Kollektivierung gewonnen werden, wenn die Produktion von Landmaschinen und Düngemitteln schnell gehoben und Geld für die Verbesserung der Infrastruktur auf dem Land freigesetzt wird. Sich für diese Verbindung mit den Bauern einzusetzen, wäre eine wichtige Aufgabe der neuen Gewerkschaften.

Algerien

Fünfjahrplan korrigiert Fehlentwicklungen

Die algerische Nationalversammlung hat kürzlich die Grundlinien des neuen Fünfjahrplans 1980 – 84 gebilligt. Darin sind Ausgaben von insgesamt umgerechnet 209 Mrd. DM vorgesehen, jährlich soll ein Wachstum von 8,2%, in der Industrie sogar von 12% erreicht werden. „Wenn Erdöl und Erdgas um keinen Preis die Zukunft Algeriens darstellen dürfen“, schreibt die Zeitung „El Moudjahid“ zur Zielsetzung des neuen Plans, „dann müssen ab sofort die Ersatzressourcen gesichert und der Arbeit und den Produkten der Erde wieder der Vorrang eingeräumt werden, ohne deswegen das industrielle Projekt aufzugeben.“

1979 entfielen 97,5% der Exporteinnahmen Algeriens auf Erdöl und -gas. mit ca.50% sind die USA Hauptabnehmer; seit Mitte 1980 ist aber die Gasausfuhr dorthin unterbrochen, weil sich die Supermacht weigert, auf die Forderung Algeriens nach Anpassung des Gaspreises an den Ölpreis einzugehen. Seit der Unabhängigkeit hat das Land große Anstrengungen gemacht, um durch den forcierten Aufbau einer eigenen Industrie die Abhängigkeit vom Rohstoffexport zu mildern. Allein



In allen Betrieben werden jetzt Zellen der FLN gebildet. Gegen bürokratische Entartungen sollen die Parteizellen „dem Prozeß der Demokratisierung des Wirtschaftslebens neuen Elan“ geben. (FLN-Organ Révolution Africaine)

in der völlig neu aufgebauten Stahlindustrie sind heute ca. 30000 Arbeiter beschäftigt. Da die schwerindustriellen Großanlagen aber hauptsächlich durch Auslandskredite finanziert und schlüsselfertig eingeführt wurden, sind neue Abhängigkeiten vom Imperialismus entstanden: von 1970 bis 1980 stieg die Auslandsverschuldung von 0,9 auf 13,2 Mrd. \$ (zum Vergleich: Indien mit 33 mal soviel Einwohnern hatte 1978 15,3 Mrd. \$ Schulden). Der Anteil des Schuldendienstes an den Exporterlösen stieg von 1975 12,5% auf 1979 21,5%. Ein Teil der modernen Anlagen kann nur mit Experten aus imperialistischen Ländern in Betrieb gehalten werden.

Gleichzeitig entwickelten sich innere Widersprüche. Das Zurückbleiben der Landwirtschaft zwingt zu wachsenden Nahrungsmittelimporten (1979 15% aller Einfuhren). Zahlreiche Bauern wandern in die Großstädte, vor allem Algier, ab, ohne dort immer Wohnung und Arbeit finden zu können. Häufig wurde wertvolles Ackerland mit Wohnhäusern und Fabriken bebaut, während im Steppengebiet mit gewalti-

gem Aufwand Neuland gewonnen wird. Unter den Kadern des Staatsapparates und der staatlichen Betriebe, die 80% der Industrie und den gesamten Außenhandel kontrollieren, kam es zu Fällen von Unterschleif und Korruption.

Mit dem neuen Plan sollen diese Entwicklungen, die die blutig erkämpfte Unabhängigkeit gefährden, korrigiert werden. Das Schwergewicht liegt auf der Entwicklung von Land- und Wasserwirtschaft, Wohnungsbau (allein 31,2 Mrd. DM) und Infrastruktur. Die Hälfte des gesamten Planvolumens ist durch bereits eingeleitete Projekte schon verplant, bei der weiteren Entwicklung der Industrie soll aber das Hauptgewicht auf die Leichtindustrie gelegt werden, um Versorgungslücken zu schließen.

In einer Rede vor Vertretern der örtlichen und regionalen Staatsorgane hat Präsident Chadli Bendjedid betont, den – augenscheinlich zahlreichen – Jugendlichen ohne Berufsausbildung müsse ein Abschluß als Facharbeiter oder Handwerker ermöglicht werden.

In Zukunft sollen alle Jugendlichen nach der Grundschule entweder eine weiterführende Schule oder ein Berufsausbildungszentrum besuchen. 183 zusätzliche solche Zentren sollen im Planjahr fünf eingerichtet werden und zur Milderung des derzeit großen Mangels an einheimischen Facharbeitern beitragen.

Zur Stärkung der Demokratie und zugleich, um der Zusammenballung der wirtschaftlichen Ressourcen in den Großstädten entgegenzuwirken, werden Planung und Leitung stärker dezentralisiert. Der Umzug von Kadern in den dünnbesiedelten Süden wird gefördert, in den einzelnen Wilayaten (Provinzen) werden eigene Studienbüros eingerichtet. Diese können bei Bedarf auch ausländische Experten zuziehen, aber Präsident Chadli warnte in seiner Rede: „Der systematische Rückgriff auf Ausländer, die unsere nationalen Realitäten nicht leben, kann zur Ausarbeitung von Projekten führen, die unserer Realität und unseren Bestrebungen widersprechen, abgesehen von den Summen, die wir verlieren, und ohne von der psychologischen Reaktion des nationalen Kaders zu sprechen.“

Eine 1979 eingeleitete Kampagne gegen „soziale Übel“ wie Verschmutzung der Städte und Jugendkriminalität war schließlich im Sande verlaufen, weil die Bourgeois, die sich z.T. in Staatsorganen und Betriebsleitungen bereicherten, ungeschoren blieben. Einige dieser Leute sind jetzt wegen Unterschlagung verhaftet, andere wegen „Schwächen und Nachlässigkeit“ abgesetzt worden.

Spanien: Einheitsgewerkschaften immer dringlicher

Seit dem 15. Oktober werden in Spanien Gewerkschaftswahlen durchgeführt, in denen rd. 330000 Betriebsräte gewählt werden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Zeitschrift liegen die Wahlergebnisse für ganz Spanien noch nicht vor, wohl aber Zwischenergebnisse in einzelnen Regionen. Bei den ersten Betriebsratswahlen 1978 erhielten die Comisiones Obreras (CCOO) nach den Daten des Arbeitsministeriums 34,46% der Stimmen und die UGT (Allgemeine Arbeiterunion) 21,70%. Von den Comisiones Obreras werden diese Zahlen bestritten und die Wahlergebnisse der letzten Betriebsratswahlen mit 44,06% für die Comisiones Obreras und 28,26% für die UGT beziffert. Der Rest entfiel auf verschiedene kleinere



Informationsstände von Befreiungsbewegungen auf einem Jugendfest.

Gewerkschaften. Der Vorstand der Comisiones Obreras wird mehrheitlich von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) besetzt, die UGT ist eine Gewerkschaft der Sozialistischen Partei (PSOE).

Soweit in diesem Jahr bereits betriebliche Wahlen stattgefunden hatten, wie in dem staatlichen Automobilkonzern SEAT, hatten sie mit starken Verlusten der Comisiones Obreras an die UGT geendet. Nach den ersten Auszählungen der gegenwärtigen Wahlen haben die Comisiones Obreras in Valencia die Wahlen gewonnen, die UGT in Asturien und Malaga.

Die Zersplitterung der spanischen Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaften ist vor allem ein Resultat der vollständigen Zerschlagung der Gewerkschaften durch das faschistische Franco-Regime das der spanischen Arbeiterklasse die Zwangsgliedschaft in Staatssyndikaten auf-



Demonstration von südspanischen Landarbeitern beim Generalstreik im Juni 1978

zwang. Nur die PCE hatte im Kampf gegen das Franco-Regime das Organisationsnetz der Comisiones Obreras aufgebaut, die im Juni 77, nach der Zulassung freier Gewerkschaften, damit zur größten Gewerkschaft wurde. Die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung hat dazu geführt, daß in den letzten beiden Jahren trotz zunehmender Streikbewegung vor allem für Lohnerhöhung und gegen Betriebs-schließungen und Entlassungen der gewerkschaftliche Organisationsgrad zurückgegangen ist. Er sank von ca. 56% 1978 auf rd. 34% 1980.

Im gleichen Zeitraum stieg die Anzahl der Streiktage um 32,8% auf über 170 Millionen Streiktage bei einer Beschäftigtenzahl von ca. 15 Millionen Arbeitern. Das Fehlen einer Einheitsgewerkschaft hat es der Regierung ermöglicht, gestützt auf die UGT ein Rahmenabkommen über Tarifverträge durchzusetzen, das ab 1981 für zwei Jahre gelten soll und nominale Lohnerhöhungen von 13 - 16% vorschreibt,

außerdem noch gekoppelt an Produktivitätssteigerung. Da die Preissteigerungsrate der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren zwischen 15 und 25% gelegen hat und für 1980 voraussichtlich über 15% liegen wird, soll mit diesem Rahmenabkommen eine Reallohnsenkung festgeschrieben werden. Die Comisiones Obreras haben das Abkommen abgelehnt.

Reallohnsenkung und stärkere Kontrolle der minimalen Versicherungseinrichtungen war auch der Kern der Regierungserklärung von Suarez vom September dieses Jahres. Die Arbeitslosigkeit von gegenwärtig 12% und die rapide Preissteigerung sollten durch bessere Profitbedingungen der spanischen Kapitalisten und günstigere Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital „kuriert“ werden.

UGT und Comisiones Obreras, wie auch die verschiedenen kleineren Gewerkschaften haben den Gedanken der Einheitsgewerkschaft stets proklamiert. Praktische Schritte dazu werden aber angesichts der wirtschaftlichen Lage, der Absichten der spanischen Regierung, ihres anstehenden EG-Beitritts und geplanten NATO-Beitritts, dringlich. In einer am Wochenende vom 21./22. Dezember veröffentlichten Erklärung hat deshalb der Vereinigte Rat der Comisiones Obreras dazu aufgerufen, den „Weg der Gewerkschaftseinheit“ einzuschlagen und dabei mit gemeinsamen Aktionen der UGT und der Arbeiterkommissionen für Lohnerhöhungen, gegen Arbeitslosigkeit und gegenüber den geplanten Arbeitsgesetzen zu beginnen.

Peugeot/Renault Entlassungen, Kurzar- beit, Frühverrentungen

Im Herbst 1979, angesichts der drohenden Entlassung von etwa 30000 Stahlarbeitern, hatten sie zur Entlastung ihrer Klassenbrüder in der Stahlindustrie von neuen Automobilfabriken mit Tausenden von Arbeitsplätzen fabuliert. Heute verbreiten die Vorstandssprecher der beiden großen französischen Automobilkonzerne PSA (Peugeot, Citroen, Talbot) und Renault die gleichen, knappen Kommuniqués. Ihr Inhalt: Entlassung von 3150 Arbeitern und Frühverrentung von 350 Arbeitern in den Talbot-Werken Poissy, Valenciennes, La Rochelle Anfang 1981 - hinzu kommen 27 Tage Kurzarbeit von Januar bis März; Schließung des Peugeot-Montagewerkes in Forest (Belgien) und Entlassung der 900 Arbeiter; Kurzarbeit zwischen fünf

und zehn Tagen im ersten Trimester 81 für die 49000 Lohnabhängigen der PSA-Werke in Sochaux und Mulhouse; weitere Frühverrentungen in den Pariser Renaultwerken. Darüberhinaus wird angedeutet, daß 1981 zusätzlich 10000 Entlassungen notwendig werden könnten.

Es sind dies die jüngsten und spektakulärsten Maßnahmen, mit denen die französischen Automobilkapitalisten in der Krise schwindenden Profiten und der immer schärferen Konkurrenz zu begegnen suchen. Sie bedeuten einen gewissen Einschnitt, insofern jetzt erstmals zu Entlassungen großen Ausmaßes übergegangen wurde. 1980 konnten die Kapitalisten die Reduzierung der in der Automobilproduktion ausgebeuteten Arbeiter von 370000 auf 342000 in der Hauptserie über Frühverrentungen (ca. 14000) und „Abgangsprämien“ v.a. für ausländische Arbeiter durchsetzen. Gleichzeitig steigerten sie Arbeitshetze und politischen



Druck. In Renaults größter Produktionsstätte Flins konnte die Produktion bei fallender Beschäftigtenzahl von 1717 auf 1840 PKWs pro Tag gefahren werden, 62 Arbeiter waren dort schon 1979 im Alter von durchschnittlich 46 Jahren gestorben. In verschiedenen Werken betrieben die Kapitalisten die Entlassung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und konnten sie teilweise durchsetzen.

Starke Lohnkostensenkung gegen geschwächte Belegschaften, Intensivierung der Arbeit und gleichzeitig hohe Investitionen zwecks Vorstoßens v.a. auf dem nord- und südamerikanischen Markt, so die groben Linien der gegenwärtigen Strategie der Kapitalisten. Fast synchron mit den Entlassungsankündigungen vermeldete Renault die Erhöhung seines Kapitalanteils bei American Motors um 200 Mio. auf 46% des Aktienkapitals und PSA die Fusion mit Fiat in Argentinien und Brasilien. Am 18.12. demonstrierten die französischen Automobilarbeiter zu Tausenden (Bild: Renault Billancourt) gegen diese Politik.

Skandale erschüttern das DC-Regime — PCI rückt von der Linie des „historischen Kompromisses“ ab

Frontberichte: Pioniereinsatz in Süditalien

Nachschub muß deutsch sein. „Von der allgemeinen Desorganisation bekam auch das nach Italien entsandte Pionierbataillon der Bundeswehr schon vor seiner Ankunft im Katastrophengebiet einen Vorgeschmack. Der erste Eisenbahnzug mit deutschen Soldaten blieb vor Neapel auf offener Strecke liegen, weil das Dieselöl ausgegangen war. Die Italiener waren nicht in der Lage, Treibstoff nachzuliefern, so daß der erste Zug auf den zweiten warten mußte, der Öl mitbrachte.“ (WAZ, 1.12.) „Oberst Machowiak ... bestimmte nach einem Erkundungsflug mit dem Hubschrauber und einer Fahrt durch das Katastrophengebiet am Wochenende Plätze in der Umgebung von Caposele als Operationsbasis des Pionierbataillons.“ (FAZ, 2.12.) „Es mußten Depots eingerichtet werden, die notfalls von Mitarbeitern der deutschen Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr geleitet werden.“ (WAZ, 3.12.)

Einwohner stehen herum. Oberstabsarzt Frabs: „In Calabritto beispielsweise waren bei unserer Ankunft noch 200 bis 300 Menschen vermißt. Statt in den Trümmern nach Überlebenden zu suchen, standen die Einwohner nur herum. Es war 21 Uhr, aber wenn ich wüßte, daß mein Nachbar möglicherweise noch lebt, würde ich nächstmal buddeln.“ (WAZ, 3.12.)

Adventskranz im Gefechtsstand. „Den Obdachlosen von Senerchia hängten die deutschen Pioniere eine Glocke auf, damit sie die Christnacht einläuten können. Für sie selbst gibt es nur einen Adventskranz im ‚Gefechtsstand‘ des süditalienischen Katastropheneinsatzes. ‚Wir bleiben hier, weil die sanitäre Situation ziemlich brenzlich ist und nach wie vor Seuchengefahr besteht‘, erklärt uns Oberstabsarzt Dr. Biertheiner im Feldlazarett.“ (Express, 20.12.)

Ernstfall. „Oberleutnant Neubauer meint, hier sei der Ernstfall — ‚mit einem Unterschied, es fliegt kein Blei durch die Luft‘. Was die deutschen Pioniere hier leisten, ist eine Probe auf ihre Tüchtigkeit.“ (FAZ, 16.12.)

In den letzten Monaten ist die größte Steuerhinterziehung in der Geschichte Italiens aufgefliegen. Jahrelang hatten Raffineriekapitalisten durch falsche Produkt- und Mengenangaben die Mineralölsteuer für ca. 25% des Heizöl- und Schmierstoffverbrauchs und für 3–5% des verkauften Benzins hinterzogen. Die Gesamtbeute wird auf 2500 Mrd. Lire (nach heutigem Kurs 5,3 Mrd. DM) geschätzt.

Ausnahmslos haben die zuständigen Staatsorgane — gegen saftige Schmiergelder — die Hinterziehungen gedeckt: vom Industrieministerium, das die getürkten Anlagen „abnahm“, über die Abteilung des Finanzministeriums, die für die laufende Überwachung zuständig war, bis zur Finanzgarde, mit 42000 Mann ein eigenes Polizeikorps. Ein Oberst der Finanzgarde, der 1976 den Schwindel in einer Denkschrift an seine Vorgesetzten aufdeckte, wurde kurzerhand nach Rom strafversetzt. Der ehemalige Oberkommandierende und sein Stabschef, beides Generale, kassierten mit. Regelmäßige Millionschecks gingen an den persönlichen Sekretär Aldo Moros (DC). Bei den Ermittlungen ist auch aufgekommen, daß der Geheimdienst einer Skandalagentur, die regelmäßig in den internen Feuden des DC zwecks Erpressung eingesetzt und deren Chef 1979 ermordet wurde, Informationen zuschob. Industrieminister Bisaglia, der die Agentur mindestens zeitweilig mit finanziert hat, mußte zurücktreten.

Der Skandal hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie die seit 30 Jahren regierende Democrazia Christiana — nur mit Mühe von einer Bande zu unterscheiden — die Staatsmaschinerie in ihren Privatbesitz genommen hat. Nach dem Erdbeben in Süditalien

mußte sich die DC von Staatspräsident Pertini in einer Fernsehansprache fragen lassen, warum zehn Jahre nach der Verabschiedung eines Katastrophenschutzgesetzes noch immer keine Ausführungsbestimmungen erlassen und keinerlei Vorbereitungen in regelmäßig von Erdbeben betroffenen Regionen getroffen worden waren.

Beide Vorfälle haben das christdemokratische Regime schwer erschüttert. Doch die Bedingungen dafür, daß die Arbeiterbewegung die Krise der Hauptpartei der italienischen Bourgeoisie nutzen kann, sind heute schlechter als vor fünf Jahren, als Millionen, vor allem aus den Mittelklassen, bei den Wahlen zur PCI übergingen. Durch die Politik des „historischen Kompromisses“ ausgerechnet mit der DC haben die Revisionisten die in sie von breiten Massen gesetzten Hoffnungen enttäuscht. Die Bourgeoisie hat Boden gut machen können, gegenüber der Arbeiterbewegung und infolgedessen auch gegenüber ihren Konkurrenten. Bei Fiat haben die Gewerkschaften in diesem Herbst eine schwere Niederlage erlitten.

Jetzt hat sich die Führung der PCI erstmals vom „historischen Kompromiß“ abgesetzt. Gleich nach dem Erdbeben erhob die Parteileitung in einer Erklärung Anspruch auf Bildung einer Regierung unter Führung der PCI. Auf der letzten ZK-Sitzung Mitte Dezember präziserte der Referent: „Wir meinen, daß die politische Wende im Leben der Nation nicht unter der Führung der DC gemacht werden kann und gegen ihr Machtsystem gemacht werden muß.“ Zur Regierungskoalition mit der DC von 1976 bis 1979 heißt es jetzt: „Wir meinten damals, daß die Krise Italiens, der Notstand,



Neapel. Mit Feuern auf den Straßen wird gegen Verzögerungen bei der bautechnischen Überprüfung der Wohnhäuser nach dem Erdbeben protestiert.

die Krise der DC die besten Kräfte dieser Parteien dazu getrieben hätten, die Diskriminierung (der PCI) und auch ... die alten Regierungsmethoden zu überwinden und eine neue Politik einzuschlagen.“ Das bildet sich inzwischen auch die PCI-Führung nicht mehr ein.

Im Sommer hätten die Leitungen aller drei Gewerkschaftsbünde dem Plan der Regierung zugestimmt, per Dekret eine Abgabe von 0,5% des Lohns für einen „Solidaritätsfonds“ zur Finanzierung von Investitionen einzuführen. Durch eine Welle von Streiks (die auch von der PCI unterstützt wurden) brachten die Arbeiter das Dekret zu Fall. Nach der Niederlage bei Fiat, die vor allem die aus den Kämpfen um 1969 hervorgegangenen betrieblichen Gewerkschaftskörper getroffen hat, haben die katholischen und sozialistischen Gewerkschaftsführer das Fonds-Projekt wieder hervorgeholt. Angeblich sollen die Lohnabhängigen über einen Zwangskredit an die Kapitalisten Einfluß auf die Wirtschaft gewinnen und die Spaltung zwischen Arbeitern und Angestellten überwinden können.

Jetzt haben die Gewerkschaftsbünde eine „Massenkonsultation“ eingeleitet, die im Februar mit einer Delegiertenkonferenz abgeschlossen werden soll. In mehreren Punkten, u.a. über die Linie im Kampf um Lohn und Arbeitszeit, ist keine Einigung zwischen den Richtungsgewerkschaften zustande gekommen. Die CGIL (mehrheitlich von der PCI geführt) will nach fast einem Jahrzehnt Festgeldehöhungen die Löhne stärker differenzieren, um die Angestellten und Techniker wieder in die Tarifikämpfe hineinzuziehen. Gleichzeitig sollen die beiden untersten Lohngruppen gestrichen werden (in der Metallindustrie 1977 7,3% der Lohnabhängigen). Wenn dabei aber, wie bisher diskutiert, die „automatischen“ Inflationszuschläge in Festgeld beibehalten würden, wäre an Einheit im Lohnkampf kaum mehr zu denken. Für die oberen Gehaltsgruppen müßte dann nämlich auch prozentig mehr gefordert werden als für die Masse der Arbeiter. Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit lehnt die CGIL ab, wenn nicht gleichzeitig die „Arbeitsorganisation verbessert“ und die „Produktivität gehoben“ wird. Praktisch haben solche „Verbesserungen“ bislang meist in der Wiedereinführung von Samstagsarbeit bestanden. Die PCI und ihre Gewerkschafter sind gegen die Verwandlung der Gewerkschaften in eine Organisation zur „Vermögensbildung“. Aber auf Grundlage von Vorschlägen, die die Lebensinteressen der Arbeiter der Akkumulation des Kapitals unterordnen, wird die Einheit der Gewerkschaftsbewegung nicht wiederherzustellen sein.

El Salvador

US-Hafenarbeiter gegen US-Intervention

Der neue und wahrscheinlich letzte Präsident des alten El Salvador der „14 Familien“ Duarte hat Mitte Dezember sein Amt damit angetreten, daß er den USA das Stichwort für militärische Einmischung gab: Angebliche Ausbildung und Ausrüstung von Guerrilleros durch Kuba seien als „Intervention“ zu betrachten. Für diesen Fall hat die US-Regierung nur noch „offengelassen“, ob sie mit eigenen Truppen oder über die Militärregimes der Nachbarländer intervenieren würde. Eine Invasionstruppe aus regulären Einheiten Honduras' und Guatemalas sowie exilkubanischen, -vietnamesischen und -nicaraguanischen Söldnern ist schon aufgestellt. Nach der Ermordung amerikanischer Nonnen durch Junta-Terrorbanden hatten die USA ihre Militärhilfe einige Tage lang unterbrochen. Pünktlich vor Weihnachten ließ der fromme Carter die Luftbrücke aus der US-besetzten Kanalzone in Panama wieder anlaufen, über die täglich Waffen, Munition und Personal nach San Salvador geflogen werden.

Eine US-Intervention würde die mittelamerikanischen und karibischen Länder zu engerem Zusammenschluß geradezu antreiben. Deshalb hatte die Carter-Regierung diesen Schritt auch vermeiden wollen und im Oktober 1979 einen Putsch gegen das verrottete Romero-Regime zwecks Isolierung der Revolution inspiriert. Jetzt ist stattdessen die Junta selbst völlig isoliert, und fast alle Kräfte, die bei dem konterrevolutionären Werk mittun sollten, mußten sich für das Volk erklären, angefangen von Putschführer Majano, der vor drei Wochen nach seinem Ausschuß aus der Junta statt als Militärattaché nach Madrid in den Untergrund gegangen ist. Und bis hin zur katholischen Kirche, deren Erzbischof in seiner Weihnachtspredigt einen Wechsel, „ob man ihn wolle oder nicht“, „unvermeidlich“ genannt hat. Ein Teil der Christdemokraten und die Revisionisten, die die Junta nach dem Putsch zunächst unterstützt hatten, waren schon Anfang 1980 zum Widerstand übergegangen.

Die verschiedenen Befreiungsorganisationen haben jetzt ein gemeinsames Oberkommando gebildet. Ende Dezember haben sie eine militärische Offensive eingeleitet und die Mitglieder der Massenorganisationen aufgerufen, ihre Kampfpositionen zu beziehen. Oberst Majano über den voraussichtlichen Ausgang: „Die Junta ist im Volk derart verhaßt, daß früher oder später

ein Kampf auf großer Stufenleiter losbrechen wird. Und diesen Kampf wird das Volk gewinnen.“

In den USA selbst verladen die Hafenarbeiter an der Westküste (El Salvador liegt am Pazifik) seit dem 22.12. auf Beschluß ihrer Gewerkschaft kein für El Salvador bestimmtes Kriegsmaterial mehr. Nach Presseberichten liegen schon „mehrere hundert Tonnen“ Kriegsgerät in US-Häfen fest.

Kampuchea

Sowjetische Flotte im Golf von Thailand

Mit Kürzung der Reisrationen für Vietnam, dem Versuch, Vietnam auch in den Warschauer Pakt zu ziehen und damit dem sowjetischen Oberkommando auch direkt zu unterstellen und dem Aufmarsch einer Sowjetflotte mit dem Flugzeugträger Minsk im Golf von Thailand im November, demonstriert und betreibt die Sowjetunion den Plan, Vietnam noch enger an die Kette zu nehmen und Vorausbedingungen für ein Eingreifen sowjetischer Truppen in Südostasien zu schaffen. Zugleich sind diese Maßnahmen auch ein Eingeständnis militärischer und diplomatischer Mißerfolge der Sozialimperialisten und Vietnams.

Erstens sind die Truppen des Demokratischen Kampuchea unter der Führung der kommunistischen Partei und der Leitung Pol Pots gegenwärtig besser gerüstet als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der sowjetisch-vietnamesischen Invasion. Nicht einmal die bürgerliche Presse kommt umhin, das zu akzeptieren. Die Einheitsfrontpolitik im demokratischen Kampuchea und die Konsolidierung der Basis in den befreiten Gebieten macht Fortschritte. Am 10. Dezember haben 1000 von vietnamesischen Besatzern gefangene Kampucheaner ihre Bewacher überrannt und sich in die befreiten Gebiete durchgeschlagen. Zweitens ist die Isolierung des Demokratischen Kampuchea in der UNO nicht gelungen und drittens sind die sowjetischen Versuche gescheitert, die Koordinierung der Politik der Asean Staaten und Chinas gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression zu unterbinden.

Die Schwierigkeiten, den Warschauer Pakt auf Vietnam auszudehnen, liegen aber für die Sozialimperialisten im Lager ihrer eigenen Verbündeten. Obwohl sie den vietnamesischen Außenminister in Bulgarien, Polen und der DDR herumreicherten, wurde der sowjetische Plan einer Einladung Vietnams zur Außenministerkonferenz des Warschauer Pakts auf Initiative Rumäniens abgeblockt.



Comics

„Dan Cooper“ — Kämpfer für die Schlagkraft der Luftwaffe

„Das F-18 Programm“ — so lautet der Titel von Band 9 der „Dan-Cooper“ Comic-Serie. Die Story: Cooper soll als Chefpilot einer kanadischen Luftwaffeneinheit zusammen mit einer norwegischen Staffel die neue F-18 in einem Vergleichstest mit der einstrahligen „Fulgur“ fliegen. Die Norweger fliegen die um 110 Mio. Dollar billigere Fulgur. Mit Sabotage versuchen die Hintermänner einer Kampagne gegen das F-18 Programm die klare Überlegenheit dieser Maschine zu unterlaufen. Mit Glück, Mut und Sachverstand übersteht Dan Cooper die Anschläge, deckt das ganze Komplott auf und verhilft so den Befürwortern einer schlagkräftigen Luftwaffe zu einem glänzenden Sieg. So weit nichts Außergewöhnliches und je nach Geschmack mehr oder weniger spannend.

Die Absicht, die jugendlichen Leser zu Freunden einer hoch gerüsteten und schlagkräftigen Luftwaffe zu machen, stinkt aus jeder Seite. Die dabei angewandten Tricks reichen von klassischen Hollywood-Kisten bis zu etwas subtileren Methoden psychologischer Kriegsführung gegen eine wehrunwillige Jugend. Ziemlich billig: die Darstellung der „Bösen“ wie im Bild ganz oben. Links der bekannte Hollywood-Gangster: asiatische Backenknochen, levanthinischer Schnurrbart, vorspringende Unterlippe. Dagegen rechts, Dan: blau die Augen, offen das Gesicht und klar der Blick!

Raffinierter die Ausnutzung des Interesses vieler Jugendlicher für Technik. Viele präzise Zeichnungen von der Funk-

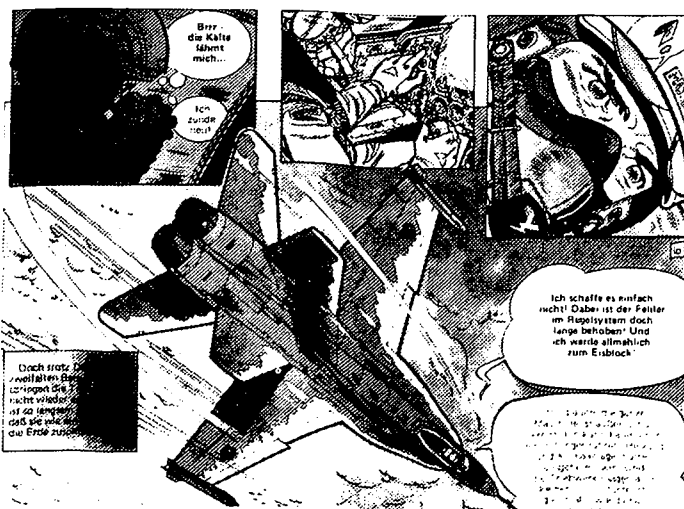
Und kurz darauf erzählt Ray, warum es wirklich geht...



tionsweise der einzelnen Geräte der F-18 durchziehen das Heft. Sie sind ganz im Gegensatz zu den meisten anderen Comics sauber ausgeführt und ähneln schon fast den Konstruktionsplänen eines Ingenieurs. Letztlich, ob Absicht oder nicht: Der Gedanke an die Probleme Apels bei der Geldbeschaffung für das Tornado-Programm durchzuckt den Leser unwillkürlich. Die eher dezente Wahl des Schauplatzes und der agierenden Nationalitäten (Kanada und Norwegen, gegenwärtig mehr untergeordnete Länder) lässt um-

so nachdrücklicher darüber spekulieren, was aus der ganzen Apel-Kritik geworden wäre, hätte er einen Dan Cooper gehabt!

Ob die beabsichtigte Wirkung tatsächlich erzielt wird? Wir wissen nur eins mit Sicherheit zu berichten: Die regelmäßig etwa 20 Exemplare von „Dan-Cooper“, die in den Bundeswehrfliegerhorst Bremgarten bei Freiburg geliefert werden, werden vom Offizierskasino bestellt, die Mannschaftsdienstgrade scheinen andere Lektüre zu bevorzugen.



Courts-Mahlers Neuaufgabe

Romangeschichten schmeißt Konsalik wie das Karnickel Junge. Etliche Tonnen seiner Werke mögen auf die Weihnachtsgabentische gedrückt haben. Filmisch aufgetragenen Konsalik schätzt das Publikum weniger. Gerade acht Besucher waren an einem guten Tag in dem Film „Wer stirbt schon gern unter Palmen?“ zu zählen. Das brutale Zusammenpferchen unwahrscheinlicher Ereignisse zu einer Handlung, deren Gang durchs Wirken gängigster Vorurteile vorangetrieben wird, schafft dem Leser einer solchen Geschichte einen gewissen Reiz; an fast jedem Absatz kann er nach Lust, Laune und Tagesverfassung seinen ganz persönlichen Wunschtraum spinnen. Die Verfilmung spult mit feststehendem Tempo ab. Die zusammengestümperte Logik der Handlung wird unentrinnbar und quälend. Konsaliks Schriften erinnern an die Dienstbotenliteratur des 19. Jahrhunderts, bloß adressiert Konsalik sich nicht an Hausgesinde, sondern an jene Schichten Lohnabhängiger, deren Lebenslauf in oft sehr persönlich gestalteten Dienstverhältnissen z.B. in Büro und Verwaltung beschränkt ist. Den abgründigen Haß, der aus solchen — oft entwürdigenden — Verhältnissen entsteht, leitet Konsalik in die Schilderung rabenschwarzer Bourgeoischaraktere ins Persönliche. Und zum Hoffen gibt's auch viele Playboys, mittelverdienende Ehrenmänner und sonst noch allerhand.

Blutige zwanziger Jahre in den USA

Ein Reporter der New York Daily News schrieb 1925: „Die Minenfelder sind ein beunruhigend blubbernder Kessel. Wenn er überkocht, ... wird reichlich Blut fließen.“ In dieser Zeit spielt D. Hammetts Roman „Rote Ernte“. In einer Bergarbeiterstadt hat der Besitzer der Mine, gleichzeitig Besitzer der Banken, Zeitungen und sonstigen wichtigen Einrichtungen der Stadt, in der Krise 1921 seine Chance genutzt, die Arbeiter „wieder in ihre Vorkriegsverhältnisse zurückzuboxen“. Von der halben Million Mitglieder, die die Bergarbeitergewerkschaft 1920

hatte, waren 1929 noch 150000 übrig. Von ihrer unter dem Terror der industriellen Kapitalisten erlittenen Niederlage erholten sich die Bergarbeiter erst im folgenden Jahrzehnt. Die Prohibitions Gesetze fügten zum Elend die Strafe hinzu und sicherten den Schnapschmugglern gute Geschäfte.

Hammett trifft diese historische Lage der Bergarbeiter. Folgerichtig bilden ihre Aktionen bloß die Vorgeschichte, aber sie sind nicht Akteure der Handlung. Hauptsächlich geht es darum, wie der Kapitalist mit Hilfe einer angeheuerten Detektivagentur versucht, seine Konkurrenten, verschiedene Banditen, die er sich gegen die Arbeiter in die Stadt geholt hatte, loszuwerden und seine Herrschaft über die Stadt wiederherzustellen. Das gelingt ihm nach einem größeren Blutbad. Der trübe Ausblick für die nächste Zukunft ist realistisch: „Dann haben Sie endlich Ihre Stadt wieder, hübsch und sauber, damit sie auf neue vor die Hunde gehen kann.“

Obwohl der Detektiv als Ich-Erzähler eine Hauptrolle spielt, gibt es keine vorbildlich handelnden Personen. Hammett hat einen Kriminalroman geschrieben, dessen Vorzug nicht die glänzende Auflösung durch Gerechtigkeitsliebende ist, sondern der Versuch, die Ursachen von Verbrechen in gesellschaftlichen Verhältnissen aufzufinden.

Dashiell Hammett, Rote Ernte. Diogenes Taschenbuch 69/II, Zürich 1976

Kishon: Unheimlich lustig

Der Staat Israel wurde nach dem zweiten Weltkrieg zwischen die arabischen Völker gekeilt. Die imperialistischen Westmächte schöpften aus den verzweiferten Massen jüdischer Herkunft, die eine Wiederholung der faschistischen Verbrechen fürchteten, das Menschenmaterial für ein unerhörtes Kolonialabenteuer.

Der Humorist Kishon bemüht sich, diesen für die arabische Bevölkerung grausamen und für die zu Kolonialzwecken mißbrauchten jüdischen Massen schmachvollen Umständen die lustige Seite abzugewinnen. Mit ausgleichender Gerechtigkeit treffen seine Geschichten anscheinend

alles, was so im Staate Israel vorkommt. Kishon hat aber klare Zielgebiete, und dort schlagen seine Spießbürgerschere in politische Gehässigkeit um. Stereotype, die er humoristisch herausarbeitet, sind: Bäuerliche arabische Bevölkerung, stumpf und fleischgewordenes Kismet. Arabische Handwerker und Händler, erwerbsinnige Opportunisten, die die starke Hand lieben, weil sie gut ist fürs Geschäft. Israelische Landarbeiter, eigensinnig und zur Selbstverwaltung unfähig. Israelische Arbeiter, streit- und deswegen streiklustig. Handwerker, denen der Respekt vor der Intelligenz mangelt und die zu teuer sind. Hausangestellte mit unvorstellbar hohen Ansprüchen. Kishon schildert gerne, wie diese alle zu ihrem eigenen Besten überlistet werden. Ferner ist lustig, Ereignisse, denen die politische und soziale Ursache auf die Stirne geschrieben steht, aus persönlichen Charaktereigenschaften Beteiligter zu erklären. Das schafft Möglichkeiten zur Übertreibung ins Absurde; auch was zum Lachen. Politische Scherze gibts auch bei Kishon, er parodiert die geschlagene arabische Nation (Frau Goliath): „Ich habe keinen Mann und meine Kinder haben keinen Vater mehr, sagt sie schlicht. Das Leben wird schwer für uns sein. Was wir besaßen, ist uns von der plündernden Soldateska Israels geraubt worden. Nein, ich will nicht weinen. Aber wenn diese armen Waisenkinder mich immer wieder fragen: Wo ist Pappie Goliath? Kommt er bald zurück? Hat er schon alle Juden erschlagen? – dann bricht mir das Herz. Und die Welt schaut zu, ohne etwas zu tun ...“ – Ob sich der Zerfall der israelischen Kolonialtruppe in Ausgebeutete und Ausbeuter durch diese Art höherer HJ-Führerwitz bremsen läßt?



Johannes Kepler

Das Ende des scholastischen Weltbildes der Kirche

Am 5. November 1630 starb Johannes Kepler. Da und dort finden sich gegenwärtig Hinweise auf seinen 350. Todestag. Johannes Kepler (1571 – 1630) hat als Hofmathematiker Rudolf II. und Landmathematiker der Grazer Stände die wissenschaftliche Kritik des mittelalterlichen scholastischen Weltbildes, dessen Hüter die hl. katholische Kirche war, und an dessen Schranken die Entwicklung der bürgerlichen Produktionsweise an allen Ecken und Enden stieß, vollendet. Mit der Aufstellung der Gesetzmäßigkeiten über den Verlauf der Planetenbahnen, seinen Untersuchungen über Lichtbrechung und Optik und seinen mathematischen Untersuchungen über die Logarithmen, hat er grundlegende Voraussetzungen für die Entwicklung der Naturwissenschaften erarbeitet.

Kepler wurde in Weil der Stadt in Württemberg geboren. In Tübingen studierte er Theologie und Astronomie. Er trat zum protestantischen Glauben über, wurde aber aus der lutherischen Kirche ausgeschlossen, weil er sich weigerte, die Verurteilung der calvinistischen Lehre zu vertreten.

1596 erscheint in Tübingen sein erstes Werk „Mysterium Cosmographicum“, mit dem er die Grundlagen für seine weiteren Forschungen aufstellt: die Verbindung empirischer Beobachtungen über Sternen- und Planetenbahnen mit der Suche nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Natur. Mit der Forschung nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Astronomie, als deren religiöses Motiv er die Suche nach der „göttlichen Harmonie“ der verschiedensten astronomischen Einzelercheinungen angab, unterschied er sich ebenso von Astronomen wie Tycho Brahe, der eine ungeheure Ansammlung von astronomischen Einzelbeobachtungen aufgehäuft hatte, die Kepler während mehrerer Jahrzehnte bearbeitete, wie auch von Galileo Galilei, dessen „neue Wissenschaft“ sich nur auf die Untersuchung des Gebietes der Mechanik und Bewegungslehre bezog. 1601 wurde Kepler zum Nachfolger des verstorbenen Tycho Brahe als Hofmathematiker Rudolf II. in Prag und damit zum Nachlaßverwalter Brahens ernannt. 1617 lehnte er den Ruf an die Universität von Bologna ab und war in den nächsten Jahren damit beschäftigt, seine Mutter in Hexenprozessen zu verteidigen, was ihm auch gelang. 1619 begann er mit der Veröffentlichung seines Hauptwerkes „Über die Weltharmonien“. 1628 wurde er Astronom bei Wallenstein.

Bereits 1540 hatte Kopernikus vertreten, daß die Erde keineswegs der Mittelpunkt der Welt sei, sondern sich selbst um die Sonne bewegt. Die römische Kirche, wie auch Luther verurteilten Kopernikus' „Ketzerschrift“ „Über die Bewegung der Himmels-Kreise“. Daß Kepler in der Verteidigung der kopernikanischen Anschauungen, anders als Giordano Bruno (1548 – 1600) nicht auf dem Scheiterhaufen der Inquisition endete, und anders als Galilei (1564 – 1642) durch die Kirche nicht zur Leugnung seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse gezwungen werden konnte, hing keineswegs nur damit zusammen, daß Graz und Prag weiter von Rom entfernt waren als Bologna oder Padua. Vielmehr ermöglichten die Forschungen Keplers wissenschaftliche Voraussetzungen über die Planetenbewegung, die der Augenschein gerade nicht widerlegen konnte, sondern bestätigen mußte. Seine Sternentafeln lieferten außerdem unmittelbar anwendbare Ergebnisse für die Kalenderreform und Seefahrt, hinter deren praktischem Erfordernis für die Entwicklung der Produktivkräfte auch der Lehranspruch der Kirche verblaßte. Die drei Keplerschen Gesetze, die den Fall des scholastischen Weltbildes und der hierarchischen Ordnung der Welt mit der Erde als Mittelpunkt, den Fixsternhimmeln darüber besiegelten, besagen: 1. Die Planeten bewegen sich in Ellipsen, in deren einem Brennpunkt die Sonne steht, 2. die Strecke Planet – Sonne (Radiusvektor) bestreicht in gleichen Zeiten, gleiche Flächen (Flächensatz) und 3. die Quadrate der Umlaufzeit zweier Planeten verhalten sich wie die dritte Potenz ihrer großen Bahnachsen. Mit dem dritten Gesetz, das bereits auf der Erkenntnis der Anziehungskraft der Masse beruht, und Kepler zu der Überlegung führte, daß Ebbe und Flut durch die Anziehung des Mondes bewirkt werden, hatte Kepler die Grundlagen für das von Newton 1687 aufgestellte allgemeine Gravitationsgesetz gelegt.

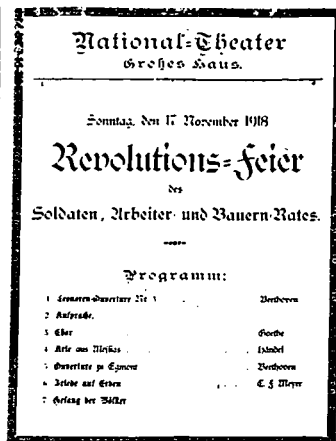
Aus dem Programm der Musiktage 80/81

Hymne der bayerischen Räterepublik (K. Eisner)

*Wir werben im Sterben
um ferne Gestirne.
Sie blinken im Sinken
und stürzen in Nacht.
Es wollen die Massen
das Leben nicht lassen.
Die Freiheit ruft empor,
von den Sternen bekränzt.*

*Die Zeiten entgleiten,
die Erde erbebt.
Es krallte das Alte
ins Herz junger Zeit.
Da mußten die Bleichen
den Schreitenden weichen.
Du Volk wurdest erweckt,
der Tod war besiegt.*

*Wir schwören zu hören
den Ruf der Freiheit.
Wir schirmen in Stürmen*



*die heiligen Höh'n.
Die Menschheit gesunde
in schaffendem Bunde,
das neue Reich ersteht.
O Welt, werde froh!
Welt werde froh!*

Die „Hymne“ verfaßte Eisner (USPD) zur Proklamation der ersten Räterepublik in Bayern auf die Melodie des Kirchenliedes „Wir treten zum Beten“, welches als Dankgebet anlässlich der Siege im Freiheitskampf der niederländischen Volksmassen gegen die feudalen spanischen Heere im Jahr 1597 entstand. In Tradition und Form mehr klassisch-bürgerlich (vgl. auch das Programm der Revolutions-Feier) als revolutionär-proletarisch, zeigt der Inhalt der Hymne das allgemeine Ziel, dem sich alle an der Revolution beteiligten Kräfte verschrieben hatten: dem Kampf für die Freiheit und die Arbeit für eine bessere Zukunft.

*Und den Deutschen ihr Brauch
ist,
immer feste nach vorn!
Und dem Joffre sein Bauch ist
schon schlanker gewor'n.*

*(...)
Und der Krieg, wenn er's lang
macht,
wird kürzer nicht gehn,*

*und ein' Mann, dem das bang
macht,
so ein' Mann möcht' ich sehn!
Und ich fühl', wie's geschwind
geht,
wenn ich sing' oder schieß':
wenn im Frühjahr der Wind
geht,
dann geht's auf Paris!
(„Simplicissimus“ 1914)*

Bis 1914 hatte der „Simplicissimus“ den Militarismus und zum Teil auch die Kolonialpolitik der deutschen Bourgeoisie immer wieder kritisiert und war deswegen mehrfach verboten worden. Sein kleinbürgerliches Autorenkollektiv beschloß jedoch mit Kriegsausbruch einen Kurswechsel in Richtung totaler Kriegshetze, wie nebenstehendes Gedicht zeigt. Mit dem Appell an deutsche (militärische) Stärke und dem „Blitzkrieg — Blitzsieg“-Getöne sind zwei Eckpfeiler der chauvinistischen Propaganda zu Kriegsbeginn enthalten. Der burschikose Ton konnte über den politischen Schwenk nicht hinwegtäuschen — der Einfluß des „Simplicissimus“ sank rapide.



Truppenschau der Roten Armee am 22. April 1919 in München

Dokumente, Karikaturen und Lieder aus der Zeit des Ausbruchs und während des 1. Weltkrieges

Wilhelm II in seiner „Proklamation an das deutsche Volk“ vom 6.8.1914: „So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Darum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterland!“

Haase, Vorsitzender der SPD am 4.8.1914 im Reichstag: „Für unser Volk und für seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus ... viel, wenn nicht alles auf dem Spiel ... Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

Aus einem „Aufruf an die Kulturwelt“, veröffentlicht im September 1914 (unterzeichnet u.a. von dem Dichter Dehmel, dem Salvasanentdecker Ehrlich, den Chemikern Fischer und Fritz Haber, Ernst Haeckel, Gerhart und Karl Hauptmann, dem Mathematiker Klein, dem Historiker Lamprecht, den Malern Max Klinger und Liebermann, Wilhelm Ostwald, Walter Nernst und Max Planck, Wilhelm Röntgen und Max Reinhardt): „Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat ... Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegsführung die Gesetze des Völkerrrechts mißachtet ... Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle ...“



Stefft uns liegen!



Kriegsanleihe

Die sozial-chauvinistische Entartung der SPD 1914 zeigt sich auch in diesem Titelblatt des „Wahren Jacob“. Es propagiert: Die Arbeiter sollen auf die imperialistischen Konkurrenten des Deutschen Reiches losdreschen. Bis zum Kriegsausbruch hatte das satirische Wochenblatt der Arbeiterklasse mit treffenden Karikaturen genutzt. 1917 wirbt es direkt für Kriegsanleihen.

Ein chauvinistisches und ein Lied gegen den Krieg aus dem Jahr 1916

*Wildgänse rauschen durch die
Nacht / mit schrillum Schrei
nach Norden. / Unstete Fahrt
habt acht, habt acht! / die
Welt ist voller Morden!
Fahrt durch die Nachtdurch-
wogte Welt, / graureisiges Ge-
schwader, / fahlhelle Nacht
und Schlachtruf gellt / weit
wallt und wogt der Hader!
Rausch zu, fahr zu du graues
Heer / rausch zu, fahr zu nach
Norden, / zieht ihr nach Süden
übers Meer, / was ist aus uns
geworden?
Wir sind wie ihr ein graues
Heer / und fahrn in Kaisers
Namen / und fahrn wir ohne
Wiederkehr / rauscht uns im
Herbst ein Amen!*

*Soldaten! Rufts von Front zu
Front: / Es ruhe das Gewehr!
/ Wer für die Reichen bluten
konnt, / kann für die Seinen
mehr. / Ihr drüben! Auf zur
gleichen Pflicht! / Vergeßt den
Freund im Feinde nicht! / In
Flammen ruft der Horizont /
nach Hause jedes Heer.*

*Lebt wohl, ihr Brüder! Unsre
Hand, / daß endlich Friede
sei! / Nie wieder reiß das Völ-
kerband / in blutigem Krieg
entzwei. / Gewinnen wir die
Heimatschlacht! / Dann fallen
Grenzen, stürzt die Macht /
und alle Welt ist Vaterland /
und alle Welt ist frei.*

(Erich Mühsam)

Sketch gegen die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen

Hannover. Der Sketch hat den Rahmen der Fernsehsendung „Gesundheitsmagazin Praxis“. Der Moderator tritt auf: „Guten Abend, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur neuen Ausgabe von ‚Gesundheitsmagazin Praxis‘ mit dem Thema: Herz- und Kreislauferkrankungen ... Den Anfang der Sendung macht eine Demonstration gymnastischer Übungen gegen einseitige körperliche Betätigung im Arbeitsalltag und gegen die Fettsucht – heute aus der Kaserne.“

Zu einem Trommelrhythmus treten einige Soldaten und ein Befehlshaber an. Die „gymnastischen Übungen“ sind scharfer Kasernendrill: Kniebeugen, Liegestützen usw. Der Befehlshaber nach den Übungen zum Publikum gewandt: „Fit für den Alltag! Fit für die Pflicht! heißt heute die Devise. Deshalb muß jeder, der seinen Körper stählen will, seinen inneren Schweinehund bekämpfen.“

Der Moderator pflichtet dieser Aussage bei und kündigt einen prominenten Politiker an, der zum Thema Stellung nehmen soll. Zum Mundharmonikamotiv aus der Filmmusik „Spiel mir das Lied vom Tod“ tritt Ehrenberg auf: „Nun, mein Ministerium hat in erster Linie die Aufgabe, das Geld zusammenzuhalten. Die Behandlung und Heilung eines Patienten darf nicht überwiegend teuer, sondern muß vor allen Dingen effektiv sein. Die Versicherungskassen müssen wieder zu Kapitalgebern werden, denn andere Töpfe wollen auch gefüllt werden. (Deutet auf seine Brieftasche.) Die Deutsche Ärztekammer schlägt Selbstkostenbeteiligung an der Behandlung und Heilung der selbstverantwortenden Krankheiten und Unfälle vor. Das ist eine Möglichkeit, die gut geprüft werden sollte.“

Unversöhnliche Erinnerungen

Der Maurer Ludwig Spillger, heute Rentner in Remscheid, und der Bundeswehrgeneral A. Stümpell erinnern sich. Der Film „Unversöhnliche Erinnerungen“ läßt in einer Mischung aus Erinnerungen und Dokumentarteilen die Jahre seit dem 1. Weltkrieg bis heute, dabei vor allem 1933 bis 54, passieren.

Ludwig Spillger, Sohn eines Maurers, KPD-Mitglied, erinnert sich: Die ganzen Familien und fast alle Arbeiter im Betrieb kämpften gegen den Faschismus und den drohenden Krieg, „der immer nur die armen Schlucker trifft, nie die Flicks und Konsorten“. 1933 geht er ins Ausland, 1936 nach Spanien, um den Faschismus zu schlagen. Nach dem Krieg geht der Kampf weiter gegen die Restauration des Kapitalismus und die Wiederbewaffnung. Heute erhält er keine Rente als Verfolgter des Naziregimes. Die Jugend vor allem, sagt er, muß unterrichtet werden, warum es ging bei Faschismus und Krieg – um irgend welche wirtschaftlichen Belange, ja, aber welche. Wenn er heute nochmal zu wählen hätte, würde er den gleichen Weg gehen, „schließlich ist man ja Marxist“.

Ganz entgegengesetzt Admiral a.D. Strümpell, Sohn eines Offiziers und einer Kölner Bankierstochter. Er ist heute noch für die Faschisten, „denn ohne sie wären wir dem Kommunismus anheimgefallen und außerdem brachten sie die Leute von der Straße an die Arbeit, und alle waren wieder froh und glücklich.“ Er meldet sich freiwillig nach Spanien in die Legion Kondor. „Das war ein Abenteuer damals, nicht wie heute, wo man dauernd nach Spanien, Hongkong, Teneriffa und sonstwohin fährt.“ Außerdem gab es einen Haufen Geld dafür. Ob er Zweifel hatte? „Aber wo, zunächst lief doch alles glänzend. Wir hatten schon Angst, wenn wir jetzt nicht richtig fliegen, kriegen wir nicht mal das EK I oder II, und der Krieg ist zu Ende, bevor wir richtig teilgenommen haben.“ Die Niederlage war dann doch „ein schwerer Schock“.

Nach dem Krieg treffen die alten Generalskreise sofort wieder zusammen. Die meisten rücken in hohe Positionen in Industrie und bei der Wiederbewaffnung wieder in die alten Armeerränge. Ob es heute anders sei in der Bundeswehr? Die Offiziere und Generale seien meist nicht anders als früher, aber so etwas wie in München sei früher nicht vorgekommen, daß einer verrät, wenn Offiziere auf einer Feier gröheln „Verbrennt die Judensäure“, da galt es noch mehr, treu, wahrhaftig, preußisch zu sein. Zusammen mit einem Referat über die Ursachen von Faschismus und Krieg ist der Film gut benutzbar.

„Unversöhnliche Erinnerungen“, Basisfilmverleih, 1979, Güntzelstraße 60, 1 Berlin 31, 90 Minuten, 130 DM Leihgebühr.



In der nächsten Szene tritt Neckermann auf als das „beispiellose Vorbild in punkto ‚Gesund und munter bis ins hohe Alter‘“: „Meine lieben Zuschauer, machen Sie es wie ich: reiten Sie jeden Morgen und Nachmittag ein Stündchen und Sie können noch im hohen Alter das Leben genießen. Natürlich, Reiten ist teuer, aber man kann ja auch laufen. Auf die Einstellung kommt es an!“

Zum Schluß stellt der Moderator pantomimisch eine schmackhafte Diät für die gesunde Ernährung vor: „Der Gesamtpreis für diese 5 Mahlzeiten beträgt pro Tag und pro Person nur 31,26 DM. Das sind im Monat für eine dreiköpfige Familie nicht einmal 3000 DM. Tja, meine Damen und Herren, so einfach ist das mit der gesunden Lebensweise.“

Kriegslied

Sengen, brennen, schießen, stechen,
Schädel spalten, Rippen brechen,
spionieren, requirieren,
patrouillieren, exerzieren,
fluchen, bluten, hungern, frieren
...

So lebt der edle Kriegerstand,
die Flinte in der linken Hand,
das Messer in der rechten Hand –
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Aus dem Bett von Lehm und Jauche
zur Attacke auf dem Bauche!
Trommelfeuer – Handgranaten

Wunden – Leichen – Heldentaten,
bravo, tapfere Soldaten!
So lebt der edle Kriegerstand,
das Eisenkreuz am Preußenband,
die Tapferkeit am Bayernband,
mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Stillgestanden! Hoch die Beine!
Augen gradeaus, ihr Schweine!
Visitiert und schlecht befunden.
Keinen Urlaub. Angebunden.
Strafdienst extra sieben Stunden.
So lebt der edle Kriegerstand.
Jawohl, Herr Oberleutnant!
Mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Angeschossen, – hochgeschmissen,
Bauch und Därme aufgerissen.
Rote Häuser – blauer Äther –
Teufel! Alle heiligen Väter! ...
Mutter! Mutter! Sanitätler!!!
So stirbt der edle Kriegerstand,
in Stiefel, Maul und Ohren Sand
und auf das Grab drei Schippen Sand –
mit Gott, mit Gott, mit Gott, mit Gott,
mit Gott für König und Vaterland.

Erich Mühsam (1878–1934)

Bibel und Flinte

1. Was treiben wir Deutschen in Afrika?
Hört, hört!
Die Sklaverei wird von uns allda zerstört.
Und wenn so ein Kaffer von uns nichts will,
den machen wir flugs auf ewig still.
Piff paff, piff paff, hurra!
O glückliches Afrika!

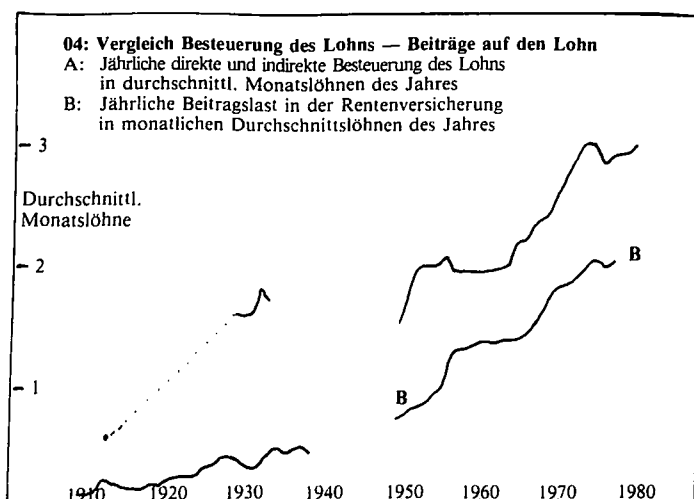
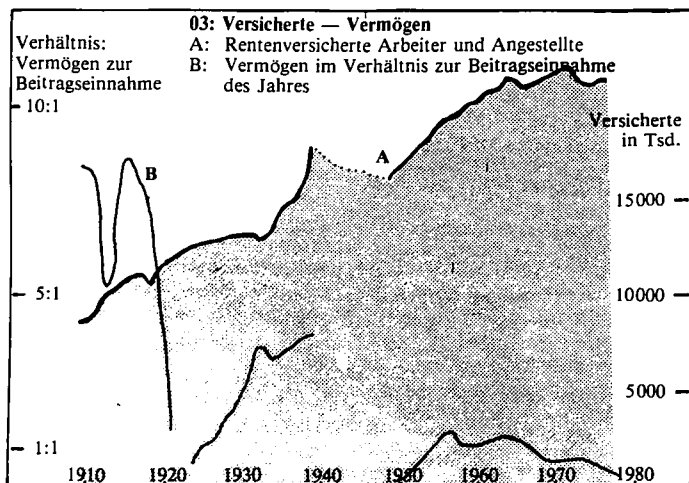
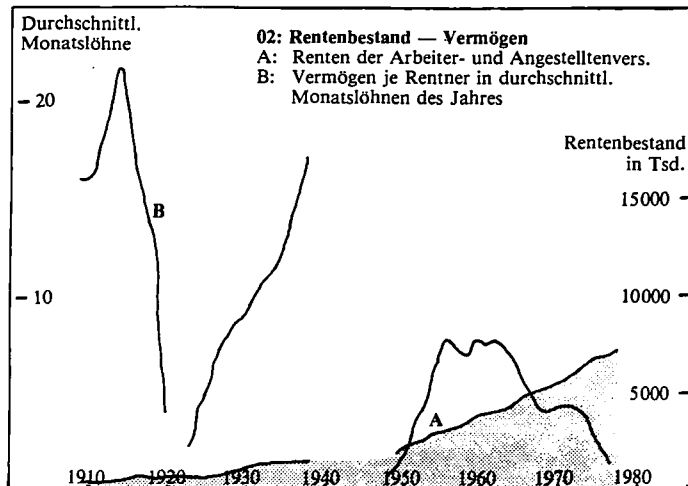
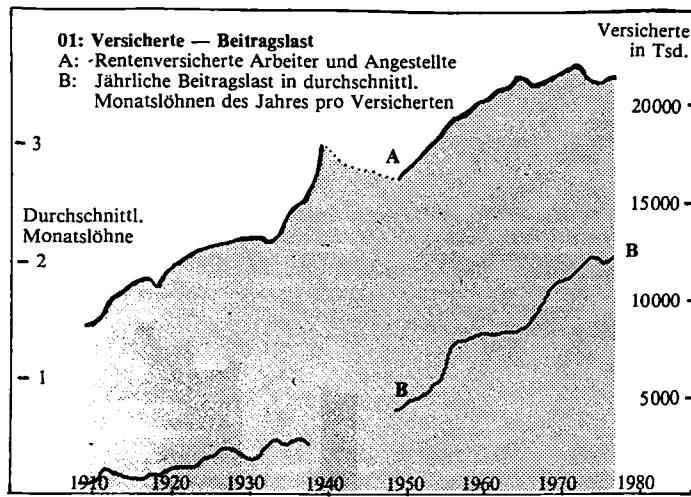
2. Wir pred'gen den Heiden das Christentum.
Wie brav!
Und wer's nicht will glauben, den bringen wir um.
Piff paff!
O selig die „Wilden“, die also man lehrt

die christliche Liebe mit Feuer und Schwert.
Piff paff, piff paff, hurra!
O glückliches Afrika!

3. Wir haben gar „schneidige“ Missionär,
juchhei!
Den Brantwein, den Krupp und das Mausergewehr,
die drei.
So tragen „Kultur“ wir nach Afrika.
Geladen! Gebt Feuer! Halleluja!
Piff paff, piff paff, hurra!
O glückliches Afrika!

Melodie: Es klappert die Mühle, 1898

Wiederherstellung der Deckung elementar im Kampf um die



Rentenvereinbarungen standen nicht im Zentrum der Koalitionsverhandlungen für die Tätigkeit des Ehrenbergministeriums in dieser jetzt begonnenen Legislaturperiode. Dennoch steht im Echo der Pressekommentare das Bundesministerium für Arbeit als ziemlich unsolid da. Ein Abgeordneter der SPD entschloß sich schließlich sogar, die Frage laut zu denken, ob denn der „Generationenvertrag“ noch am Platze sei: Man müsse eine „Formel“ finden, um Beitrags- und Leistungsentwicklung wieder in eine Beziehung zueinander zu setzen. Frank, Sozialexperte der CDU, hat das als „nützlichen Denkanstoß“ begrüßt.

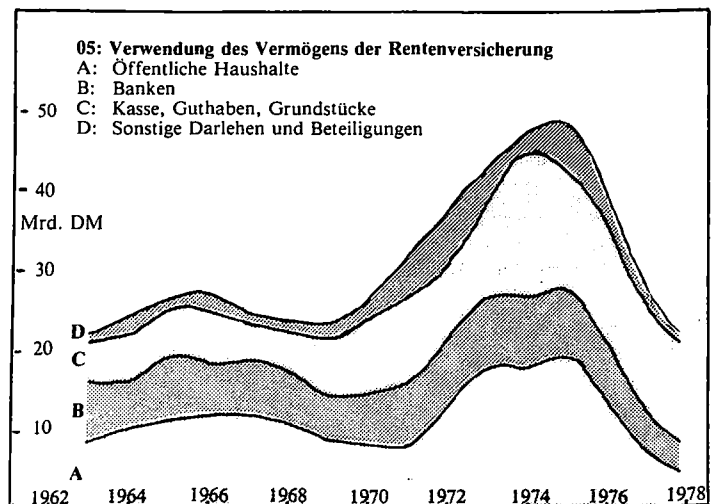
Tatsächlich werden mit Betrachtung der Finanzentwicklung der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten ziemlich schreiende Widersprüche offenbar. Seit Beginn dieses Jahrhunderts und insbesondere seit dem 2. Weltkrieg ist die Beitragslast auf den Bruttolohn angestiegen. Gleichzeitig sind die Aussichten für die heute in Lohnarbeit stehende Arbeitergeneration so gering wie nie zuvor in der Geschichte der Rentenversicherung, bei Invalidität von diesen jährlich auf die Bruttolohnsumme gehobenen Beiträgen etwas zu sehen.

Dies nicht bloß, weil die stattfindende Auspowerung der Arbeitskraft die Lebenserwartung absenkt. Die Bourgeoisie hat seit 1957 das Versicherungsprinzip in der Rentenversicherung abgeschafft, die Fondsbildung zur Deckung erworbener Rentenansprüche verboten und per Umlagever-

fahren nach dem „Generationenvertrag“ die jeweils in Lohnarbeit stehende Generation haftbar gemacht für die Versorgungsansprüche der verrenteten Generation. Um die Konsequenzen dieses Schnitts in der Rentenversicherung zu erläutern, zunächst ein etwas schematisches Beispiel für die Berechnung der Rentenversicherung nach dem Versicherungsprinzip, wie es in der nebenstehend dokumentierten Lebensversicherungsgesetzgebung geboten ist.

Ein Arbeiter, der heute mit 60 Jahren vorzeitig in Rente geht, hat nach den Sterbetafeln noch eine durchschnittliche Lebenserwartung von 14 Jahren. Er beansprucht eine Rente von z.B. 60% des Bruttolohns. Sehen wir von der Inflation ab und gehen davon aus, auf den Bruttolohn seien die ganze Zeit über bereits 18% wie im letzten Jahr als Beitrag für die Rentenversicherung gehoben worden. Ohne Berücksichtigung von Zinsen und dergleichen müßte der Arbeiter also für die Deckung des Rentenanspruchs eines Jahres 3,33 Versicherungsjahre aufweisen oder bei der im Alter von 60 noch bestehenden durchschnittlichen Lebenserwartung von 14 Jahren zusammen 46,6 Jahre.

Läßt man nun außer Acht, daß die Bourgeoisie dieses Versicherungsprinzip höchst absichtsvoll in der Rentenversicherung außer Kraft gesetzt hat, so werden die gegenwärtige Ebbe und das fortwährende Geschrei über die „Finanzierungslücke“ vollends unverständlich. Betrachtet man jedoch die dargestellte Finanz-



rve durch die Kapitalistenklasse, tverwaltete Rentenversicherung

entwicklung der Rentenversicherung vor und nach Außerkräftsetzung des Versicherungsprinzips, so ergibt sich:

1. Die Vorschriften über die Bildung der Deckungsreserve in der Rentenversicherung führten zur Ansammlung großer Geldvermögen in der Hand der Rentenversicherung. Durch ihre Aufsichtsbefugnis über die Kasse der Rentenversicherung hat die Bourgeoisie die Verwandlung dieser Finanzmassen vor allen Dingen über öffentliche Schuldverschreibungen in Finanzmittel ihres Staates besorgt. Vor allen Dingen für drei große Vorhaben konnten diese Finanzmittel eingesetzt werden: für die Finanzierung der Rüstung im 1. Weltkrieg, für den 2. Weltkrieg, und in der BRD waren bereits in kurzer Zeit wieder Mittel in dem Umfang bereit, daß der Aufbau der Bundeswehr darin eine Deckungsreserve finden konnte.

2. Diese Art seitens der Bourgeoisie, Mittel für strategische Investitionen aufzutreiben – Rüstung, aber auch Brücken, Autobahnen usw. – abgewickelt über die Bankaufsicht, ist erheblich unscheinbarer als beispielsweise die Eintreibung etwa des „Flotten-Hunderterts“ analog zum „Kohle-Pfennig“. Durch den Umweg über die Rentenversicherung ist klar, daß die Ar-

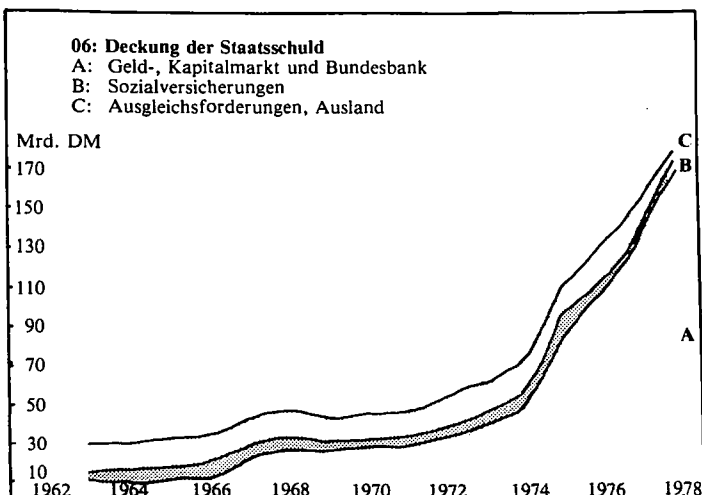
beiter und Angestellten zu zahlen haben.

3. Die Inflation wie 22/23 und 46/49 verwandelt die Schuldverschreibungen an die Rentenversicherung in wertloses Papier, der Bourgeoisie bleibt die Anlage.

4. Nach dem 2. Weltkrieg war die Notwendigkeit absehbar, den von der Bourgeoisie verbrauchten Deckungsstock der Rentenversicherung zu ersetzen. Würde man die erworbenen Rentenansparungen zusammenrechnen, so wird für ihre Deckung eine Abgabe auf den Bruttolohn wie in den letzten Jahren Lohnsteuer und Sozialabgaben zusammengekommen wahrscheinlich nicht zu hoch sein.

5. Per Generationenvertrag hat die Bourgeoisie sich also von alten Verpflichtungen generell entledigt, die Zwangsverwaltung der Rentengelder durch die Banken unter Führung der Bundesbank vervollständigt, Platz geschaffen für eine kolossale Anhebung der direkten und indirekten Besteuerung der Löhne, die die Anhebung der Versicherungsbeiträge im Volumen übertrifft, und somit alles in allem gerechnet mindestens eine komplette in Arbeit stehende Generation von Lohnabhängigen um die Alterssicherung ihrer verbrauchten Arbeitskraft betrogen.

Anmerkung zu den Darstellungen: Die Angaben sind den Statistischen Jahrbüchern sowie der Arbeits- und Sozialstatistik des Bundesministeriums für Arbeit entnommen. Da die Angaben z.T. lückenhaft sind, waren Schätzungen erforderlich. – Die Darstellung der Geldbeträge in den ersten vier Schaubildern als Vielfache des jeweiligen monatlichen Durchschnittslohns ist etwas schwerfällig, war jedoch erforderlich, um gegenüber der Inflation durch Bezug auf den jeweiligen Preis der Arbeitskraft die Geldbeträge vergleichbar zu machen.



Gesetz für Lebensversicherungen: Ver- mögensreserve unter Aufsicht und mit Zins

1978 verzeichnet das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen 104 Lebensversicherungsunternehmen mit einer Versicherungssumme von 627 Mrd. DM. Die 1978 eingenommen Beiträge machen 21,9 Mrd. DM aus, die Kapitalanlage auf die Versicherungssumme 138,4 Mrd. DM. – Die Lebensversicherungen sind in der Hauptsache konstruiert für die Einkommensklassen, die der gesetzlichen Rentenversicherungspflicht als Lohnabhängige nicht unterliegen, Geld überschüssig haben oder erübrigen müssen.

„Die Berechnung der stark vom Eintrittsalter beeinflussten Prämien erfolgt nach Sterbetafeln bei Berücksichtigung von Sicherheitszuschlägen, Verzinsung und Verwaltungskosten. Die natürliche, auf die Sterbeordnung aufgebaute Prämienzahlung hat den Nachteil, daß sie mit zunehmendem Alter des Versicherten steigt und ihn von Jahr zu Jahr mehr belasten müßte. Deshalb gilt heute ganz allgemein das System der gleichbleibenden (Durchschnitts-)Prämie für die ganze Dauer der Lebensversicherung ... Neuerdings wird auch in der BRD als neue Vertragsform der Lebensversicherung die ‚fondsgebundene Lebensversicherung‘ angeboten. Hierbei wird der Lebensversicherungsschutz mit der Beteiligung an der Wertentwicklung eines breitgestreuten Wertpapierbestandes verbunden, der als Deckungsstockvermögen für diese Verträge gesondert verwaltet wird ... Bei der Langfristigkeit der zu Spar- und Vorsorgezwecken dienenden Lebensversicherungsverträge stellt sich die Frage, wie die Steigerung der Lebenshaltungskosten (schleichende Geldentwertung) aufgefangen werden kann. Ihrer Lösung soll die neue Form der fondsgebundenen Lebensversicherung dienen.“ (Aus: Brockhaus Enzyklopädie 1970)

Den Versicherungsgesellschaften schreibt die Bourgeoisie im „Versicherungsaufsichtsgesetz“ die Bildung des „Deckungsstockes“ für die Versicherungssumme vor und stattet das Bundes- und die Landesversicherungsämter mit weitgehenden Kontroll- und Eingriffsbefugnissen aus:

„§ 11 (1) Der Geschäftsplan einer Lebensversicherungsunternehmung hat die von ihr angenommenen Staffeln (Tarife) und die Grundsätze für die Berechnung der Entgelte (Prämien) und Deckungsrücklagen (Prämienreserven) vollständig darzustellen ... Beizufügen sind die für die Berechnung maßgebenden Wahrscheinlichkeitstafeln, besonders über die Sterblichkeit und die Invaliditäts- und die Krankheitsgefahr ...

§ 13 (1) Jede Änderung des Geschäftsplans darf erst in Kraft treten, wenn sie von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist ...“

„§ 66 (1) Der Vorstand der Unternehmung hat schon im Laufe des Geschäftsjahres Beträge in solcher Höhe dem Deckungsstock zuzuführen und vorschriftsmäßig anzulegen, wie es dem voraussichtlichen Anwachsens der Deckungsrücklage entspricht. Die Aufsichtsbehörde kann hierüber nähere Anordnung treffen.

(2) Erreichen die Bestände des Deckungsstocks nicht den der Berechnung der Deckungsrücklage entsprechenden Betrag, so hat der Vorstand den fehlenden Betrag unverzüglich dem Deckungsstock zuzuführen.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß dem Deckungsstock über die rechnungsmäßige Deckungsrücklage hinaus Beträge zugeführt werden, wenn dies zur Wahrung der Belange der Versicherten geboten erscheint ...“

„§ 89 (1) Ergibt sich bei Prüfung der Geschäftsführung und der Vermögenslage einer Unternehmung, daß diese für die Dauer nicht mehr imstande ist, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, die Vermeidung eines Konkurses aber zum Besten der Versicherten geboten erscheint, so kann die Aufsichtsbehörde das hierzu Erforderliche anordnen ...“

Durch die Umlage-Methode des „Generationen-Vertrages“ ist in der gesetzlichen Rentenversicherung dieses Versicherungsprinzip beruhend auf der Fondsbildung seit 1957 beseitigt. Die Rücklage wurde 1977 auf eine Monatsausgabe verkürzt. Wird diese Rücklage unterschritten oder treffen die Wirtschaftsannahmen der Regierung nicht zu, „hat die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften geeignete Maßnahmen bei den Einnahmen oder bei den Ausgaben oder bei beiden zusammen vorzuschlagen.“ (§ 16 des 21. Rentenanpassungsgesetzes)

Sowjetunion

Steckt die sozialimperialistische Supermacht zurück?



Die Sowjetunion ist in Polen nicht einmarschiert. Viele glauben, Polen wird mehr eine selbständige Rolle im Warschauer Pakt einnehmen, wie bisher schon Jugoslawien und Rumänien. Ist mit dieser Entwicklung die Kriegsgefahr, wie sie von der Sowjetunion ausgeht, geringer geworden? Die Sowjetunion wird versuchen, aus all diesen Kämpfen ideologisch Kapital zu schlagen. Ihre Rüstungspolitik setzt sie fort. Sind die wirtschaftlichen Grundlagen ausreichend?

Jugendbewegungen

Öffentlich-scheinheiliges Palaver zwecks Umgehung erhobener Forderungen

Geschwätziges Rätselraten über die Jugend war schon immer beliebtes Steckenpferd des publizistischen Spießertums. Instinktsicher vermeidet die bürgerliche Publizistik sowohl die Beschreibung der objektiven Lebensverhältnisse, die der heranwachsenden Generation aufgenötigt werden, wie

auch die Erörterung der Forderungen, die in so reicher Vielfalt von der Schuljugend, von der in Arbeit und Lehre befindlichen Jugend erhoben werden. Beliebt ist hingegen das Aufblasen von kurzlebigen Moden, deren schneller und gekonnter Wechsel eine entnervende Wirkung verspricht.



Landeshaushalt Hamburg Stellenstopp im öffentlichen Dienst?

Antwort der Hamburger Landesregierung auf drastische Einschränkungen der Bundeszuschüsse für Gemeinschaftsaufgaben, z.B. für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, soll ein Stellenstopp im öffentlichen Dienst sein. Alle für 1981 neu bewilligten Stellen sollen nicht vor Sommer 81 besetzt werden. Alle am 1.1.81

freien und im ersten Quartal freierwerdenden Stellen sollen bis Ende März nicht wieder besetzt werden. Kürzung der Sach- und Fachaussgaben um 5%. SPD und CDU streiten sich noch um die Ausführung. Der Stellenstopp soll die Front für ausreichende Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst gleich aufspalten.

US-Geiseln

Spionagenest in Teheran kommt die USA teuer zu stehen

Bei Verhandlungen über die Rückgabe der iranischen Guthaben in den USA pocht die Supermacht darauf, daß von Kompradoren aus der Dritten Welt fortgeschafftes Geld den New Yorker Banken gehört und nicht den Völkern. Um diesen Streit im Interesse der Dritten Welt zu klären, ist Iran bereit, die Spione, die in der US-Botschaft völkerrechtswidrig Interventionen vorbereiteten, ohne Prozeß freizulassen.

